



AFRIKA-HAUS BERLIN seit 1993

Bochumer Str. 25 | 10555 Berlin | Tel.: 030 / 392 20 10
afrikahaus@t-online.de | www.afrikahaus-berlin.de



AFRIKA MITTEN IN BERLIN



Entwicklungspolitischer Diskurs im Afrika - Haus

Gefördert von Engagement Global (FEB)
im Auftrag des BMZ

und der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)
beim Berliner Senat für Wirtschaft, Energie und Betriebe



2018





Impressum

Herausgeber: Oumar Diallo

Diese Broschüre entstand in gemeinsamer Arbeit des Teams von Farafina Afrika-Haus e.V.

Unser Dank gilt den zahlreichen Unterstützer*innen, insbesondere den Autor*innen.

Für sämtliche Texte ist der Verein Farafina Afrika-Haus e.V. inhaltlich verantwortlich.

Inhalt

VORWORT: AFRIKA MITTE(N) IN BERLIN 2018.....	3
BERLINER AFRIKAKREIS: Afrikas ländliche Regionen – hoffnungslose Fälle? Einsichten aus vier Jahrzehnten Kontinuität und Wandel im ländlichen Sambia	5
Afrikas ländliche Regionen – hoffnungslose Fälle? Hintergrund	6
Hoffnung im Herz – Mündliche Poesie – May Ayim	11
DAGMAR SCHULTZ: May Ayim: „Durch Liebe, Mut und Wut bin ich gewachsen“. Hintergrund.....	13
BERLINER AFRIKAKREIS: Zimbabwe – Neue Perspektiven mit Mnangagwa?.....	18
Andreas Bohne, Katrin Voß: Explosive Stimmung in Zimbabwe vor den Wahlen. Hintergrund	19
Solange das Gold glänzt! Der Kampf um die Umwelt in den Bergbaugebieten Senegals	22
Solange das Gold glänzt! Tagungsbericht	24
BERLINER AFRIKAKREIS: Arbeitsmigration aus Afrika – Realitäten zwischen Panikmache und Zweckoptimismus	26
ROBERT KAPPEL: Was gegen die These einer zunehmenden Migration von Afrika nach Europa spricht. Hintergrund.....	27
THEO RAUCH: Was für die These einer zunehmenden Migration von Afrika nach Europa spricht. Hintergrund	32
Podiumsdiskussion: Migration und Entwicklung – afrikanische Perspektiven	35
IBRAHIM GUËYE: Plädoyer für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Afrika. Hintergrund	37
Filmvorführung und Gespräch: Der Fall Mubende	41
MAREN STAEDER: Der Fall Mubende und der bittere Geschmack der Vertreibung. Hintergrund.....	41
JAN GREVE: Gespräch mit Peter Kayiira zum Fall Mubende/Uganda. Hintergrund	43
Klimawandel und die SDGs – afrikanische Perspektiven	44
LENA MÄKELBURG /JEAN PAUL BRICE AFFANDA AFFANDA: Maßnahmen zum Klimaschutz, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Rolle der afrikanischen Zivilgesellschaft.	45
25 Jahre Afrika-Haus: Podiumsgespräch: Perspektiven Afrikas in Zeiten der Globalisierung – fünf Szenarien aus der afrikanischen Diaspora	48
Perspektiven Afrikas in Zeiten der Globalisierung. Veranstaltungsbericht	49
MOHAMED TURKI: Afrikas Entwicklung und Zukunftsperspektiven.....	66
Buchvorstellung: Deutschland Postkolonial? Die Gegenwart der Vergangenheit	69
MARIANNE BECHHAUS-GERST: Deutschland Postkolonial? Oder die Gegenwart des Kolonialen	70
JOACHIM ZELLER: „Koloniale Schatzkammer“ oder „Weltkulturmuseum“?	72
BERLINER AFRIKAKREIS: Die DRC nach Kabila – Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo.....	79
DOMINIC JOHNSON: Ein Aufbruch, aber wohin? Die Perspektiven des Machtwechsels im Kongo. Hintergrund	80
DOLUNAY TEMUR: Eine starke Zivilgesellschaft hinterfragt und kontrolliert. Hintergrund.....	82
JOHANNA BENTZ: „Lumumbas Erben – ein Lobbyist kämpft für Afrika“. Hintergrund	84
IMPRESSIONEN der Veranstaltungen 2018	88

VORWORT: AFRIKA MITTE(N) IN BERLIN 2018

Das Afrika-Haus/Farafina e.V. ist ein gemeinnütziger Verein. Der Name Farafina bedeutet in der westafrikanischen Sprache Mandékan „Afrika“ und steht für die Gemeinschaft im Zusammenleben verschiedener Ethnien. Der Verein versteht sich als Mittler zwischen den Völkern und möchte insbesondere das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur sowie den gegenseitigen Respekt vor nationalem, kulturellem und religiösem Selbstverständnis fördern. Das Afrika-Haus ist auch eine transkulturelle Begegnungsstätte, entwicklungspolitische Bildungseinrichtung und Beratungsstelle für die Integration in einem. Die Schwerpunkte der Vorträge, Diskussionen, Filme und Ausstellungen liegen auf der Geschichte, Politik, Literatur und Philosophie Afrikas.

Wir bemühen uns bei unserer Arbeit immer, aktuelle Strömungen, Probleme und Themen zu erkennen und aufzugreifen, die mit Afrika beziehungsweise dem afrikanisch-europäischen Kontakt zu tun haben. Das reicht von der Betrachtung geschichtlicher Entwicklungen bis zu den ganz aktuellen Gegebenheiten, die wir in unserer internationalen Gesellschaft heute vorfinden.

Bei allen Veranstaltungen zielen wir darauf ab, nicht nur einen Status quo zu referieren, sondern dem Publikum auch neue Denkanstöße zu geben. Das Angebot bemüht sich, ein Stimulans zu sein und zugleich eine Sensibilisierung zu erreichen, sodass auch bei verwandten Themen, denen das Publikum im Alltag begegnet, ein neuer bzw. erweiterter Blickwinkel zur kritischen Einschätzung beiträgt.

Hier treffen sich Menschen aller Nationen, die das Interesse an Afrika und entwicklungspolitischen Fragen verbindet. Die heterogene Zusammensetzung der Besucher*innen, ihre unterschiedlichen Hintergründe und Bezüge zu Afrika ermöglichen einen konstruktiven Austausch und fördern Kooperationsprozesse.

In den nächsten Jahren wollen wir die Informations- und Bildungsarbeit des Afrika-Hauses noch wirksamer gestalten. Zentrales Anliegen unserer Arbeit wird weiterhin sein, Vorurteile gegenüber Afrika abzubauen und den engen, defizitorientierten Blickwinkeln auf den Kontinent – Krisen, Krankheiten, Katastrophen – durch eine ressourcenorientierte Perspektive zu erweitern. Die einseitige Fokussierung polarisiert zwischen einem scheinbar ohnmächtigen Afrika und einem allmächtigen Europa und behindert einen konstruktiven Süd-Nord-Dialog im sozioökonomischen Kontext.

Daher verfolgen wir mit unseren entwicklungspolitischen Veranstaltungen das Ziel, „**Afrika-Kompetenz**“ zu fördern und zu vertiefen, und wir wollen eine noch größere Öffentlichkeit dafür sensibilisieren. Diesem Anliegen dient auch die vorliegende Broschüre. Wir kommen hiermit dem Wunsch von Besucher*innen und Partnerorganisationen nach zusätzlichen Informationen nach und unterstützen die Vernetzung der Interessierten. Neben der Dokumentation unserer jährlichen Veranstaltungen enthält sie umfassende Hintergrundinformationen zu Afrika und entwicklungspolitischen Fragen, die einen Perspektivwechsel ermöglichen und Handlungsoptionen im Umgang mit globalen Zusammenhängen aufzeigen. Multiplikator*innen kann sie als Material für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit dienen. Globales Lernen und Verstehen, Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung, Begegnung auf „Augenhöhe“ – mit unseren Aktivitäten wollen wir Denkanstöße geben und motivieren, unter anderem, indem wir unsere Bildungsarbeit mit Schüler*innen und Student*innen intensivieren.

Bei unserer Arbeit werden wir unterstützt von kompetenten und engagierten Akteuren – Wissenschaftler*innen, Künstler*innen, Lehrer*innen, Politiker*innen, Vertreter*innen entwicklungspolitischer

Initiativen, Organisationen und Forschungseinrichtungen, Fachkräften aus der Entwicklungszusammenarbeit, Interessenvertreter*innen afrikanischer Länder etc.

Durch seine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen in Entwicklungsländern verfügt das Afrika-Haus über wertvolle Erfahrungen, die in die Informations- und Bildungsarbeit nutzbringend einfließen. Das multiplikatorische Potential unserer Veranstaltungen ist sehr hoch und soll durch die Herausgabe der vorliegenden Broschüre erweitert werden.

15. März 2018

19.00 Uhr

BERLINER AFRIKAKREIS:

Afrikas ländliche Regionen – hoffnungslose Fälle?

Einsichten aus vier Jahrzehnten Kontinuität und Wandel im ländlichen Sambia

Buchvorstellung mit Diskussion

Liebe Afrikainteressierte,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich zum nächsten Berliner Afrikakreis der Initiative Südliches Afrika (INISA) e.V. und der Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Berliner Afrika-
haus ein.

Autoren:

- Dr. Maria Tekülve (Mitarbeiterin des BMZ)
- Prof. Dr. Theo Rauch (Geographisches Institut, FU Berlin)

Diskutanten:

- Dr. Stefan Oswald (Unterabteilungsleiter BMZ)
- Prof. Dr. Peter Meyns (Uni Duisburg-Essen)

Moderation:

- Michael Schultheiß (INISA e.V.)

Fünf Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten geht der Streit darum weiter, ob Afrika nun als Hoffnungs- oder als Krisenkontinent zu sehen sei. Insbesondere bei den ländlichen Regionen scheiden sich die Geister: Belegen die Verstädterungsraten, dass Afrikas Jugend mit den Füßen gegen das Leben in den Dörfern abstimmt? Kann Afrikas kleinbäuerliche Landwirtschaft die wachsende afrikanische Bevölkerung in Zukunft noch ernähren? Kann Entwicklungspolitik dazu beitragen oder ist sie nur Teil eines Krisenszenarios?

Viele Debatten zu diesen Fragen werden auf Basis von – teilweise fragwürdigen – statistischen Daten geführt. Das Buch mit dem etwas provozierenden Titel „Alles neu, neu, neu in Afrika!“ nähert sich den Veränderungsprozessen im ländlichen Afrika durch Beobachtungen und Wahrnehmungen auf lokaler Ebene an. Wie hat sich das Leben der Menschen in den Dörfern, in der ländlichen Kreisstadt verändert? Was ist aus denen geworden, die damals jung waren und von einer besseren Zukunft geträumt haben? Was hat sich durch Entwicklungsprojekte verändert? Was davon ist geblieben?

Maria Tekülve und Theo Rauch haben die Entwicklungsprozesse in einer ländlichen Region Sambias und anderswo in Afrika über drei bzw. vier Jahrzehnte aus der Nähe verfolgt. Teils als Mitwirkende an Entwicklungsprogrammen, teils aus wissenschaftlicher Perspektive. Bei ihrem Blick auf die vergangenen Jahrzehnte und die Gegenwart hat sie stets auch die Frage beschäftigt: Was kann man aus all den Erfahrungen für Szenarien zukünftiger Entwicklung lernen? Diese Frage soll bei der Veranstaltung zur Diskussion gestellt werden.

Stefan Oswald, Agrarwissenschaftler und Leiter der Unterabteilung Afrika im BMZ, hat sich beruflich intensiv mit dem südlichen Afrika und auch mit ländlicher Entwicklung befasst. Peter Meyns, Politologe, ist seit den 1970er Jahren einer der besten Sambia-Kenner im deutschsprachigen Raum.

Die Veranstaltung findet auf Deutsch statt, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Wir hoffen auf einen spannenden Abend und freuen uns über Ihr Interesse.

Hintergrund

Afrikas ländliche Regionen – hoffnungslose Fälle?

Einsichten aus vier Jahrzehnten Kontinuität und Wandel im ländlichen Sambia

Unter dieser Frage- und Themenstellung lud der Berliner Afrikakreis der Initiative Südliches Afrika (INISA) e.V. und der Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Berliner Afrika-Haus am 15. März 2018 zur Diskussion ein.

Dabei stellten die Autoren Maria Tekülve und Theo Rauch ihr jüngstes Buch vor: „Alles neu, neu, neu! In Afrika – Vier Jahrzehnte Kontinuität und Wandel in der sambischen Provinz“.

Michael Schultheiß (INISA e.V.) übernahm die Moderation; Peter Meyns (Uni Duisburg-Essen) brachte einen Kommentar ein.

Meyns hob in seinem einführenden Kommentar die lesenswerte Kombination aus sachlicher Darstellung und persönlichen Erfahrungsberichten hervor. Diese ermöglichen einen „gut lesbaren und vor allem authentischen Einblick in die Lebensbedingungen im ländlichen Sambia“. Er empfehle daher jedem, „der sich für die tagtägliche Realität im ländlichen Afrika interessiere“, das Buch zur Lektüre. Sachinformationen (u.a. Agrarpolitik, Infrastruktur), entwicklungspolitische Debatten (u.a. Ländliche Regionalentwicklung, Kleinbauern, Ochsenanspannung) wechselten sich mit persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen zu den vielen Facetten der sozialen Realitäten im ländlichen Raum (u.a. Armut, Arbeit) ab. In der Summe ergebe sich ein umfassendes Bild sowohl über die Entwicklungen in der Region als auch über die entwicklungspolitischen Diskussionen.



Ochsenanspannung und Strommasten in Kabompo, März 2015

„Ist das alles?! Die Kinder in Lumpen und die Frauen immer noch mit Lasten auf dem Kopf?“ war einer der grimmigen Kommentare, welche die Autoren bei der Präsentation ihrer Fotos und Ergebnisse erhalten. „Ist weniger Hunger denn nichts?! Und eine Glühbirne im Lehrerhaus?!“ antworteten die Autoren darauf.

Mit der obenstehenden Anekdote, welche die unterschiedlichen Bewertungen und Wahrnehmungen von Entwicklung widerspiegelt, begannen die Autoren Tekülve und Rauch die Vorstellung ihres Buches. Leitfrage war: Was hat sich in der Wirtschafts- und Lebensweise der Menschen verändert und was ist gleichgeblieben? Das Buch stehe im Kontext von jahrzehntelangen Dauerkontroversen zu Afrika (z.B. Krisen- oder Hoffnungskontinent, Pessimisten und Optimisten) und zu aktuellen Debatten (z.B. Migration, Strukturwandel ländlicher Raum). Der Anspruch sei, ein anschauliches und differenziertes Bild zu einem „Afrika jenseits plakativer Krisenmeldungen“ zu vermitteln.

Basierend auf vergleichenden Analysen (1977, 1993, 2015), vor allem auf eigenen jahrelangen Erfahrungen in der Region, sowie der Auswertung einer Vielzahl von Dokumenten, Statistiken und jüngsten Interviews und Beobachtungen in Kabompo kamen die Autoren zu differenzierten Einschätzungen und ambivalenten Beurteilungen. Es gab eine Reihe von Belegen sowohl für eine erstaunlich beharrliche Kontinuität als auch für einen langfristig positiven Wandel und Innovationen. Diese lassen in der Summe den Schluss zu: Im ländlichen Sambia, zumindest in der Nordwestprovinz, haben sich die Lebensverhältnisse eines Großteils der Bevölkerung, obgleich auf weiterhin niedrigem Niveau, stetig verbessert.

Kurze Vorstellung der Region: Peripherer Distrikt?

Im entlegenen, dünn besiedelten Kabompo-Distrikt leben heute 100.000 Menschen (1980: 35.000). Von ihnen sind 90 % Klein*bäuerinnen mit einer Bewirtschaftungsfläche von 1-2 ha. Bis Mitte der 1970er Jahre basierte deren Lebenshaltungssystem auf Subsistenzlandwirtschaft, ergänzt durch Kleingewerbe und Wanderarbeit. Diese war immer, bis heute, eng mit dem – wechselhaften – Kupferbergbau in den Städten, und damit auch dem Weltmarkt, verbunden.

„Wir sind jetzt Teil der Welt!“ Die Autoren fanden in der als „peripher“ geltenden Region für beides starke Indizien: Für Kontinuität und für Wandel. Augenfällig war eine bessere Infrastruktur. Über die neu geteerte, 500 km lange Überlandstraße gelangt man heute bequem in drei Stunden (früher fünf) in die Provinzhauptstadt. Auch neue Schulkomplexe und renovierte Gesundheitsstationen fielen ins Bild. Mehrmals täglich fahren volle Busse in den Kupfergürtel, die Männer wie Frauen zu privaten Besuchen und zum Handel nutzen. Minibusse, früher unbekannt, bedienen kleine Strecken. Überall sieht man Fahrräder (auch mit Frauen und Mädchen) und vollbeladene Ochsenkarren. In den ländlichen Zentren findet – meist – reges Geschäftsleben statt: Marktstände mit lokalen Agrarprodukten, aber auch mit Altkleidern aus Europa; Handy- und Computerläden, letztere jedoch oft leer; Handwerks- und Reparaturbetriebe für Möbel, Ochsenkarren und Fahrräder; Imbissstände und Restaurants, sogar kleine Pensionen und Musik-Bars für die Jugend. Kurzum: An der Hauptstraße in Kabompo, früher gähnend leer, geht es heute lebendig zu.

Abseits dessen jedoch erscheint das Dorfbild seit Jahrzehnten unverändert. Neben Ziegelhäusern mit Wellblechdach dominieren weiterhin einfache Lehmhütten, ohne Elektrizität und fließend Wasser, mit offenen Feuerstellen, die Zufahrtswege aus Sand. Die Eigentums- und Besitzverhältnisse scheinen, bei allen Unterschieden im Detail, relativ egalitär geblieben. Die Gehöfte ähneln sich in Größe und Struktur. Bei genauerer Betrachtung erkennen wir die nicht ganz unbedeutenden Veränderungen: Viele Karren und Fahrräder. Manche Strohdächer mit kleinen Solarpaneelen, abends leuchten verein-

zelt Glühbirnen aus den Hütten. Wohl 3/4 der dörflichen Haushalte verfügt über ein Handy. Allorts kann man „Airtime“ für wenige Cents erwerben.



Weiterer wichtiger Faktor: Die neuen Medien haben Wahrnehmungen geändert und neue Wünsche geweckt. In ein und demselben Ort schwärmte ein junger Gesundheitsarbeiter, zufrieden, dass er nun BBC empfangen könne: „We are not remote anymore. We are part of the World!“, während die benachbarte junge Lehrerin über das lückenhafte Handy-Netz und die hinterwäldlerischen Eltern klagte: „It's still remote.“ Die Beurteilung ist insgesamt ambivalent: Ein älterer Mann wetterte gegen die „ridiculous soaps“ aus Amerika, in denen weiße Frauen „lazy in hot pants under palm trees“ lägen. Diese Vorbilder, auch Hautaufheller und Perücken, seien schädlich für die Jugend, „Want to look like Whites“, und ohne Würde für das eigene Volk.

Wie überall in Afrika sieht man nun auch in Kabompo westlich gekleidete Jugendliche mit Handys, Jeans und Turnschuhen, Mädchen in Hosen und Miniröcken. Einigen war der Stolz und die Freude am Modernen anzusehen: Junge Männer, die uns kompetent im Computerladen berieten oder Schulmädchen, die fröhlich auf dem Rad zur Schule fuhren. Ebenso offensichtlich aber war die Arbeitslosigkeit und Langeweile, die viele plagte: Junge Ladenbesitzer, die auf Kundschaft warten, jugendliche Gruppen, die mit Nichtstun ihre Zeit vertreiben.

Abnehmende Armut

Die Autoren sprachen mit vielen Menschen, darunter früheren Kolleg*innen, Priestern, Gesundheitspersonal und Lehrern; wir glichen qualitative mit quantitativen Daten ab. Demnach nahm die extreme Armut, vor allem im Vergleich zu den 1990ern, deutlich ab. Eine ältere Krankenschwester behauptete, dass heute in Kabompo „kein Kind mehr hungern müsse“, Unterernährung sei ein Ergebnis falscher, „moderner“ Ernährung durch die Mütter (z.B. gekauftes Weißbrot und Marmelade statt lokaler Erdnüsse und Bananen), nicht aber eines Mangels an Nahrung und Einkommen.

Erschreckend, obgleich auch verbessert, blieben die Bedingungen für Gebärende in entfernten Dörfern. Die HIV/Aids-Raten gingen, bei steigender Lebenserwartung, aufgrund besserer Aufklärung und Medikamente, spürbar zurück, wenngleich auf immer noch hohem Niveau.

**Armut,
Grundbedürfnisse,
MDG (Nordwestprovinz)**

	ca. 1975	1990	2014
Untergewichtige Kinder (% Alter/Gewicht)	k.A.	35-40	6-15
Kindersterblichkeit (unter 5 J. / Tausend)	k.A.	190	66
Lebenserwartung (Jahre)	40	37	53
HIV/Aids (% 15 - 49J) (teils Schätzung)	n.a.	20-30	<10

In der Summe nahmen die Autoren, besonders im Vergleich zur extremen Krisensituation und depressiven Stimmung Anfang der 90er Jahre (vgl. TEKÜLVE 1997), eine wesentlich bessere Grundstimmung in Kabompo-Stadt und den Dörfern wahr. Viele Menschen sprachen damals von den bevorstehenden „last days“; demgegenüber war nun eine „Es-geht-langsam-voran-Stimmung“ im Distrikt wahr. Einer der Gesprächspartner kommentierte spöttisch:

„Ihr habt uns schon für tot erklärt, aber wir leben immer noch! Wir werden wieder älter. Unsere Kinder lachen und rennen durch das Dorf!“ Auch die Einschätzungen, wie sich die Lage der Frauen und Mädchen entwickelt habe, ließ in der Summe, bei weiterhin, teils sehr kritischen Verhältnissen, eine positive Tendenz vermuten.



Strukturwandel: Die dritte Säule Marktproduktion

Die Mehrzahl der Kleinbauern produziert nun Überschüsse für den Markt. Woraus aber resultiert die – wenngleich bescheidene – Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen?

Bemerkenswert ist, dass sich in diesem gemeinhin als „Abwanderungsregion“ wahrgenommenen Distrikt die Zahl der Menschen sowie der Klein*bäuerinnen nahezu verdreifacht hat. Bis 2050 wird eine weitere Bevölkerungszunahme prognostiziert. Tendenzen zur Verstädterung in Sambia sind also nicht gleichzusetzen mit einer Entleerung der ländlichen Peripherie. Viele Migranten kehren nach mehr oder

weniger erfolgreichen Versuchen, sich in den Städten eine Existenzgrundlage aufzubauen, wieder in die Dörfer zurück. Denn meist reicht weder das landwirtschaftliche noch das städtische Einkommen zu einer gesicherten, hinreichenden Existenz. Im Rahmen dieser „multi-lokalen Haushalte“ bleibt die oft temporäre Abwanderung der Jungen ebenso eine ökonomische Notwendigkeit wie die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion.

Angesichts der verbreiteten Annahme über die begrenzten Produktionspotentiale afrikanischer Klein*bäuerinnen, erstaunt im Falle Kabompos die Tatsache, dass sich der Anteil der für den Markt produzierenden Haushalte seit 1975 von 10 % auf 67 % erhöhte. Damit einher ging ein Anstieg der Marktproduktion (überwiegend Mais für den regionalen Markt) um das 30-fache. Es fand also ein Strukturwandel von einer weitgehend subsistenzorientierten hin zu einer (teilweise) marktintegrierten Landwirtschaft statt. Die Produktionsausweitung erfolgte nicht primär durch höhere Flächenerträge, sondern überwiegend dadurch, dass mehr Arbeitskräfte einen zunehmenden Teil der reichlich vorhandenen Landfläche bewirtschafteten. Ebenso bemerkenswert ist die Aufrechterhaltung der Subsistenzproduktion. Aufgrund weiterhin unsicherer Märkte und Jobchancen ist sie unverzichtbar geblieben.

Die verstärkte Marktintegration der Mehrzahl der Haushalte ist zum einen Folge einer sozial inklusiven staatlichen Förderpolitik mit garantierten Mindestpreisen und Düngersubventionen als Hauptkomponenten. Entscheidend für den Zugang zu den Märkten und Inputs aber war eine technologische Neuerung, die Einführung der dort um 1980 noch unbekanntenen Ochsenanspannung, verbunden mit der Nutzung des Ochsenkarrens als lokalem Transportmittel. Nur so wurden für die verstreut in Weilern lebende Dorfbevölkerung die Absatzmärkte erreichbar. Hierin bestand eine der am besten angenommenen und nachhaltigsten Verbesserungen, die durch ein in den 1980er Jahren von deutscher Seite unterstütztes Entwicklungsprogramm erreicht wurde.

Druck auf – noch großzügig vorhandene – natürliche Ressourcen steigt

Anders als in den dichter besiedelten Agrarregionen Sambias stellt die erhöhte lokale Nutzung der Böden und Wälder Kabompos derzeit noch keine unmittelbare ökologische Bedrohung dar. Noch sind über 80 % mit Wald bedeckt. Noch stehen – bei einer Bevölkerungsdichte von 7 Einw./km² – je Hektar bewirtschafteter Fläche durchschnittlich 5 Hektar Brachfläche bereit. Doch die einst für die Nahrungsvielfalt wichtigen Wildtierbestände wurden durch kommerzielle Wilderei drastisch reduziert. Zudem ist nun auch der reiche Waldbestand durch eine nicht nachhaltigkeitsorientierte Ausschlichtung von Edelhölzern für den globalen Markt bedroht.

Weder Aufbruch noch Verelendung, jedenfalls geringere Risikoanfälligkeit

Kleinbäuerliche Überschussproduktion wurde somit – neben Subsistenzproduktion und Wanderarbeit – zu einer dritten Säule der diversifizierten multilokalen dörflichen Lebenshaltungssysteme. Neben Agrarprodukten spielten Honig, Bienenwachs und Holzprodukte eine wesentliche Rolle beim Bargeldwerb. Dadurch wurde die Risikoanfälligkeit (Vulnerabilität) deutlich reduziert und auch die Versorgung mit Grundbedarfsgütern wie Salz, Zucker, Speiseöl, Kleidung, Decken verbessert. Gebrauchsgüter wie Fahrräder oder Mobiltelefone wurden für viele erschwinglich. Es kam also nicht zu der vielfach befürchteten Verelendung marginalisierter Kleinbauernfamilien.

Dennoch: Da weder die ländlichen Marktpotentiale angesichts unsicherer Absatzmöglichkeiten, noch die städtischen Einkommensmöglichkeiten zum Überleben reichen, verharren die meisten ländlichen Haushalte – nun auf einer etwas verbreiterten und erhöhten Basis – in den in der Kolonialzeit etablierten diversifizierten translokalen Lebenshaltungssystemen.

Die Autoren zögern zwar, sich der optimistischen Sicht eines Parlamentsabgeordneten aus Kabompo anzuschließen: „Es geht langsam aber sicher vorwärts. Wir werden nicht noch einmal 50 Jahre brauchen. Denn die Basis heute ist eine andere“. Doch die oft pauschalen Krisenmeldungen aus Afrika und Sambia werden den differenzierten Entwicklungen, auch den ambivalenten Wahrnehmungen, und schließlich den Lebensleistungen der Akteure vor Ort, nicht gerecht.

Literatur:

Peter Meyns (2018): Bilanz nach 25 Jahren

Rezension zu Tekülve/Rauch, Alles neu, neu, neu! In: Afrika-Süd, 3/2018, Seite 42

Maria Tekülve, Theo Rauch (2017): Alles neu, neu, neu! In Afrika

Vier Jahrzehnte Kontinuität und Wandel in der sambischen Provinz, 278 S., Berlin

Diess. (2018): Vieles Neu in Sambia In: Afrika-Süd, 3/2018, Seite 34-36

23. März 2018
20.00 Uhr

Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus Hoffnung im Herz – Mündliche Poesie – May Ayim

Vorführung des 1997 erschienenen biographischen Films von Maria Binder und Dagmar Schulz über May Ayim, der Leben und Werk der Künstlerin und wissenschaftlichen Pionierin würdigt.

Dagmar Schulz wird selbst zugegen sein.

Veranstalter: Fafafina Afrika-Haus e.V.

May Ayim lebte von 1960-1996. Es waren Gedichte und Lyrik – wie „Grenzenlos und unverschämt“ oder „Afro-deutsch“ – die sie bekannt machten.

Zudem untersuchte sie als erste Wissenschaftlerin die Geschichte und Lebenssituation schwarzer Frauen in Deutschland. Ihre Diplomarbeit zu diesem Thema erschien 1986 in dem Buch „Farbe bekennen“. 1995, ein Jahr nach der Veröffentlichung ihres Lyrikbands „blues in schwarz-weiss“, nach psychologischer Behandlung und der Diagnose Multiple Sklerose, nahm sich May im Alter von 36 Jahren das Leben.

Gedichte

grenzenlos und unverschämt

ich werde trotzdem

afrikanisch

sein

auch wenn ihr

mich gerne

deutsch

haben wollt

und werde trotzdem

deutsch sein

auch wenn euch

meine schwärze

nicht paßt

ich werde

noch einen schritt weitergehen

bis an den äußersten rand

wo meine schwestern sind

wo meine brüder stehen

wo

unsere

FREIHEIT

beginnt

ich werde

noch einen schritt weitergehen und

noch einen schritt

weiter

und wiederkehren

wann

ich will

wenn

ich will

grenzenlos und unverschämt

bleiben



afro-deutsch I

Sie sind afro-deutsch? ... ah, ich verstehe: afrikanisch und deutsch. Ist ja 'ne interessante Mischung! Wissen Sie, manche, die denken ja immer noch, die Mulatten, die würden's nicht so weit bringen wie die Weißen.

Ich glaube das nicht. Ich meine, bei entsprechender Erziehung ... Sie haben ja echt Glück, daß Sie hier aufgewachsen sind. Bei deutschen Eltern sogar. Schau an!

Wollen Sie denn mal zurück? Wie, Sie waren noch nie in der Heimat vom Papa? Ist ja traurig ... Also, wenn Sie mich fragen: So 'ne Herkunft, das prägt eben doch ganz schön. Ich z.B., ich bin aus Westfalen, und ich finde, da gehö' ich auch hin ...

Ach Menschenkind! Dat ganze Elend in der Welt! Sei 'n Sie froh, daß Sie nich im Busch geblieben sind. Da wär'n Sie heute nich so weit!

Ich meine, Sie sind ja wirklich ein intelligentes Mädchen. Wenn Sie fleißig sind mit Studieren, können Sie ja Ihren Leuten in Afrika helfen: Dafür sind Sie doch prädestiniert, auf Sie hör'n die doch bestimmt, während unsereins ist ja so 'n Kulturgefälle ...

Wie meinen Sie das? Hier was machen. Was woll'n Sie denn hier schon machen? Ok., ok., es ist nicht alles eitel Sonnenschein. Aber ich finde, jeder sollte erstmal vor seiner eigenen Tür fegen!

Literatur

- Zusammen mit Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz (Hrsg.): Farbe Bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Berlin 1986. Damals unter den Namen May Opitz.
- May Ayim: Blues in Schwarz-Weiß, 4. Auflage, Berlin, Orlanda Frauen Verlag, 2005
- May Ayim: Nachtgesang, Berlin, Orlanda Frauen Verlag, 1997, ISBN 392982339X.
- May Ayim: Politische Texte, Momentaufnahmen und Gespräche, ISBN 3-929823-45-4.
- May Ayim: Grenzenlos und unverschämt, Fischer, 2002, ISBN 3596151902.
- K. Oguntoye, M. Opitz, D. Schultz (Hrsg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, 2. Auflage, Berlin, Orlanda, 1991, ISBN 3-922166-21-0.
- May Ayim, Bahman Nirumand, José F. A. Oliver (Hrsg.): ... aus dem Inneren der Sprache, 1995, ISBN 3910069568.
- Ika Hügel, Chris Lange, May Ayim (Hrsg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin, Orlanda, 1999, ISBN 3922166911.
- May Ayim Award – Erster internationaler schwarzer deutscher Literaturpreis 2004 – Piesche, P./Küppers M./Ani, E./Alagiyawanna-Kadali, A. (Hg.), Orlanda 3-936937-21-4 | 2004
- Broek, Lida van den Am Ende der Weisheit – Berlin : Orlanda-Frauenverl., 1993, 2., überarb. Aufl.

Link

http://de.wikipedia.org/wiki/May_Ayim

Es gibt auch eine DVD-Version von Hoffnung im Herz – Mündliche Poesie – May Ayim, BRD 1997, 35 min, S-VHS, BRD 2007, DVD, Regie: Maria Binder

VERTRIEB: Dagmar Schultz, Großgörschenstr. 40, 10827 Berlin

Hintergrund

Dagmar Schultz

May Ayim: „Durch Liebe, Mut und Wut bin ich gewachsen“

May Ayim, ghanaisch-deutscher Herkunft, wurde 1960 in Hamburg geboren. Ihr Vater war Medizinprofessor, ihre Mutter weiße Deutsche. May lebte die ersten 1,5 Jahre im Heim und dann in einer Pflegefamilie. Sie studierte Pädagogik in Regensburg, schloss danach eine Ausbildung zur Logopädin in Berlin ab und plante, ihre Dissertation zu schreiben.

May Ayim war seit langem in der Schwarzen Community und in der Frauenbewegung aktiv. Mit ihrem Engagement und der ihr eigenen verbindenden Art trug sie immer wieder dazu bei, Menschen unterschiedlicher Kulturen und politischer Zusammenhänge zusammenzubringen. Sie gehörte 1985 zu den Gründer*innen der Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland. In den letzten Jahren arbeitete sie als Lehrbeauftragte an Berliner Hochschulen, als Sprachtherapeutin und als Studienberaterin an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

Zahlreiche Gedichte und Essays von May Ayim wurden und werden in Büchern, Zeitschriften, Zeitungen und Schulbüchern veröffentlicht (vor 1992 unter May Opitz) sowie für Theaterstücke und

Tanz Performances eingesetzt. Bei vielen politischen Veranstaltungen, Demonstrationen und Diskussionen begeisterte und berührte May Ayim ihr Publikum. Sie begegnete ihren Zuhörer*innen in der Bundesrepublik, in den USA, in Kanada, Südafrika, England, der Schweiz, Österreich und den Niederlanden in immer wieder überraschender Weise mit ihrer Beobachtungsschärfe, ihrem Humor und ihrer Ironie. Mit dem Interview, das Bettina Böttinger mit ihr 1996 in der Sendung „b:trifft“ führte, rief sie eine für uns alle unerwartet breite Reaktion in ganz unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung hervor.

Ich freue mich, dass das Afrika-Haus mich aufgefordert hat, für das Jahresheft 2018 einen Artikel über May Ayim zu verfassen. Als Titel habe ich eine Zeile ihres Gedichts „Nachwort“ gewählt: „Durch Liebe, Mut und Wut bin ich gewachsen“, Worte, die besonders charakteristisch für May erscheinen.¹

Für viele von uns lebt May in unserer Erinnerung als Freundin und als solidarische Kämpferin. May war lustig und spontan – man konnte mit ihr Pferde stehlen. Und sie arbeitete überaus engagiert an den Dingen, für die sie sich einsetzte, sei es die Antiapartheid Bewegung, sei es der Aufbau der Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland, sei es ihre Arbeit als Logopädin oder als Studienberaterin an der Alice Salomon Fachhochschule für Sozialarbeit.

May Ayim lernte ich 1984 auf der Tagung „Sind wir uns denn so fremd“ kennen, der ersten gemeinsamen Tagung von migrierten und deutschen Frauen. Ich glaube, sie war dort die einzige Afro-deutsche. In dem Jahr kam sie nach Berlin und traf die afroamerikanische Autorin und Aktivistin Audre Lorde, die May und Katharina Oguntoye zum Schreiben ermutigte.

Aus dieser Begegnung entstand 1986 das Buch „Farbe Bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“, in dem May ihre Forschungsarbeit zur Geschichte von Schwarzen Deutschen veröffentlichte und damit den Grundstein für alle weiteren Forschungen über Afro-deutsche im In- und Ausland legte.

Wir arbeiteten gemeinsam an „Farbe Bekennen“ und später an dem Buch „Entfernte Verbindungen – Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung“, das 1993 im Orlanda Frauenverlag veröffentlicht wurde. Wir machten Vortragsreisen und Forschungsprojekte und unterrichteten zusammen an der Freien Universität und an der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit, an der May Mitte der 90er Jahre auch die Stelle der Studienberaterin hatte. Wir reisten gemeinsam nach Brasilien und waren 1992 in der Karibik bei Audre Lorde in Audres letzten Stunden.

May war eine vielseitige und vielschichtige Persönlichkeit. Die Dichterin May Ayim war Grenzgängerin und Sprachgenie. Ihre Lyrik umfasst Alltagsbeobachtungen, Liebesgedichte und politische Gedichte. Sie hinterfragt eigene Erlebnisse, Gefühle, sie konfrontiert Freunde, Freundinnen, die Community, sie feiert Heldinnen der Diaspora. Ihre Gedichte sind durchsetzt von Ironie, Satirischem, Wehmut, Humor, Weisheit. Für mich ist es immer wieder ein anregendes und bewegendes Erlebnis, ihren Gedanken, Ideen, Reflektionen eingebettet in sprachliche Überraschungen zu folgen. Mit ihren scharfsinnigen Wortspielen rief sie Aha-Erlebnisse bei Menschen hervor, die sich sonst eher dagegen verwehrt hätten, mehr oder weniger subtile Formen von Rassismus zuzugeben, so z.B. mit dem kleinen Gedicht „Exotik“:

¹ Dieses Zitat hatten wir auch für die Veranstaltung zu May Ayims 10. Todestag in der Werkstatt der Kulturen gewählt.

*Nachdem sie mich erst anschwärzten
zogen sie mich dann durch den kakao
um mir schließlich weißmachen zu wollen
es sei völlig unangebracht
schwarz zu sehen*

Gedichte waren auch politisches Werkzeug, so z.B. wenn sie anlässlich einer Einladung zu einer Wahlveranstaltung der Grünen statt eines Vortrags ihr am Vorabend verfasstes Gedicht „gegen leberwurstgrau – für eine bunte republik / talk – talk – show für den bla – bla – kampf“ zum Besten gab. Wie die Schriftstellerin Marise Condé in ihrem Vorwort zu dem Band „blues in schwarz weiss“ schreibt: „...auch ihr Witz, ihre Wortspiele und Pointen verschleiern nie die Stärke ihres Protests gegen Rassismus, Sexismus und all die anderen Ismen, die unsere Gesellschaft mit Trauer durchwirken.“²

May konnte jedes Gedicht auswendig, sobald sie es geschrieben hatte, wodurch ihre Lesungen immer auch Performances waren. Dies kann man in dem Film „Hoffnung im Herz - Mündliche Poesie – May Ayim“ erleben. Ein Beispiel findet sich beim Besuch des „May Ayim Ufer“ in der digitalen „Audre Lorde in Berlin Online Reise“.³

Die Wissenschaftlerin May Ayim legte mit großer Genauigkeit und Ideenreichtum die Grundlagen für alle weiteren Forschungsvorhaben über Schwarze Deutsche. Dies gilt auch z.B. für ihre Abschlussarbeit als Logopädiestudentin zu Rassismus und Sexismus in Praxis und Theorie der Logopädie. Ihre Essays in dem Band „Grenzenlos und Unverschämt“, wie z.B. der Aufsatz „Weißer Stress und Schwarze Nerven“, stellen eine beeindruckend gelungene Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und persönlicher Erfahrung dar.⁴ In ihren Essays spricht sie verschiedene Themen an, so z.B. „Ethnozentrismus und Geschlechterrollenstereotype“, „Rassismus und Verdrängung im vereinten Deutschland“, „Hanni und Nanni in der Lehranstalt. Die Ausbildung in einem Frauenberuf“, aber auch autobiographische Texte wie „Eine der anderen“ über ihren Aufenthalt in Ghana, und „Eistorte à la Hildegard – Für ein kleines Fest oder einfach so“.

Die Aktivistin May Ayim bewegte sich in verschiedenen Communities – Schwarzen Deutschen, migrierten und weißen Frauen und Männern – und sie hatte vielfältige Freundschaften und politische Bündnispartnerinnen und -partner.

May war eine der Gründer*innen der Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland (ISD), und ihre Schriften und Aktivitäten waren und sind von großer Bedeutung für diese Bewegung.

Die öffentliche Persönlichkeit May Ayim – dies war eine Rolle, der sie ambivalent gegenüber stand. Einerseits wollte sie natürlich, dass gerade ihre politischen Texte möglichst viele Menschen erreichen. Andererseits suchte sie Anerkennung als Dichterin statt häufig ausschließlich als wortgewandte Vertreterin von Schwarzen Deutschen angesprochen zu werden. In dem Film „Hoffnung im Herz“ fällt auf, dass Fragen an die Lyrikerin May Ayim nicht in Deutschland sondern in Südafrika gestellt werden. Und erst nach ihrem Tod zitierte eine Zeitung mit den Worten: „Es gibt Gedichte, die keiner Interpretation

² In: Ayim, May: Weitergehen, Berlin: Orlanda Frauenverlag, 2013, S. 11

³ www.audrelordeberlin.com

⁴ Ayim, May: „Weißer Streß und Schwarze Nerven. Streßfaktor Rassismus“

In: Grenzenlos und unverschämt, Berlin: Orlanda Frauenverlag 1997, S. 111-132

(ebenfalls in: Maria Schäfgen (Hg.): Streß beiseite. Ein Ratgeber, Berlin: Orlanda Frauenverlag 1995, S. 110-119)

bedürfen, weil sie meinen, was sie sagen...“ Mays Gedicht „Abschied“ und verglich ihre Verse mit denen von Ingeborg Bachmann und Inge Müller. ⁵

Hier das Gedicht:

Abschied ⁶

*was sollen die letzten worte sein
lebet wohl auf wiedersehen
irgendwann irgendwo?
was sollen die letzten taten sein
ein letzter brief ein telefonat
ein leises lied?
was soll der letzte wunsch sein
verzeiht mir
vergesst mich nicht
ich hab euch lieb?
was soll der letzte gedanke sein
danke? danke*

Mays Entschluss, aus dem Leben zu gehen, erschütterte international viele Menschen über den großen Freundeskreis hinaus. Zur Trauerfeier kamen 700 Personen und der Verlag erhielt Beileidsschreiben aus aller Welt. Mays Grab ist auf dem Alten Matthäus Kirchhof in der Großgörschenstraße in Schöneberg. In einem Aufsatz habe ich die Umstände und das Erleben von Mays Erkrankung aus meiner Sicht wiedergegeben. ⁷ Silke Mertins verfasste einen lesenswerten biographischen Aufsatz zu May in dem Essayband „Grenzenlos und Unverschämt“. ⁸

In einem Abschiedsbrief schrieb May „ich habe mehr gelebt und erlebt als viele Menschen die doppelt so alt geworden sind“. Wenn wir ihr Werk ansehen, wenn wir im Anhang des Buches „Grenzenlos und Unverschämt“ nachlesen, in wie vielen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen ihre Gedichte und Texte veröffentlicht wurden und bei wie vielen Konferenzen und Kulturfestivals in Ländern wie Ghana, Südafrika, England, Canada, USA, Österreich sie Vorträge und Lesungen gegeben hat, wird dies deutlich, zumindest was ihre Arbeit als Autorin angeht.

Nach Mays Tod veröffentlichte der Orlanda Frauenverlag 1997 den zweiten Lyrikband „Nachtgesang“ (heute zusammengefasst mit „blues in schwarz weiss“ in dem Band „Weitergehen“) und die Essays mit dem Titel „Grenzenlos und unverschämt“. Gleichzeitig produzierten wir den Film über Mays Leben „Hoffnung im Herz – Mündliche Poesie – May Ayim“ mit der Regisseurin Maria Binder, den es auch mit englischen Untertiteln gibt. ⁹

2003 veröffentlichte der Verlag Africa World Press in den USA einen Band von Mays Essays und Gedichten in englischer Übersetzung. Das Buch „Farbe Bekennen“ war bereits 1991 in englischer Übersetzung erschienen.

⁵ Tagesspiegel Kultur, Das neue Gedicht, 13. April 1997, S. 26

⁶ Aus: Ayim, May: Weitergehen. Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 217

⁷ Schultz, Dagmar: „Ein Leben das wir weiter tragen werden. May Ayim (1960-1996)“

in: Claudia Brügge (Hrsg.), Frauen in ver-rückten Lebenswelten, Bern: efeb Verlag, 1999, S. 139-164, 262-265

⁸ Mertins, Silke: „blues in schwarz weiss: May Ayim (1960-1996)“

In: May Ayim, Grenzenlos und Unverschämt, a.a.O., S. 158-172

⁹ Z.Zt. zu bestellen bei Dagmar Schultz (dagmar@dagmarschultz.com)

In vielfältiger Weise ist deutlich geworden, welche Wirkung May als Person, als Autorin und als politische Aktivistin gehabt hat und immer noch hat. Hier nur ein paar Beispiele:

Die Schriftstellerin Esther Andradi hat ihre Übersetzungen von Mays Gedichten in einer argentinischen Zeitschrift veröffentlicht.

In Spanien übersetzten Frauen Gedichte von May Ayim und präsentierten sie am Goethe Institut.

Eine indische Literaturzeitschrift, veröffentlichte 2016 das Gedicht „blues in schwarz weiss“.

2004 wurde mit dem May Ayim Award das literarische Schaffen Schwarzer AutorInnen geehrt.

Natasha A. Kelly unterrichtete Seminare zu May Ayims Schaffen an der Humboldt Universität und veröffentlichte 2015 das Buch „Sisters and Souls – Inspirationen durch May Ayim“ mit Beiträgen Schwarzer deutscher Frauen.¹⁰

Schließlich konnten wir 2015 das May Ayim Archiv mit einer Vielzahl von Materialien am Archiv der Bibliothek der Freien Universität einrichten.

Mays Werk lebt weiter, hier und weit über deutsche Grenzen hinaus.

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, dass in Berlin 2011 eine Straße nach May Ayim benannt wurde, das „May Ayim Ufer“ in Kreuzberg bei der Oberbaumbrücke. (Vormals hieß die Straße nach einem Kolonialisten Gröbenufer.)

Natasha A. Kelly schreibt in ihrer Einleitung zu „Sisters and Souls“: „May Ayim kreierte durch das Schreiben nicht nur eine eigene Subjektstimme, die stellvertretend für viele sprach, sondern auch einen Ort, um sich mit anderen Frauen solidarisieren und gesellschaftliche Veränderungen aus Schwarzer Perspektive herbeiführen zu können.“¹¹ Auch Maryse Condé spricht in ihrem Vorwort zu Mays Gedichten von dem diasporischen Charakter von Mays Werk wenn sie schreibt: „In Mays Stimme fand ich das Echo anderer Klänge aus der Diaspora... Außergewöhnliche Stimme. Einzigartig und bereits im Herzen von uns allen, die verfolgt sind und dürsten.“¹²

Wir vermissen May, wir fragen uns, was sie heute zu antirassistischen Bewegungen, zu dem Befreiungskampf Schwarzer Menschen und zu der unbändigen Kreativität einer jungen Generation Schwarzer Deutscher beitragen würde. Aber wir wissen auch wie viel sie hinterlassen hat – ein kostbares Vermächtnis, das allen zugänglich ist und vielfältig genutzt werden kann.

Literatur:

Ayim, May: blues in schwarz weiss. Berlin: Orlanda Frauenverlag 1995

Ayim, May: Grenzenlos und unverschämt. Berlin: Orlanda Frauenverlag 1997

Ayim May: Nachtgesang. Berlin: Orlanda Frauenverlag 1997

Ayim, May: Weitergehen, Berlin: Orlanda Frauenverlag 2013 (Sammelausgabe von „blues in schwarz weiss“ und „Nachtgesang“)

Ayim, May: Blues in Black and White. A Collection of Essays and Conversations. Transl. Anne Adams
Trenton, N.J.: Africa World Press, 2003

Oguntoye, Katharina/Opitz (Ayim), May/Schultz, Dagmar (Hg.): Farbe Bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin: Orlanda Frauenverlag 1986 (Fischer TB 19)

¹⁰ Kelly, Natasha A.: Sisters and Souls. Inspirationen durch May Ayim, Berlin: Orlanda Frauenverlag, 2015

¹¹ Kelly, a.a.O., S. 8

¹² In: Ayim, May: Weitergehen, Berlin: Orlanda Frauenverlag, 2013, S. 11

(Engl. Ausgabe: Opitz, May/Oguntoye, Katharina/Schultz, Dagmar (eds.): Showing Our Colors. Afro-German women speak out, Transl. Anne Adams Amherst, Mass.: The University of Massachusetts Press 1991)

Hügel, Erika/Lange, Chris/Ayim, May u.a.: Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1993

18. April 2018

19.00 Uhr

BERLINER AFRIKAKREIS:

Zimbabwe – Neue Perspektiven mit Mnangagwa?

Liebe Afrikainteressierte,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich zum nächsten Berliner Afrikakreis der Initiative Südliches Afrika (INISA e.V.) in Kooperation mit dem Berliner Afrika-Haus ein.

Referenten:

- Dr. Christian von Soest, GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg
- Dr. Ulrich Golaszinski, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter Länderbüro Zimbabwe

Moderation:

- Frank Gries, INISA e.V.

Am 21. November 2017 kam Robert Mugabe nach 37 Jahren an der Macht in Zimbabwe durch seinen Rücktritt als Präsident Zimbabwes einem Amtserhebungsverfahren seiner eigenen Partei zuvor. Die ZANU-PF war nach dem unblutigen Militärputsch sechs Tage zuvor überraschend schnell und einmütig auf die Seite des Militärs geschwenkt.

Bereits drei Tage später wurde Emmerson Mnangagwa – langjähriges Kabinettsmitglied, ehemaliger Vizepräsident, enger Vertrauter der militärischen Führung und mutmaßlicher Kopf des brutalen Militäreinsatzes in Matabeleland 1982-1987 sowie der gewaltsamen Kampagne gegen die Oppositionsparteien im Präsidentschaftswahlkampf 2008 – als neuer Präsident vereidigt. Mnangagwa hat nunmehr sowohl die Ansprüche des Militärs als auch den allgemeinen Wunsch nach Erneuerung in **der Bevölkerung zu befriedigen. Bei seinem Amtsantritt versprach er eine „neue Demokratie“, die Bekämpfung der Korruption und warb um Auslandsinvestitionen in die marode Ökonomie.**

Zum 38. Unabhängigkeitstag in Zimbabwe stellt sich die Frage, wie die bisherige Politik Mnangagwas zu bewerten ist? Welche Perspektiven ergeben sich für die weitere Entwicklung Zimbabwes?

Diese und weitere Fragen wollen wir mit Ihnen und den Referenten diskutieren. Wir hoffen auf einen spannenden Abend und freuen uns über Ihr Interesse.

Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Andreas Bohne, Katrin Voß

Explosive Stimmung in Zimbabwe vor den Wahlen

In knapp zwei Wochen finden in Zimbabwe Wahlen statt. Das Land schwankt zwischen neu gewonnener Offenheit und geerbter Angst. Während die Wahlen explosives Potential bergen, scheint vieles **aber ebenso für eine Kontinuität zu sprechen, getreu dem Motto: „neu, aber doch gleich“.**

In der sogenannten **„Post-Mugabe-Ära“ steht der nächste Höhepunkt bevor.**

Seit Monaten fiebert man der Bekanntgabe des Termins für die ersten Wahlen nach der Absetzung Robert Mugabes durch einen Militärputsch entgegen. Am 30. Juli sollen die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden. Das gesamte Land befindet sich in hoher Erwartung, aber auch unter Anspannung. Man hofft auf einen friedlichen, freien und fairen Urnengang. Als jedoch am 25. Juni im White City Stadium der Oppositionshochburg Bulawayo während einer Wahlkampfveranstaltung des Interimspräsidenten Emmerson Mnangagwa eine Explosion zwei Menschen tötet, ziehen dunkle Wolken auf und ein angespanntes Gefühl von Angst und Misstrauen kehrt zurück.

Die alte Garde inszeniert sich als Erneuerer

Mehr als 20 Kandidat*innen bewerben sich um den Präsidentschaftsposten. Auf den Wahlzetteln finden sich allerdings nicht die Namen der beiden politischen Protagonisten der letzten Jahrzehnte: Robert Mugabe und Morgan Tsvangirai.

Für die Regierungspartei ZANU-PF zieht Emmerson Mnangagwa in den Wahlkampf. Mit seinen 73 Jahren kann er auf eine lange Parteikarriere zurückblicken und gilt als wichtige Persönlichkeit im Kampf für die Unabhängigkeit. Er konnte sich, mit Unterstützung der Armee, bei den innerparteilichen Machtkämpfen durchsetzen und präsentiert sich nun als Erneuerer und Reformier. Erste Veränderungen werden sichtbar.

Die Präsenz und Willkür von Armee und Polizei waren in den letzten Monaten deutlich rückläufig, die gesellschaftlichen Diskussionen offener. Mnangagwa inszeniert sich während des Wahlkampfes im Gegensatz zu seinem Vorgänger als volksnah. Seine Facebook-Seite zeigt ihn beim Essen in einem Schnellrestaurant oder bei Treffen mit Student*innen. Immer wirbt er um Investitionen. Als neues Markenzeichen, selbst bei offiziellen Terminen, trägt er einen Schal in den zimbabwischen Farben. Mnangagwa steht für viele alte Kader, die sich als Erneuerer inszenieren. Der Journalist und Akademiker Odomaro Mubangizi spricht nicht umsonst von einem »Machiavellismus« der alten und neuen politischen Elite Zimbabwes.

Daher sitzt das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Regierungspartei tief. Viele Zimbabwer glauben nicht an eine wirkliche Veränderung innerhalb der ZANU-PF, sie sehen die derzeitige Entspannung als Wahlkampfaktik. Für sie ist Mugabe aus dem Weg geräumt, das System existiert jedoch weiter. Ein System, das aus einer engen Verflechtung von Partei und Militär besteht und die politische Kontrolle bis in die kleinste Dorfgemeinschaft innehat.

Ein Mitarbeiter des unabhängigen ökonomischen Forschungsinstituts Zimbabwes, LEDRIZ, beschreibt im Gespräch mit den Autor*innen die politische Kaste der ZANU-PF als ein organisiertes Kartell. Nach Schätzungen des Instituts werden allein aus dem Bergbausektor illegale Einnahmen in Höhe von jährlich drei Mrd. US-Dollar gewonnen. Hinzu kommen illegale Einnahmen aus dem Verkauf von Elfenbein. Dieses Geld lagert auf privaten Konten. Es ermöglicht die Finanzierung von Geheimdienst, Armee und Polizei und sichert somit den Machterhalt der regierenden politischen Elite. Das Interesse an tiefgreifenden politischen Veränderungen innerhalb der ZANU-PF ist fraglich.

Wer jedoch denkt, Robert Mugabe hätte sich endlich zur Ruhe gesetzt, irrt. Er, seine Frau Grace Mugabe, die eigentlich die Macht übernehmen sollte, sowie zahlreiche Anhänger versammeln sich **hinter der neugegründeten Partei „National Patriotic Front“**. **Deren Vorsitzendem, Ambrose Mutinhiri**, einem engem Vertrauter Mugabes, werden jedoch geringe Chancen zugerechnet.

Deutlich spannender wird das Wahlergebnis für die größte Oppositionspartei, die Bewegung für Demokratische Veränderung – Tsvangirai (MDC-T). Im Februar verstarb ihr populärer Vorsitzender und ihre Führungsfigur, Morgan Tsvangirai. Unmittelbar nach seinem Tod konnte sich Nelson Chamisa bei internen Machtkämpfen als neuer Vorsitzender durchsetzen. Der 40-jährige Anwalt und Angehörige der Ndebele-Ethnie kommt selbst aus der Jugend- und Studierendenbewegung und gilt als charismatischer Politiker. Insbesondere im städtischen Raum und für die Jugend Zimbabwes ist er daher glaubwürdig. Seine Kandidatur birgt hohes Potential, denn 40 % der Bevölkerung Zimbabwes ist zwischen 18 und 25 Jahren alt. Der Wahlkampf der MDC-T wird zu großen Teilen über die sozialen Netzwerke geführt, nicht zuletzt, weil im Land, trotz des personellen Wechsels an der Spitze, kaum unabhängige Medien existieren. Die wenigen Radio- und Fernsehanstalten werden durch Staatsfunktionäre kontrolliert und regierungskritische Stimmen sind kaum hörbar. Die sozialen Medien sind der Weg, über den der der Wahlkampf der MDC-T die für sie passende Zielgruppe erreicht: die Jugend.

Chamisa selbst glaubt an einen Wahlsieg von MDC-T. Er rechne „mit einem Stimmenanteil von 70-80 %“, teilte er in einem Gespräch mit. Das Programm seiner Partei stütze sich auf fünf Säulen: gute Regierungsführung, Stärkung der Wirtschaft, Beschäftigung mit sozialen Fragen, Ausbau der Infrastruktur und internationale Solidarität. Es orientiere sich an sozialdemokratischen Grundsätzen. Ob und wieviel Substanz sich hinter diesen Schlagwörtern verbirgt, ist unklar. Seine Kritiker zweifeln an der Fähigkeit der Partei, Regierungsverantwortung zu übernehmen und diese auszufüllen. Zu groß seien auch die internen Machtkämpfe, um einen starken, einheitlichen Wahlkampf zu führen.

Dass der Wahlkampf nicht ohne „Überraschung“ vorstättengeht, zeigen die Meldungen der **Zimbabwische Zeitungen „NewsDay“ und „dailynews“** Anfang Juni. Auf den Titelbildern meldeten große Buchstaben, dass Mugabe auch Chamisa unterstützt. Jahrelang hat Mugabe die MDC bekämpft, jetzt scheint er nach dem Motto vorzugehen: „der Feind meines Feindes ist mein Freund“.

Die Gefahr der ethnischen Gewalt

Chamisa selbst spricht ganz konkret die Angehörigen der Ndebele-Ethnie an und bringt damit einen zusätzlich emotional aufgeladenen Aspekt in den Wahlkampf. In einem jüngeren Aufruf sprach er sich gegen eine „Shonaisierung“ des Landes aus und verdeutlichte dies am Beispiel des Justizministeriums und den Justizangestellten. Das Ministerium sei durchgängig durch Angehörige der Shona-Ethnie besetzt, doch mit seiner Präsidentschaft werde er sich deutlich für stärkere Rechte der Ndebele einsetzen. Eine ethnische Aufladung des Wahlkampfes kann man diesem Land nicht wünschen. Viele Gesprächspartner in Zimbabwe warnen vor aufkommenden ethnischen Konflikten und dem mög-

lichen Gewaltpotential vor, während und nach der Wahl. Es scheint das Gespenst „kenianischer Verhältnisse“ umzugehen. Nach den Wahlen 2007 in Kenia kamen mehrere 100 Personen durch ethnisch-basierte Gewalt um. Manche Gesprächspartner sprechen sogar von der Gefahr „ruandischer Verhältnisse“.

Eine offene Frage ist, wie sich Südafrika als regionale Macht und als Nachbarland im Falle zunehmender Gewalt positionieren wird. Unter den Präsidenten Thabo Mbeki und Jacob Zuma hielt man sich immer mit Äußerungen zurück. Beobachter gehen davon aus, dass sich auch Cyril Ramaphosa aufgrund der innenpolitischen Lage in Südafrika aus einem Konflikt in Zimbabwe heraushalten wird, solange keine Flüchtlinge in Südafrika eintreffen.

Hoffnungen setzt man auf die unabhängigen Wahlbeobachter*innen. Unter Robert Mugabe kam es bei den letzten Wahlen 2002 zu großen Unregelmäßigkeiten. Die Angst vor einem erneuten Wahlbetrug ist groß, die Wachsamkeit, dieses zu verhindern, ebenso. Dabei liegen die Hoffnungen weniger auf Beobachter*innen der Afrikanischen Union oder der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC). Oftmals wurden in der Vergangenheit Wahlen als frei und friedlich deklariert, obwohl das Gegenteil der Fall war. So werden den Beobachter*innen der EU oder unabhängiger Institutionen eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Wirtschaftliche Belebung vor politischer Transformation

In Zimbabwe mangelt es an Vielem. Das einst exportorientierte Land ist auf den vollständigen Import von Gütern angewiesen. Informelle Arbeit und Schmuggel sind die größten Einkommensquellen für die Zurückgebliebenen – auch für Polizei und Armee. Fast die gesamte Infrastruktur des Landes ist zusammengebrochen. Krankenhäuser in dörflichen Regionen haben keinen Strom und kein Wasser. Nach der Landreform im Jahr 2000 gelang es der Regierung nicht, neue Landwirtschaftsstrukturen zu schaffen. Viele Menschen fliehen, um mit Jobs in den Nachbarländern ein Überleben der zurückgebliebenen Kinder und Alten zu sichern. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen drei und vier Mio. Zimbabweer allein in Südafrika leben.

Sich für eine „gute Regierungsführung“ und wirtschaftliche Wiederbelebung einzusetzen, ist daher erklärtes Ziel beider Hauptkontrahenten. Das ist aufgrund der Situation verständlich, jedoch stellt sich die Frage, wie umfangreich das radikal-liberale Programm werden wird. Mnangagwa und weitere Minister seines Kabinetts buhlen aggressiv um Investoren. Ideen für eine armutsorientierte Wirtschaftspolitik, so z.B. für Reformen und Investitionen zur Unterstützung von Kleinbauern, eine progressive Steuerpolitik oder das Nutzen von Einnahmen aus dem Bergbau spielen eine eher untergeordnete Rolle. Ebenso wenig die Ausweitung demokratischer Räume jenseits von fairen und freien Wahlen. Diese sind nur ein, wenn auch der erste, Schritt für den demokratischen und wirtschaftlichen Aufbruch des Landes.

04. Juni 2018

18.00 Uhr

Solange das Gold glänzt! Der Kampf um die Umwelt in den Bergbaugebieten Senegals Konferenz mit Podiumsdiskussion

Veranstalter: Jàppoo Hand in Hand gUG (Verein der Senegalesen in Nordrhein-Westfalen) in Kooperation mit FuturAfrik, Teilnehmende: 22



Grundwasserverseuchung

Der Abbau vom Gold im Senegal entspricht nicht den internationalen Normen. Die Bergbauunternehmen nutzen chemische Stoffe wie Cyanide, die der Gesundheit der Bergarbeiter schaden, lebensgefährlich sind und das Grundwasser verseuchen. Hinzu kommen weitere Schäden wie die Vernichtung der Mikroorganismen, die im Senegal noch nicht ermittelt werden kann.

Rodung von Waldgebieten und Nationalparks

Die Goldminen befinden sich in den Waldgebieten Senegals unmittelbar neben dem Nationalpark Niokolo Koba, wo die größten Populationen von Löwen und Antilopen (Koba bzw. Pferdeantilopen) der Welt leben. Ihre Existenz ist durch den Bergbau und die Umsiedlung von Menschen, die unerlaubt nach Gold suchen, extrem gefährdet, obwohl die ganze Gegend seit über zehn Jahren als UNESCO Welterbe erklärt wurde.

Störung des ökologischen Gleichgewichtes

Die Grundwasserverseuchung und die Rodung der Wälder stören das Gleichgewicht des Ökosystems im Südosten Senegals. Bäume, die Jahrhunderte alt sind, sterben ab, weil der Boden nicht mehr die Grundnahrungsmittel hergibt, die sie benötigen.



Dr. Diène ist Geologe an der Universität Cheikh Anta Diop in Dakar, Senegal und Gründer des Vereins „Save Mining Zones“ und Partner in NGOs mit demselben Ziel

Ausbeutung der Frauen in den Goldminen

Frau Diouf machte geologische Ausgrabungen in fast allen Goldrevieren Senegals und beobachtete die Rolle der Frauen. Gerade im Südosten, wo die Hoffnung auf schnelles Geld viele Goldgräber anzieht, sind Frauen in erster Linie Opfer von ihren eigenen Männern, die sie in die Minen schicken. Aber damit nicht genug, denn ausländische Frauen aus den westafrikanischen Ländern sind auch von der Partie. Sie kochen und putzen für die Goldgräber aber viele werden leider auch zur Prostitution gezwungen.

Verbreitung von Krankheiten

Abgesehen von den Krankheiten aufgrund der Grundwasserverseuchung leiden Frauen an Geschlechtskrankheiten, können ihre Säuglinge nicht schützen und erhöhen somit ihre Sterblichkeit. In den Goldrevieren ist die AIDS-Prävalenz auf 7 % geklettert gegen 1 % in den anderen Gegenden Senegals.

Polygamie

Die Vielweiberei ist der Höhepunkt des Frauenleidens, denn die Männer bereichern sich, je mehr Frauen sie auf die Suche nach Gold schicken können.



Frau Waly Téou Diouf ist Geologin. Sie studierte an der Universität Cheikh Anta Diop in Dakar und wurde von der Bergakademie Freiberg/Sachsen auf die Berg- und Hüttenmännischen Tage vom 7. bis 8. Juni 2018 eingeladen.

Gesundheitsgefahr bei der Goldsuche

Die Goldgräber arbeiten im Senegal wie während der Steinzeit und benutzen Chemikalien, mit denen sie nicht umgehen können. Ohne Sicherheit sind sie Erdbeben ausgesetzt und laufen Gefahr, in den Schächten zu verschwinden. Der Referent beobachtet seit Jahren dieses Phänomen, das nicht reguliert wird. Dort versucht jeder sein Glück nach dem Motto: „Komme, was kommen mag!“

Rücksichtslose Umweltzerstörung

Nicht nur Bergbauunternehmen sind für die Umweltzerstörung in den Revieren verantwortlich. Die Goldgräber haben auch einen Anteil daran. Bei der wilden Suche nach Gold kümmert sich keiner um die Umwelt. Sie hantieren mit dem hoch krebserregenden Quecksilber mit bloßen Händen. Damit setzen sich nicht nur sich selbst in Gefahr sondern die ganze Gemeinschaft und die Umwelt, indem sie

es direkt in den Fluss einleiten. Das Ergebnis: Fische und Mikroorganismen sterben, die ganze Ernährungskette ist vergiftet und in dem Revier bekommen immer mehr Frauen Kinder mit angeborenen Missbildungen.



Herr Diedhiou hat sich auf Geotechnik, Hydrologie, Geophysik und Kartographie spezialisiert, kennt sich in den Bergbaurevieren Senegals sehr gut aus und konnte hautnah beobachten, wie die Goldgräber arbeiten. Er hält sich in Deutschland im Rahmen der Berg- und Hüttenmännischen Tage vom 7. bis 8. Juni 2018 in der Bergakademie Freiberg/Sachsen auf.

Tagungsbericht

Solange das Gold glänzt!

Der Kampf um die Umwelt in den Bergbaugebieten Senegals

Auf der Suche nach Gold nehmen sowohl Bergunternehmen als auch Goldgräber in Senegal keine Rücksicht auf die Umwelt. Die Verwendung von chemischen Stoffen wie Cyaniden schadet der Gesundheit der Bergarbeiter, vergiftet das Grundwasser und vernichtet Mikroorganismen. Diese langfristigen Schäden sind auch in Südosten Senegals in Kedougou zu beobachten.

Obwohl der Staat Umweltschutzmaßnahmen ergriffen hat, herrscht eine Diskrepanz zwischen den Normen und deren Umsetzung. Ein Verein, der sich zu Aufgabe gemacht hat, diese Problematiken zu bekämpfen, ist „Save Mining Zones“. Durch Bildungsarbeit soll die Bevölkerung für die ökologischen und sozialen Probleme und die Gesundheitsgefährdung sensibilisiert werden.

In der Konferenz stellte der Geologe und Gründer des Vereins „Save Mining Zones“, Dr. Mahamadane Diène, die Ursachen und Folgen des irregulären und internationale Normen verletzenden Goldabbaus im Südosten Senegals, in der Region Kedougou dar. Sein Hauptaugenmerk lag dabei auf dem traditionellen Goldabbau, da die Datenerfassung über den industriellen Bergbau erschwert sei.

Zuerst gab Dr. Diène eine Einführung über die Lage in der Region Kedougou und deren Entwicklung zum Goldabbaugebiet. Kedougou ist ein subtropisches Gebiet mit einem großen Nationalpark. Der Goldabbau hat sowohl internationale Bergbauunternehmen als auch illegale Goldgräber angezogen, welche negative Folgen für die Umgebung generiert haben. Er erklärte, dass in dieser Region die Umweltzerstörung durch den Goldabbau am stärksten zu beobachten sei.

Als Ursachen der Problematik nannte er drei Bereiche: die hohe Populationsdichte, die Art des Goldschürfens und die Verwendung von giftigen Chemikalien. Vor dem Goldabbau war die Region

gering besiedelt. Mit der Umsiedlung, so der Sprecher, begann die Zerstörung der Vegetation. Die Wälder wurden gerodet, die Wasserqualität verschlechterte sich und Hygieneprobleme traten auf.

Die Verwendung von Chemikalien wie Quecksilber und Cyanide schadet durch die Luft- und Grundwasserverschmutzung sowohl der Umwelt als auch der Gesundheit der Menschen. In der Bevölkerung sind Fehlbildungen und Krebskrankheiten zu beobachten. Die Fluss- und Bodenverschmutzung droht die gesamte Nahrungskette zu vernichten. Die Vegetation degradiert und die Tiere migrieren oder sterben aus. Dies ist besonders bedauerlich, da in dem Nationalpark die größten Populationen an Löwen und Antilopen weltweit leben.

Im Anschluss an die Präsentation kommentierten in einer Podiumsdiskussion Mitarbeiter*innen des Vereins und die Geolog*innen Frau Waly Téou Diouf und Herr Pape O. Diedhiou die Folgen des Bergbaus. Dabei schilderte Frau Diouf die Rolle der Frauen, die unter physischen und sozialen Folgen leiden. Lokale und auswärtige Frauen prostituieren sich oder werden dazu gezwungen. Sie leiden unter Geschlechtskrankheiten und AIDS, das an die Kinder weitergegeben wird. Zudem nutzen die Männer die Polygamie dazu, um mehr Frauen als Arbeiterinnen zur Goldsuche schicken zu können.

Herr Diedhiou beleuchtete die traditionelle Methode des Goldwaschens und die Verwendung von Quecksilber im Verarbeitungsprozess. Er beschrieb, wie die Schädigungen und Vergiftungen zustande kommen und stellte die Folgen für die Gemeinschaft und die Umwelt dar. Zudem werde das Produkt von Nicht-Chemikern verwendet, die sich dieser Folgen nicht bewusst seien. Er setzt sich dafür ein, die Goldgräber für die Probleme zu sensibilisieren.

Rege Diskussion

Den Eingangsreferaten folgte eine rege Diskussion. Die Rolle des Staates und dessen Involvierung in die Geschäfte wurden hinterfragt. Die Anwesenden brachten zahlreiche Ideen ein, wie der Staat Einfluss auf die Bergunternehmen nehmen und die Lage der Bevölkerung verbessern könnte. Die Ideen gingen von der Konzessionsvergabe bis zur Förderung der betroffenen Gebiete. Dabei betonten die Referenten die fehlende Expertise in der Bevölkerung und bei Entscheidungsträgern, um die Schäden zu mindern.

Dann wurden die Betroffenheit der Nachbarländer und deren Umgang mit dem Bergbau angesprochen. Es wurde nach Organisationsformen und Vereinen gefragt, die sich mit dieser Problematik auseinandersetzen. **Dr. Diène stellte dabei die Besonderheit von „Save Mining Zones“ als Verein von Wissenschaftlern dar, die Forschungen betreiben, um der Öffentlichkeit Fakten vorzulegen zu können.** Dies führte zu der Frage, wie die Sensibilisierungsarbeit des Vereins aussehe und was für Alternativen die Goldgräber hätten. In diesem Punkt hoben die Referenten hervor, dass die Hauptquelle des Problems im industriellen Abbau zu finden sei. Die Aktivitäten der Bergbauunternehmen blieben unbeobachtet und seien nur schwer zu verfolgen. Sie veröffentlichen selten Daten und erschweren den Zugang zu diesen. So sei auch die Herkunft des verwendeten Quecksilbers unklar. Der Verein unterstütze einen natürlichen umweltfreundlichen Abbau. Ziel der Forschungsarbeit sei es, Aufmerksamkeit für die Situation in den Goldminen zu erregen und die Lage für die Umwelt und die Bevölkerung zu verbessern.

Die Veranstaltung endete nach zwei Stunden und lieferte eine gute Grundlage für weitere Diskussionen im Anschluss. Obwohl die Teilnehmerzahl gering war, waren das Interesse und das Engagement der Teilnehmer während der Diskussionsrunde deutlich zu spüren. Die sprachliche Barriere wurde durch eine Dolmetscherin behoben.

13. September 2018
19.00 Uhr

BERLINER AFRIKAKREIS:

Arbeitsmigration aus Afrika Realitäten zwischen Panikmache und Zweckoptimismus

Liebe Afrikainteressierte,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich zum nächsten Berliner Afrikakreis der Initiative Südliches Afrika (INISA e.V.) in Kooperation mit dem Berliner Afrika-Haus ein.

Referenten:

- Prof. Dr. Robert Kappel, Präsident emeritus GIGA Institut für Afrika-Studien, Hamburg
- Prof. Dr. Theo Rauch, Geographisches Institut, FU Berlin



Diskutantin:

- Judith Ohene, Geschäftsführerin des Weltfriedensdienstes

Moderation:

- Frank Gries, INISA e.V.

Die Diskussion um (Arbeits-)Migranten aus Afrika ist emotional stark aufgeladen: Einerseits existiert die Furcht vor einer massenhaften Migration afrikanischer Menschen auf der Flucht vor materieller Not und Perspektivlosigkeit durch die Sahara mit einem angeblich verheißungsvollen Europa als Zielort. Diese Sicht ist meist verknüpft nach einem weiteren Ausbau restriktiver Einreisebestimmungen und Grenzkontrollen.

Die andere Sicht hält dies für unbegründete Panikmache und verweist darauf, dass auch die meisten afrikanischen Menschen einem Leben in vertrauten Lebenswelten den Vorzug geben. Zudem habe es sich auch in Afrika herumgesprochen, dass die Chancen in Europa für Zuwanderer eher gering, das Leben dort problematisch sei und dass sich auch südlich der Sahara vielerorts verstärkt positive Zukunftsperspektiven auftun.

Was sagen die Fakten? Worauf deuten die Statistiken hin? Was lässt sich aus konkreten Beobachtungen vor Ort schließen und was sagen Menschen in Afrika selbst hierzu? Darüber soll aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert werden.

Bei dem Versuch einer Beantwortung dieser Fragen geht es auch um die Grundannahmen für eine ebenso humanistische wie realistische Migrationspolitik: Ist die Forderung nach uneingeschränkter globaler Freizügigkeit Utopie? Worin bestehen migrationspolitische Alternativen zur „Festung Europa“ und damit zum massenhaften Sterben in der Sahara und im Mittelmeer?

Diese und weitere Fragen wollen wir mit Ihnen und den Referenten diskutieren. Wir hoffen auf einen spannenden Abend und freuen uns über Ihr Interesse.

Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig.

Hintergrund

Robert Kappel

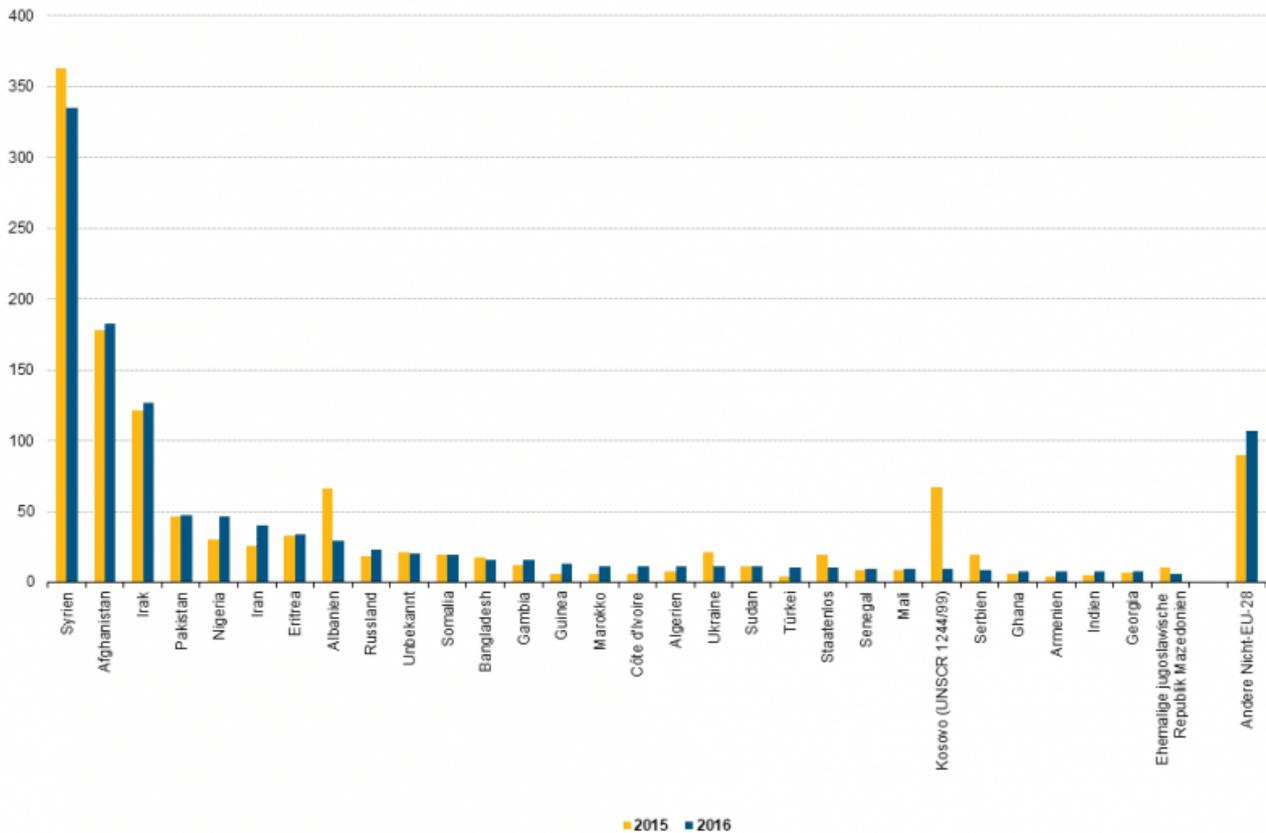
Was gegen die These einer zunehmenden Migration von Afrika nach Europa spricht

Es ist oftmals zu hören, dass in den kommenden Jahren immer mehr Afrikaner*innen nach Europa auswandern oder flüchten werden. Diese These wird mit Bevölkerungswachstum, der Migrationsbereitschaft der Jugend, mit hoher Armut und Arbeitslosigkeit, Terror, Klimawandel, politischer Fragilität und Bürgerkriegen begründet.

Dabei handelt es zweifelsfrei um wichtige Faktoren, die man nicht bestreiten kann.

Allerdings sollte man berücksichtigen, dass es auch einige Gegentrends gibt. Diese liegen im Strukturwandel Afrikas mit seinen sich entwickelnden urbanen Zentren begründet, sowie in den Optionen, die China und andere Emerging Countries eröffnen, und sie zeigen sich an den Mobilitätsstrategien im Rahmen der globalisierten und der zirkulären Migration innerhalb Afrikas. Hier entwickeln sich neue Dynamiken.

Tatsächlich war es schon in den vergangenen Jahren so, dass in der EU der Anteil von Asylsuchenden aus den afrikanischen Staaten südlich der Sahara relativ gering war, wie die folgende Übersicht zeigt:



Quelle: Eurostat (Online-Datencode: migr_asyappctza)

Auf den ersten Blick gibt es einen gewichtigen Grund für die relativ geringe Zahl der Migranten und Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika: Die Europäische Union hat ihre Grenzen de facto nach Afrika verlagert. Sie hindert Flüchtlinge und Migranten aus Afrika bereits auf dem Kontinent daran, nach Europa zu kommen (Stichwort „Migrationspartnerschaften“). Aber es gibt noch einige strukturellere und wichtigere Ursachen, die jedoch nicht ins Bild vom afrikanischen Katastrophen-Kontinent passen.

In der Migrationsforschung und -politik ist die These weitverbreitet, nach der die Auswanderungsbereitschaft zunimmt, wenn das Einkommen steigt. Michael A. Clemens hat diese These empirisch gut fundiert. Die Logik dahinter: Die Armen würden gerne auswandern, können es sich aber nicht leisten. Und weil die Reichen reich genug sind, um auch in ihrem Heimatland ein angenehmes Leben zu führen, sei die Wanderungsbereitschaft der Mittelschichten größer. Diejenigen, die etwas mehr verdienen, werden also eher auswandern.

Dieser These hängen viele Experten und Mitarbeiter in Ministerien an. Und zahlreiche Wissenschaftler kauen diese Aussage wieder, ohne zu überprüfen, ob sie immer noch gilt und auf das Afrika des 21. Jahrhunderts zutrifft. Dabei wäre es notwendig, den Wahrheitsgehalt kritisch zu hinterfragen und die Trends nicht einfach fortzuschreiben.

Natürlich wird auch weiterhin ein Teil der Afrikaner migrieren wollen und müssen. Und es gibt auch mehr Menschen, die migrieren, wenn sie höhere Einkommen haben. Es gibt immer Menschen, die anderswo ihre Chancen wahrnehmen wollen, sie sind neugierig, aktiv, innovativ und sie wagen etwas.

Aber Migration bedeutet auch Verlust, ist mit Härten und Kosten verbunden, wie beispielsweise der Separation von Familie und Gemeinschaft.

Migration ist keine Glücksgeschichte.

Die meisten Menschen wollen nicht weg von zu Hause, obwohl anderswo viel mehr verdient wird und es möglicherweise bessere Jobs gibt. Das gilt gerade auch im angeblich so „migrationswilligen“ Afrika: So bleiben die meisten Kpelle in Liberia, die Igbo in Nigeria und die Oromo in Somalia oder Äthiopien und siedeln nicht einmal in die meist reichere Hauptstadt um, wo die Einkommen oft zehnmals höher sind als auf dem Land.

Aber entscheidender ist, dass die vielfach gepflegte enge Krisenbetrachtung auf Wachstum und Entwicklung in Afrika zu bedeutenden Fehleinschätzungen führt, wenn beispielsweise der Strukturwandel in Gesellschaften, der technologische Fortschritt, die Nachfrage nach Arbeitskräften oder die saisonalen Wanderungen von Menschen ignoriert werden. Menschen bleiben, wenn Frieden herrscht, und wenn die Perspektiven positiv sind.

Drei wesentliche Trends verdeutlichen, dass die These der steigenden Abwanderungsbereitschaft nach Europa oder in die USA zu hinterfragen oder zu relativieren ist:

1

Wie viele der entwickelten OECD-Länder wachsen auch die EU-Staaten nur schwach. Auch wenn es eine Überalterung in Europa gibt, wird Europa sich schwertun, Immigration aus Afrika zu ermöglichen. Wenn doch, dann wird es vor allem intra-europäische Wanderungen aus Ländern mit Arbeitskräfteüberschuss in Länder mit wachsender Nachfrage nach Arbeitskräften geben. Die Grenzkontrollen, die hohen Kosten der Migration und das weiterhin geringe Wirtschaftswachstum Europas schwächt die Bereitschaft von Afrikanern ab, überhaupt nach Europa zu wollen.

In den afrikanischen Ländern hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die EU auch nicht das Paradies ist. Afrikaner wissen zunehmend, dass Europa nur wenigen Migranten gute Chancen bietet, dass Rassismus weit verbreitet ist, dass es schwer ist, einen Job zu bekommen, dass es keine ausgeprägte Willkommenskultur (mehr) gibt. Der europäische Populismus ist inzwischen auch in Afrika bekannt, und Europa bietet zunehmend eher ein trauriges Bild der Abschreckung.

Und immer weniger Afrikaner haben Lust, als billige Arbeitskräfte auf Andalusien's Plantagen, auf den Straßenstrichen Italiens oder in Asylheimen in Deutschland zu landen. Niedriges Wachstum und die Abschreckung durch Europas nach Afrika vorverlagerte Grenzen sind nicht gerade eine Einladung an Migranten. Aber viel wichtiger als Europas Müdigkeit, gesunkene Attraktion und Wohlstandsbauchlogik sind zwei andere Entwicklungen, die eindeutig eine Verlagerung der Migrationen weg von Europa bedeuten.

2

Afrikas Wirtschaftswachstum: Zahlreiche afrikanische Länder weisen inzwischen durchaus ein hohes Pro-Kopf-Wachstum aus und werden daher noch attraktiver für inner-afrikanische Migration. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit der jungen Generationen und der noch ansteigenden Bevölkerungszahlen werden sich die Binnenwanderungen verstärken. Dabei kann Afrika auf die Entwicklungen von vielen Jahrzehnten anknüpfen: So basiert etwa der Alltag vieler Westafrikaner auf einer Strategie zur Existenzsicherung, die Sesshaftigkeit und Mobilität verbindet, wie Laurence Marfaing hervorragend analysiert hat.

Viele Menschen sind ihr Arbeitsleben lang mobil, sie legen lange Wege zurück und verbleiben für eine Zeit außerhalb des eigenen Landes. Mobilität und Migration ist für den gesamten Sahara-Sahel-Raum prägend. Es gibt eine „condition sahélienne“ oder „culture of migration“ – die zirkuläre Migration wird durch grenzüberschreitende Handelsnetzwerke, die seit langem bestehen, erleichtert: Diaspora-Netzwerke verbinden sich mit Netzwerken des Herkunftslandes. Diese Migrationsnetzwerke von Händlern und Arbeitskräften befördern den Handelsaustausch in Afrika und die wirtschaftliche Entwicklung. So ist es keine Überraschung, dass das Wachstum des intra-regionalen Handels angestiegen ist, auch vor allem, seitdem Europa seine Tore zu schließen versucht.

3

Der dritte Punkt ist eng mit dem zweiten verbunden. So lässt sich in Afrika ein Strukturwandel beobachten, der wahrscheinlich eine weitaus größere Ressource für die Nachfrage nach Arbeitskräften innerhalb Afrikas und für Aktivitäten der zirkulären Migration darstellt. Auch wenn es in den afrikanischen Ländern weiterhin viele Arbeitslose gibt, besteht doch immer auch Bedarf für zusätzliche Arbeitskräfte. In den urbanen Zentren wächst die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, der intra-afrikanische Handel entwickelt sich durch Infrastrukturmaßnahmen sowie durch Zollsenkungen und die Liberalisierung der Märkte. Mittelschichten wachsen, es gibt in einigen Ländern rege Bautätigkeit und Industrieentwicklungen.

Der Strukturwandel ist schnell und manche Länder können in dieser Phase hohes Wirtschaftswachstum realisieren. Vor allem im produzierenden Gewerbe werden Arbeitskräfte benötigt. Viele Migranten finden Jobs im informellen Sektor. Auch gibt es eine Expertenmigration, wie beispielsweise von Zimbabwe nach Südafrika. Mehr als 90 % der Migranten verbleiben innerhalb Afrikas.

Was China anders macht

Eine gewichtige Rolle bei den Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent kommt inzwischen China zu. Der wachsende Import von preiswerten Konsum- und Investitionsgütern aus China hat auch mit den Aktivitäten afrikanischer Händler zu tun, die die chinesischen Importe innerhalb der Region weiterverkaufen. Vor allem afrikanische Migranten, die als Händler in China aktiv sind, nutzen die Globalisierung der Märkte für ihre eigenen Wirtschaftsaktivitäten.

China hat sehr gut verstanden, Migranten und mobile Händler in seine Exportstrategie einzubinden. Es hat vor allem verstanden, sich als globaler Netzwerker aufzustellen: Im Fall der chinesisch-afrikanischen Beziehungen heißt das konkret, dass das Reich der Mitte Netzwerke von Chinesen und Afrikanern befördert, anstatt sie zu behindern. Dazu gehört auch, die Mobilität afrikanischer Migranten zu unterstützen, beispielsweise durch Business-Visa für Afrikaner, die nach China reisen, um dort Waren einzukaufen, um diese dann in Afrika auf die Märkte zu bringen. So entsteht eine moderne Form der globalen zirkulären Migration, in der Frauen übrigens eine hervorgehobene Rolle spielen.

Afrikanische Händler spannen ihre Geschäfts- und Handelsnetzwerke, die früher überwiegend auf den afrikanischen Raum beschränkt waren, heute weltweit zwischen verschiedenen internationalen Handelsdrehscheiben, wie etwa Istanbul, Dschiddah, Dubai, Bangkok, Hongkong oder Guangzhou. So fungieren innerafrikanische bzw. internationale afrikanische Unternehmer und Händler als Vermittler von Produkten, Technologien und Ideen. Hinzu kommen 50.000 afrikanische Studenten in China (Stand 2015), die akademische und geschäftliche Netzwerke entwickeln, die erst in einigen Jahren richtig wirksam werden dürften.

Auf der anderen Seite gibt es eine hohe Anzahl von chinesischen Migranten, die in Afrika eine eng mit ihrem Heimatland verbundene Diaspora bilden. Zeitweilig wurde angenommen, es seien ca. eine Mio.

Chinesen. Diese sind in allen Bereichen aktiv: als Arbeitskräfte in Infrastrukturprojekten, sie haben Handelsunternehmen, sie sind im produzierenden Gewerbe tätig, sie betreiben kleine Werkstätten und Shops, sie besitzen Farmen und Hotels – sie sind also vielfältig in jenen Bereichen tätig, die für einen normalen europäischen Investor uninteressant sind. Unterm Strich heißt das: Die Kompatibilität der afrikanisch-chinesischen Kooperation ist weitaus höher als die der europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die offizielle chinesische Entwicklungshilfe in Afrika deutlich effizienter und hilfreicher ist als die der Europäer oder der großen internationalen Organisationen wie etwa der Weltbank.

Afrika wartet nicht auf Deutschland

Dagegen haben die europäischen Regierungen nach vielen Jahren des Diskutierens und Streitens nicht mal eine vorzeigbare Einwanderungspolitik entwickeln können, die über das wiederholende und nervige Strapazieren der Floskel „Fluchtursachen bekämpfen“ hinausgeht. Deutschland ist dafür ein „gutes“ Beispiel: Mit den drei Milliarden aus dem BMZ-Haushalt, mit ein paar deutschen Unternehmen, die ein paar Arbeitsplätze durch ihre Investitionen schaffen, sollen Fluchtursachen nachhaltig bekämpft werden? Was für eine grobe Selbstüberschätzung der eigenen Fähigkeit.

Europa und Deutschland predigen die Segnungen der Entwicklungskooperation, aber diese enthält immer ein Element von Bevormundung und Paternalismus. So ist es wenig überraschend, dass sich viele afrikanische Länder abwenden und mehr Handlungsspielräume durch die verstärkte Kooperation mit China, Indien, der Türkei, den Golfstaaten und Israel suchen. Nicht etwa, weil von dort die Segnungen kommen, sondern weil diese Länder klare Interessen haben und ihre Versprechen meist umsetzen. Afrika wartet nicht auf Deutschland.

Das Agieren der Emerging Economies in Afrika hat keineswegs altruistische Motive. Und natürlich bleiben Menschenrechtstandards dabei oft auf der Strecke. Dabei sollte man aber nicht vergessen, dass dies in Deutschland schon seit Jahrzehnten auch nicht großartig anders ist. Bereits 1993 hatte Franz Nuscheler vollkommen zurecht die menschenrechtlichen Doppelstandards in der deutschen Entwicklungspolitik kritisiert: Gegenüber den kleinen Ländern machte man damals schon viel Aufhebungs- und drohte Maßnahmen an, während man Menschenrechtsverstöße beispielsweise in China und Indonesien stillschweigend duldete. Die Menschenrechte und „unsere Werte“ bedeuten uns rhetorisch sehr viel, halten uns aber nicht davon ab, mit den diktatorischen afrikanischen Regimes in Eritrea, Äthiopien und Rwanda zusammenzuarbeiten.

So ist die europäische und deutsche Realpolitik dort angelangt, wo sie nie hinwollte: Sie hat sich ins Abseits manövriert und verliert an Glaubwürdigkeit. Ihr Einfluss schwindet, darüber können auch Werbekampagnen wie der Marshallplan mit Afrika nicht hinwegtäuschen. Dabei sind solche PR-Maßnahmen an sich nicht verwerflich – problematisch ist nur zu glauben, Deutschland sei in Afrika besonders wichtig. Das ist definitiv nicht der Fall. Die vom G20 Compact with Africa für sechs ausgewählte Länder vorgesehenen Summen betragen für jedes Land gerade einmal 100 Millionen Euro – ein Klacks im Vergleich zu den jährlich über 60 Milliarden Euro, die Migranten nach Afrika rücküberweisen.

China, die Türkei und die USA sind in einer anderen Situation. Europa grenzt an Afrika, während die anderen weiter weg sind. Außerdem gibt es historisch gewachsene Beziehungen und viele Kooperationsabkommen zwischen Europa und Afrika. Aber wie auch in anderen Bereichen (Investitionen, Infrastrukturentwicklung, Studentenaustausch, strategische Kooperation mit Regierungen) agieren die EU und auch Deutschland eher zu langsam, zu unkoordiniert und immer noch paternalistisch.

Es gibt zu viele alteingesessene und verschlossene Strukturen im Handel, die Afrikanern kaum neue Optionen ermöglichen. Einreisen nach Europa sind erschwert worden, Geschäftsleute aus Afrika finden hier im Übrigen auch nicht die große Anzahl an preiswerten Konsum- und Investitionsgütern, die sich auf dem Wege der globalen zirkulären Migration kaufen und wieder verkaufen lassen. Also engagieren Händler sich dort, wo die Optionen besser sind: nämlich in China und den Golfstaaten. Diese Entwicklungen schlagen sich auch in den gewachsenen Rücküberweisungen der Migranten nach Afrika in Milliardenhöhe aus Saudi-Arabien, den Golfstaaten, aus Kamerun, der Elfenbeinküste und Südafrika nieder.

Die Abkehr von Europa ist also nicht nur dadurch begründet, dass die Migration nach Europa deutlich eingeschränkt wurde – sondern vor allem eine Folge des Strukturwandels, der zur Stärkung der afrikanischen Diaspora in aufstrebenden Weltregionen (vor allem in Asien) und innerhalb Afrikas führt, während Europa seine einst dominante Rolle auf dem Kontinent einbüßt.

*Kappel betreibt
gemeinsam mit Helmut Reisen und Thomas Bonschab
den Blog „Weltneuermessung“,
wo dieser Beitrag zuerst in einer früheren Form erschienen ist.*

Hintergrund

Theo Rauch

Was für die These einer zunehmenden Migration von Afrika nach Europa spricht

Einige renommierte Wissenschaftler bezweifeln, dass die Migration aus Subsahara-Afrika nach Europa künftig weiter zunehmen wird. Allerdings lässt sich anhand von fünf Argumenten zeigen, dass der ökonomische Migrationsdruck und die daraus resultierende Migrationsneigung südlich der Sahara nicht unterschätzt werden sollte.

Werden sich immer mehr Afrikaner auf den Weg nach Europa machen, sobald die EU sich im Sinne einer liberalen, humanitären Einwanderungspolitik gegenüber den Menschen auf unserem Nachbarkontinent öffnet? Viele Bewohner Europas befürchten das. Einige Wissenschaftler, unter ihnen renommierte Afrikakenner und Migrationsfachleute bezweifeln das. U.a. verweisen etwa Robert Kappel oder Jochen Oltmer auf die vergleichsweise bescheidenen Zahlen der in den vergangenen Jahren an Europas Küsten angekommenen Afrikaner (weniger als 10 % der Zuwanderer in die EU kamen 2015 aus Afrika südlich der Sahara), auf deren Präferenz zugunsten heimatnaher afrikanischer Zielregionen und auf Anzeichen für eine bessere wirtschaftliche Zukunft Afrikas. Handelt es sich bei diesen Entwarnungssignalen um mehr als zweckoptimistische Beruhigungspillen gegen rechte Panikmache?

Zunächst einmal müssen wir uns klarmachen: Es geht hier um Prognosen, d.h. Voraussagen über zukünftiges menschliches Verhalten unter nicht hinreichend bekannten Bedingungen. Dabei handelt es sich um ein für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften unsicheres Terrain. Die verfügbaren Fakten taugen als Indizien – nicht mehr und nicht weniger. Vorsicht ist also geboten, Zweifel sind angebracht.

Dieser Beitrag will zeigen, welche Fakten, sprich Indizien, dafür sprechen, dass in Zukunft mehr Menschen aus Afrika ihre Chance in Europa suchen werden, sofern ihnen das nicht durch eine restriktive Einwanderungspolitik seitens der EU verweigert wird. Der Fokus liegt dabei auf Arbeitsmigration, wenngleich diese nicht immer eindeutig von Flucht im engeren Sinn, also politisch oder kriegsbedingter Migration zu unterscheiden ist.

Es gibt fünf Hauptargumente für die Hypothese, dass Afrikaner weiterhin und zunehmend ihr Glück in Europa suchen werden:

1 Migrationskosten

Der Verweis auf die bisher niedrigen Zahlen afrikanischer Migranten in Europa ist kein überzeugender Beleg für eine geringe Migrationsneigung oder dafür, dass Europa für Afrikaner kein attraktives Migrationsziel sei. Angesichts der massiven Barrieren der „Festung Europa“ sind derzeit die Migrationskosten – nicht nur monetär, sondern auch in Form von Zeitaufwand, Kraftanstrengung und Risiken – extrem hoch. Sie beziffern sich bei Wahl des informellen Weges über das Mittelmeer auf mehrere 1.000 € pro Person, auf monatelange, zum Teil mehrjährige Reise- und Wartezeiten, auf ein Todesfallrisiko von über 5 % und ein sehr hohes Risiko des Misserfolgs.

Eine Legalisierung der Einwanderung würde allein die monetären Kosten auf einige 100 €, den Zeitaufwand auf wenige Tage, das Todesfallrisiko auf nahe Null senken. Blicke das Risiko des ökonomischen Scheiterns, welches gemessen an jenem in afrikanischen Großstädten sich wohl nicht verschärfen würde. Angesichts des nachgewiesenen Einflusses der Migrationskosten auf Migrationsfähigkeit und -neigung liegt die Hypothese nahe, dass eine deutliche Reduzierung der Kosten die Entscheidung zugunsten einer Migration und deren Realisierung positiv beeinflussen wird.

2 Arbeitsmarkt

Trotz eindrucksvoller Wachstumsraten von mehr als 5 % bleibt der Zuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten in Subsahara-Afrika weit hinter dem Zuwachs des Arbeitskräfteangebots zurück. Jährlich 15 Mio. zusätzlichen jungen Arbeitssuchenden stehen gerade einmal zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze gegenüber. Auch wenn in diesen Zahlen die informellen Einkommensmöglichkeiten nicht erfasst sind, so ist doch zu berücksichtigen, dass etwa 70 % dieser informellen wirtschaftlichen Tätigkeiten extrem unproduktiv (und entsprechend schlecht vergütet) und unsicher sind. Man kann also davon ausgehen, dass zur ohnehin großen Zahl von Unterbeschäftigten jährlich 10 Mio. junge Arbeitssuchende hinzukommen. Die Hoffnungen auf einen Strukturwandel in Afrika, der zu einer Zunahme von außerlandwirtschaftlichen Einkommensmöglichkeiten führen könnte, erweisen sich als trügerisch. Wächst auch der Anteil der städtischen Bevölkerung, so bleibt doch die Dynamik der nichtlandwirtschaftlichen Sektoren sehr bescheiden.

3 Migrationskultur

Unabhängig von individuellen Präferenzen für ein Leben in der Heimat, in der Stadt oder in der Fremde hat sich im postkolonialen Afrika eine ausgeprägte Migrationskultur im Rahmen eines ökonomischen Zwangs zu translokalen Familienstrukturen herausgebildet. Junge Menschen, insbesondere Männer, in dörflichen Haushalten sind gefordert, ihre Existenz zumindest temporär selbst zu sichern und möglichst auch zum Familieneinkommen beizusteuern. Über 50 % der ländlichen Bevölkerung leben in translokalen Haushalten, während ca. 70 % der Stadtbewohner noch Teil dörflich-städtischer Existenzsicherungsgemeinschaften sind.

Meist liegt das daran, dass weder die Landwirtschaft allein, noch die städtischen bzw. nicht-landwirtschaftlichen Einkommensquellen allein zum Überleben reichen. Gehen wir von etwa 100 Mio.

ländlichen Haushalten mit durchschnittlich je einem migrierendem Haushaltsmitglied aus, so kommen wir auf eine grob geschätzte Größenordnung von 100 Mio. migrationsbereiten bzw. migrationserfahrenen Afrikanern, die zumindest temporär bereit sind, Einkommenschancen anderswo zu nutzen. Der Großteil dieser Migrationsbereitschaft ist der Not geschuldet, der kleinere Teil der Suche nach neuen Möglichkeiten auf einer einigermaßen gesicherten Existenzgrundlage. Gute Gründe also, die Migrationsbereitschaft der Afrikaner – bei aller Präferenz für ein Leben in der Heimat – nicht zu unterschätzen.

4 Migrationsziele

Es deutet vieles darauf hin, dass afrikanische Migranten die räumliche und kulturelle Nähe zu ihrer Herkunftsregion schätzen. Auch erfolgreiche Migranten kehren gerne im fortgeschrittenen Alter in die Heimat zurück, um dort mit dem Ersparten eine Farm zu eröffnen. Die innerafrikanischen Destinationen verfügen aber über eine begrenzte Absorptionskapazität und eine sehr selektive Absorptionsbereitschaft. Selbst in wirtschaftlich boomenden Ländern wie Südafrika und Süd-Nigeria gibt es viele unterbeschäftigte arme Bevölkerungsgruppen, die sich in Konkurrenz zu den meist niedriger entlohnenden Zuwanderern sehen. Gewaltsame Konflikte und Massenausweisungen sind oft die Folge. Die etwa 30.000 in Guangzhou, meist ohne Aufenthaltsgenehmigung auf Basis eines Touristenvisums lebenden afrikanischen Händler und Gewerbetreibenden sind kein Indiz für eine zunehmende Attraktivität Chinas für Arbeitsmigranten, sondern Manifestation eines afrikanischen Handelsstützpunktes auf dem chinesischen Festland.

5 Kaskadenmigration

Die Migrationsforschung hat empirische Belege dafür geliefert, dass die Migrationsentfernung von Migranten mit deren Einkommensniveau steigt. Nach Europa kommen also nicht die extrem Armen, sondern aufgrund der höheren Migrationskosten nur die etwas bessergestellten Schichten. Demzufolge würde eine erfolgreiche armutsmindernde Entwicklungspolitik nicht Migrationsursachen bekämpfen, sondern sogar Menschen erst die Möglichkeit zur Migration nach Übersee verschaffen.

Dieses Argument übersieht jedoch das Migrationssystem als Ganzes, das gekennzeichnet ist durch das Phänomen stufenweiser Migration: Die ganz Armen wandern vom Dorf in die nächste Stadt. Dort erhöht sich – bei begrenzten wirtschaftlichen Chancen – der Migrationsdruck auf die bereits über etwas größere Migrationspotentiale verfügenden Stadtbewohner. Diese begeben sich auf die Suche nach besseren Möglichkeiten, z.B. im wirtschaftlich dynamischeren Nachbarland. Kämpfen dort zu Viele um begrenzte Einkommensmöglichkeiten, wächst der Druck, den Sprung hin zu überseeischen Destinationen zu wagen. Diese Kombination von sich räumlich fortpflanzendem Migrationsdruck und wachsenden Migrationspotentialen führt tendenziell dazu, dass mangelnde Existenzmöglichkeiten für die Armen in den Dörfern sich kaskadenförmig auch auf interkontinentale Migrationsströme auswirken. Umgekehrt gilt: Armutsminderung in den Herkunftsregionen der Armen kann den Migrationsdruck im Gesamtsystem reduzieren.

Was hilft gegen Panikmache und Mauerbauphantasien?

Diese auf Indizien basierenden Argumente bieten keinen Anlass zur Befürchtung, dass nach einem Abbau der Festung Europa anderntags 100 Mio. migrationsbereite Afrikaner für ein Arbeitsvisum für Europa Schlange stehen werden. Sie mahnen aber zur Skepsis gegen Einschätzungen, die den ökonomischen Migrationsdruck und die daraus resultierende Migrationsneigung südlich der Sahara unterschätzen – Wunschdenken ist keine angemessene Antwort auf rechtspopulistische Panikmache und entsprechende Mauerbauphantasien.

Eine gleichermaßen humanistische wie realistische Einwanderungspolitik muss der fortwährenden ökonomischen Existenznot in großen Teilen Afrikas und dem daraus resultierenden Bestreben zum Aufbau translokaler (notfalls auch interkontinentaler) Überlebenssysteme Rechnung tragen. Hierzu gehört die Notwendigkeit einer bei den Nöten der Menschen ansetzenden Migrationsursachenbekämpfung: Jobs bzw. Existenzmöglichkeiten in den Herkunftsregionen zu schaffen durch eine fairere Handelspolitik, eine beschäftigungsförderliche (statt -vernichtende) Investitionssteuerung, eine arbeitsmarktorientierte Infrastrukturpolitik und eine armutsmindernde Entwicklungspolitik sind Antworten auf diese Herausforderung.

Eine weitere Antwort könnte darin liegen, dem Streben vieler Afrikaner nach temporären Erwerbsmöglichkeiten jenseits der Landesgrenzen durch Schaffung von Angeboten für temporäre Wanderarbeit vor allem für Geringqualifizierte entgegenzukommen. Niedrigschwelliger, legaler und zeitlich befristeter Zugang zu europäischen Arbeitsmärkten für viele anstelle eines teuren, gefährlichen, illegalen und dauerhaften Zugangs für die wenigen, die stark genug sind, die Festungsgräben zu überwinden – das sollte das Motto für die zu führenden Debatten um eine gleichermaßen humanistische wie realistische Migrationsursachenbekämpfungs- und Einwanderungspolitik sein.

20. September 2018

19.00 Uhr

Migration und Entwicklung – afrikanische Perspektiven

Podiumsdiskussion mit:

- Dr. Boniface Mabanza, Kirchliche Arbeitsstelle Südafrika (KAS)
- Emmanuel Ndahayo, Doktorand der Migrationssoziologie
- Dr. Ibrahim Guèye, selbstständiger Unternehmensberater und Wirtschaftsjournalist

Moderation:

- Peter Lehrmann

Veranstalter: Farafina Afrika-Haus e.V. und Fachausschuss Frieden, Internationale Politik und Entwicklung (FAI) der SPD Berlin

Gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und Engagement Global mit Mitteln des BMZ

Während einer Podiumsdiskussion zum Thema „Afrikanische Entwicklungsperspektiven, Deutschlands Afrika-Strategie und die Frage der globalen Verantwortung“ im Jahre 2014 kamen die Podiumsgäste auf ihre eigene Rolle als politisch engagierte Akteure der afrikanischen Diaspora zu sprechen und äußerten den Wunsch, dies im folgenden Jahr zu vertiefen. Daraus entstand eine Reihe. Das Podiumsgespräch ist nun schon das fünfte seiner Art.

„Fluchtursachen bekämpfen“ ist eines der Schlagwörter, das die derzeitigen Debatten im öffentlichen Raum bestimmt. Ein eurozentristisch-funktionalistischer Blickwinkel ist nicht zu verkennen. Und es scheint, als diene das Motto der Legitimierung postkolonialistischer Abschottungsmaßnahmen der Wohlstandsfestung Europa, welche jede Rücksicht auf Menschenrechte vermissen lässt. Ein in dem Motto möglicherweise angelegter Humanismus erscheint so – gewiss nicht zu Unrecht – als Instrument seines Gegenteils.

Die humanistische Perspektive eines interkontinentalen Zusammenwirkens, das weltweit allen ein gutes Leben ermöglicht, ohne dass dies die Grundlagen des guten Lebens aller zerstört, muss von den betroffenen Menschen und Akteuren ausgehen, die sich gegen Ausbeutung engagieren.

Die Referenten bringen entsprechende Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen mit: Herr Dr. Gueye berichtet über regionale Initiativen für die Etablierung ausreichender Sozial- und Umweltstandards beim Goldabbau in Senegal. Herr Ndahyo berichtet von seinem interkontinentalen Forschungs- und Praxisfeld, das Europa-Rückkehrern die Möglichkeit verschaffen soll, sich eine Existenz aufzubauen. Herr Dr. Boniface ist als scharfer Kritiker der bisherigen „Entwicklungszusammenarbeit“ und der bestehenden Ausbeutung Afrikas bekannt.

Rahmen der Veranstaltung

Die afrikanische Diaspora und ihre Verantwortung für den Kontinent Potenziale, Ansätze, Hindernisse

Während einer gemeinsam von Farafina e.V. und FAI veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Afrikanische Entwicklungsperspektiven, Deutschlands Afrika-Strategie und die Frage der globalen Verantwortung“, die 2014 im Afrika-Haus stattfand, kamen die Podiumsgäste Dr. Karamba Diaby (SPD, MdB), Prof. Dr. Dr. J.E. Mabe, (Politikwissenschaftler und Philosoph) und Dr. Boniface Mabanza (Katholische Arbeitsstelle Südliches Afrika, KASA) auf ihre eigene Rolle als entwicklungspolitisch engagierte oder an Afrikafragen interessierte Akteure der afrikanischen Diaspora zu sprechen. Dabei äußerten sie den Wunsch, dies im folgenden Jahr zu vertiefen.

Daraus entstand eine Reihe. Das für den 20. Oktober vorgesehene Podiumsgespräch wird nun schon das fünfte seiner Art sein.

Empfehlungen

Worum geht es?

Ob beim G20 Gipfel, im deutschen Ministerium für Entwicklung, oder in Merkels Bundeskanzleramt, aller Orten sprießen derzeit Strategien, Marshall-Pläne usw. „mit“ Afrika aus dem Boden. Die EU beschließt als „Partnerschaftsabkommen“ betitelte Freihandelsverträge mit verschiedenen Ländern bzw. Regionen Afrikas. Der im Semantischen zum Ausdruck kommenden Demonstration guter Absichten zum Trotz kann von wirklich gemeinsam erarbeiteten Entwicklungszielen, -perspektiven und -bedingungen keine Rede sein. Statt gleichberechtigte Partnerschaft zu entwickeln, atmen die Strategien und Abkommen immer noch den Geist eines postkolonialen Paternalismus.

So ist es gewiss kein Wunder, dass so zentrale Fragen, wie die nach Strategien und Maßnahmen, die geeignet wären, den anhaltenden Ressourcenabfluss aus den Regionen Afrikas in die wirtschaftlich mächtigen Regionen außerhalb des Kontinents zu stoppen nicht den ihnen gebührenden Stellenwert zukommen.

Daraus ergeben sich Fragen wie:

- Welche spezifischen Möglichkeiten haben Akteure der Afrikanischen Diaspora, hier einen Perspektivenwechsel herbei zu führen?
- Welche (möglichen) Verbündete sehen sie auf diesem Weg?
- Welche Hindernisse gibt es? Und wie können diese aus dem Weg geräumt werden?

Ibrahim Guèye

Plädoyer für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Afrika

„Die Entwicklung Afrikas ist nicht durch eine Beschlussfassung des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung, des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission zu lösen, sondern liegt in den Händen der Afrikaner.“

Dr. Maria Flachsbarth

Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ

am 15.08.2018

Weniger ist mehr! Doch ohne Druck bewegt sich gar nichts.

Afrika: Wie kann man arm sein und die Welt ernähren und mit Bodenschätzen aller Art versorgen?

Mit „weniger ist mehr“ machte ein US-Speiseeishersteller mal Werbung in Deutschland und mit „Ohne Druck bewegt sich nichts“, warb ein berühmter Druckmaschinenhersteller aus Heidelberg auf der Messe Drupa in Düsseldorf. Beide Werbeslogans passen sehr gut zum folgenden Thema.

Ein interkontinentales Zusammenwirken, das zu einem weltweiten guten Leben für jeden führt, ohne die Grundlagen des guten Lebens aller Menschen zu zerstören, wird erst funktionieren, wenn die Klimaziele der COP 21 vom 4. November 2016 in Paris eingehalten werden. Damit werden nicht nur die Erderwärmung reduziert und weniger fossile Energien verbraucht, sondern auch ein nachhaltiger Konsum und die Herstellung von Lebensmitteln gefördert. Mit den Ersparnissen in diesen Bereichen könnte in die Schwellen- und Entwicklungsländern investiert werden, um dort Arbeitsplätze zu schaffen, die eine Auswanderung Richtung Norden eindämmen. Denn im Gegensatz zu den Behauptungen vieler Experten ist Afrika weder arm noch überbevölkert. Hierzu einige Zahlenbeispiele zur Relativierung der Bevölkerungsentwicklung in Afrika:

Bevölkerungsdichte/km² im Jahr 2017

Welt

gerechnet reine Landfläche: 50,19/km²

Afrika

(20 % der Weltoberfläche): 43,01/km²

USA ohne Alaska: 40,33/km²

Deutschland: 230,90/km²

Berlin: 4.038,59/km²

Niederlande: 401,91/km²

Die gesamte Weltbevölkerung

verteilt auf die Fläche der USA würde eine Bevölkerungsdichte

von 925,00/km² aufweisen.

Notwendigkeit der Dezentralisierung der afrikanischen Wirtschaft

Das Problem mit der afrikanischen Bevölkerung ist weniger das Bevölkerungswachstum als vielmehr die Bevölkerungsdichte in den Hauptstädten. Wenn nichts gegen dieses zentralisierte Wirtschaftssystem gemacht wird, werden Megastädte wie Kairo, Lagos und viele andere Hauptstädte unerträglich und unregierbar.

Als Beispiel hat Nigeria ein föderalistisches System wie Deutschland und als bevölkerungsreichstes Land Afrikas 200 Einwohner pro km² (Deutschland: 230 pro km²). Doch Lagos, die größte Stadt Nigerias, hat 10.400 Einwohner pro km² (Berlin: 4.052 pro km²), Tendenz steigend. In 20 Jahren könnte Lagos über 20.000 Einwohner pro km² haben und in der Tat unregierbar werden. Diese Zahlen lassen fragen, was überhaupt föderalistisch in Nigeria ist.

Weiter nördlich in Ägypten leben 40 Mio. Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, auf dem Nildelta, also auf zwei Prozent der Gesamtfläche des Landes. Und weiter westlich hat der Senegal nur 70 Einwohner pro km², aber die Hauptstadt Dakar ist mit ihren 14.600 Einwohnern pro km² weltrekordverdächtig. Sie beherbergt 3 Mio. Menschen, ein Fünftel der senegalesischen Bevölkerung, auf einer Fläche von 0,3 % des Landes. Dakar weist bereits heute unter den Städten der Welt die höchste Umweltbelastung auf, nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation, der Mitte Mai 2018 veröffentlicht wurde. Nach demselben Bericht war Dakar 2013 Nummer 13. Aber im Vergleich zu Neu-Delhi, weltweit Nummer 1 wegen der Umweltbelastung, besitzt Dakar keine Schwerindustrie. Dort kommt die Umweltbelastung fast ausschließlich vom Straßenverkehr, weil 70 % aller zugelassenen Fahrzeuge des Landes in Dakar fahren.

1962, als Bundespräsident Heinrich Lübke den Senegal besuchte, hatte Dakar 300.000 Einwohner und 40.000 zugelassene Fahrzeuge. Inzwischen hat der Senegal 14,5 Mio. Einwohner, davon sind 3 Millionen in Dakar zusammengepfercht. Über den Zustand der dort fahrenden Autos braucht man gar nicht zu reden. Die Einwohner müssen Staus von Montag bis Sonntag von 6:00 bis 22:00 Uhr erleiden, mitsamt allen Umweltbelastungen, die von ihnen erzeugt werden.

Dafür haben die Senegalesen seit 2012 ein Ministerium mit dem pompösen Namen „Ministerium für Stadterneuerung, Wohnen und Lebensumfeld“.

Der Einsatz der afrikanischen Diaspora ist dringender denn je

Gerade Afrikaner in Deutschland, die den Vorteil haben, in einem föderalistischen Land zu leben und tagtäglich die Vorteile der Dezentralisierung erleben, könnten, mit deutschen Behörden zusammen, helfen, die Wirtschaft und die Verwaltung in vielen afrikanischen Ländern so zu gestalten, dass es dort keine Landflucht mehr geben wird. Die Afrikaner wissen, wer in Deutschland einen guten Job sucht, denkt eher an München, Stuttgart, Hamburg, Düsseldorf und viele andere Städte und nicht an Berlin. So sollte es auch in Afrika sein. Leider strömen seit Jahrzehnten alle Leute in die Hauptstädte, wenn sie eine Arbeit suchen. So ergibt sich ein unbeschreibliches Chaos in diesen Ballungszentren, die inzwischen so gefährlich wurde, dass Frauen, Kinder und alle schwachen Menschen sogar am helllichten Tag Raub, Vergewaltigung und Mord ausgesetzt sind.

Um noch einmal das Beispiel Deutschland heranzuziehen: Wen wundert es, wenn im Interview mit dem Deutschlandfunk am 12. Januar 2019 der bayerische Ministerpräsident Markus Söder für eine verstärkte Verlagerung von Bundesbehörden in die neuen Bundesländer plädiert, um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu erreichen?

Aber die Wirtschaft sollte auch mitziehen, denn alle DAX-Unternehmen haben ihren Sitz in den alten Bundesländern. Doch wichtig ist nicht der Sitz der Unternehmen, sondern es sind vor allem die Produktionsstätten, die in die neuen Bundesländer verlagert werden müssen, damit Forschung und Entwicklung dort stattfinden und Ostdeutschland wieder ein Ort sein kann, an dem es Spaß macht zu leben.

Von dieser Diskrepanz in Deutschland könnten vor allem Afrikaner aus den frankofonen Ländern lernen, deren Regierungen das zentralistische System Frankreichs übernommen und sogar übertrieben

haben. Jeder sollte das Buch „Paris et le désert français“ (Paris und die französische Wüste) lesen, in dem der Autor Jean François Gravier bereits im Jahr 1947 erklärte, wie schädlich ein zentralistisches System für die Wirtschaft eines Landes sein kann, und eine Parallele zu Deutschland zog, das damals noch föderalistischer war als heute. Nur deswegen kann man verstehen, warum Anfang Dezember 2018 alle 16 Bundesländer gegen eine Grundgesetzänderung stimmten, damit der Digitalpakt für Schulen aus Bundesmitteln gefördert werden könne, weil sie einen Eingriff in die Souveränität des Schulsystems befürchteten, das Ländersache bleiben soll.

Afrikaner, die in Afrika leben, haben die Hoffnung aufgegeben und rechnen nicht mehr mit ihren Politikern, wenn es darum geht, ihr Land zu entwickeln. Diese Hoffnung muss von anderen Leuten wie z.B. der Diaspora kommen. Wie wäre es, wenn die afrikanische Diaspora in Europa sich politisch in den Parteien engagieren würde? Wenn sie Kommunalpolitiker, Landtags-, Bundestags- und EU-Abgeordnete werden würden? So könnten sie neue Impulse in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika in die Wege leiten, und die Korruption, die sie seit Jahrzehnten kritisieren, vehement, mit Nachdruck und konsequent bekämpfen. Sie könnten dafür sorgen, dass das Wissen, das sie in Europa als Arzt, Ingenieur, Techniker und Handwerker erworben haben, in Forschung und Entwicklung in Afrika investiert wird, um Land Grabbing und dem Ausverkauf von Bodenschätzen einen Riegel vorzuschieben.

Und wer wissen möchte, was für Konsequenzen Land Grabbing in der Landwirtschaft haben kann, braucht Deutschland nicht zu verlassen. Kleine Bauern in Brandenburg könnten von ihrem Kampf gegen Immobilienmogule und Versicherungen, die immer mehr Ackerflächen aufkaufen, um sie zu überhöhten Preisen zu verpachten oder überteuert weiterzuverkaufen, ein Lied singen, weil sie nicht mithalten können. Hinzu kommen die EU-Subventionen, von denen die großen Unternehmen besser profitieren können, indem sie große Agrargenossenschaften übernehmen. Genauso agieren diese Unternehmen/Konzerne in Afrika.

Gibt es Alternativen?

Ein politisches Engagement könnte niederschwellig mit Städtepartnerschaften und der Förderung von Jugendwerken wie dem DFJW (Deutsch-Französisches Jugendwerk) beginnen, das nicht nur Begegnungen von Jugendlichen bis zum 30. Lebensjahr aus Deutschland und Frankreich fördert, sondern auch aus Tunesien, Marokko, Algerien, Ägypten, Kamerun und dem Senegal.

Allein in Deutschland gibt es unzählige Städte- und Schulpartnerschaften mit afrikanischen Ländern. Diese könnte als Basis für eine neue Entwicklungszusammenarbeit und Austausch genutzt und mit wenigen Mitteln ausgebaut werden.

Zahlreiche afrikanische Ingenieure arbeiten im Vertrieb deutscher Unternehmen auf anderen Kontinenten, sie berühren afrikanischen Boden höchstens während ihrer Urlaubszeit. Wie kann man diese Experten im Rahmen der „Partnerschaft mit Afrika“, die vom BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) in den letzten zwei Jahren initiiert wurde oder für den „Compact with Africa“, initiiert vom Bundesministerium für Finanzen, einsetzen.

Beide Projekte würden auf einmal ganz anders aussehen und viel weniger Geld kosten, das woanders investiert werden könnte. Wenn afrikanische Experten in Afrika eingesetzt werden, benötigen sie weder Dolmetscher noch eine Wüstenzulage. Allein eine Einsparung dieser zwei Posten könnte viel Geld bringen. Ein Beweis hierfür ist der Friedensnobelpreisträger 2018, Dr. Denis Mukwege, aus der Demokratischen Republik Kongo, der unter den schwersten Bedingungen Zivilkriegsopfer und vor allem Frauen behandelt. Würden ausländische Ärzte eine solche Tätigkeit übernehmen, wäre das mit

Sicherheit für die einheimische Bevölkerung unbezahlbar, es sei denn, die Entwicklungshilfe würde sich mit großen Summen beteiligen.

Die Zeit ist reif für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Die Afrikaner, die in Europa und insbesondere in Deutschland leben, wissen, dass die hiesige Wirtschaftsentwicklung keine Zukunft hat. Das eklatanteste Beispiel dafür lieferte am 31. August 2018 die NGO Global Footprint Network. Sie titelte: „Ab dem 1. August 2018 hatte die Welt ihr Ressourcenbudget verbraucht“. In anderen Worten hatte die Menschheit Ende August 2018 so viel verbraucht, wie die ganze Erde erneuern kann. So brauchen wir seit 2018 für das Überleben der Menschheit 0,7 mal mehr Ressourcen, als die 1 Erde herzugeben vermag. Doch damit nicht genug, denn in Deutschland hatten wir bereits am 2. Mai 2018 unser Ressourcenbudget verbraucht. Also wenn der Rest der Welt wie Deutschland leben würde, bräuchte man drei Erden. Aber wen interessiert das?

Um eine solche Entwicklung in Afrika zu vermeiden, muss man das Land Grabbing, also den Ausverkauf von Landwirtschaftsgebieten, in Afrika sofort stoppen und dafür sorgen, den Abbau von Bodenschätzen umweltschonend und nachhaltig unter Einhaltung internationaler Umweltnormen zu organisieren. Mit der Entwicklung des Land Grabbing raubt man den afrikanischen Landwirten ihre Existenzgrundlage und wundert sich, dass sie in die Migration flüchten. Die Fischfangverträge zwischen der EU und den afrikanischen Küstenländern, was auch zwischen afrikanischen und asiatischen Ländern sowie der Türkei gilt, rauben den afrikanischen Fischern und Marktfrauen Ressourcen und Arbeit. Kann es verwundern, wenn die Boote der Fischer, die keinen Fisch mehr fangen können, als Transportmittel für Migranten nach Europa umfunktioniert werden?

Wie lassen sich Arbeitsplätze für die afrikanische Jugend schaffen?

Ein junger Kontinent wie Afrika braucht viele Ausbildungsplätze. Auch in dem Bereich ist der Einsatz der afrikanischen Diaspora in Deutschland wünschenswert, weil sie das duale Ausbildungssystem und die Deula-Schulen in der deutschen Landwirtschaft kennen, die in vielen Ländern eingeführt werden könnten. So könnte man in Afrika die Landflucht bremsen, indem man kleine und mittelständische Unternehmen gründet, die ihre Landwirtschaftsprodukte an Ort und Stelle verarbeiten, Arbeitsplätze schaffen und Mehrwert produzieren. Mit einem solchen Verfahren, wird nicht nur die Landflucht gestoppt sondern auch das Bevölkerungswachstum in den Groß- und Hauptstädten Afrikas, denn die Arbeitslosen, die ein prekäres Leben in den Hauptstädten führen, würden in ihre Dörfer zurückkehren, wo sie unter ihren Leuten und in der Umgebung, die sie gut kennen, eine bessere Arbeit und Zukunft finden könnten.

Dies würde wirtschaftlich für alle Beteiligten mehr Sinn ergeben, weil nicht nur Immobilien und Grundstücke auf dem Land viel preiswerter sind, sondern auch Löhne und Gehälter niedriger sind. Außerdem ist es unverständlich, dass afrikanische Städte wie Luanda in Angola und Dakar im Senegal teurer sind als Brüssel. Eine Verlagerung von Produktionsstätten in die Orte, wo Rohstoffe abgebaut werden und Landwirtschaftsprodukte geerntet und verpackt werden, kürzt die Transportwege und verringert die Umweltbelastung. Beide Posten sind sehr wichtig für die Konkurrenzfähigkeit der afrikanischen Länder, die fertige Produkte auf den Weltmarkt absetzen wollen.

Das beste Beispiel hierfür ist die Produktion von Fleisch in einigen afrikanischen Ländern. Oft wird das Vieh mehrere hundert Kilometer vom Land in die Hauptstädte bzw. Hafenstädte transportiert, um dort geschlachtet, verarbeitet und verpackt zu werden, mit dem Risiko von Verlusten unterwegs bzw. von Stress und Verletzungen für die Tiere bis zum Schlachthof, obwohl jeder weiß, dass es preiswerter und sauberer ist, Fleisch statt Tiere zu transportieren.

15. März 2018
19.00 Uhr

Filmvorführung und Gespräch: Der Fall Mubende

Eine Veranstaltung von FIAN e.V. und Farafina Afrika Haus e.V.

17 Jahre ist es her, dass die ugandische Armee die rund 4.000 Bewohner*innen der vier Dörfer Kijjunga, Luwunga, Kiryamakobe und Kitemba gewaltsam von ihrem Land vertrieb, um Platz zu machen für die Kaweri Coffee Plantation, eine Tochterfirma der Neumann Kaffee Gruppe in Hamburg. Die Vertriebenen verloren ihren gesamten Besitz, einige starben an den Folgen der Vertreibung. Bis heute leben viele von ihnen in bitterer Armut aufgrund dieser Vertreibung.

Etwa die Hälfte der Vertriebenen hat die ugandische Regierung und die Kaweri Coffee Plantation Ltd. in Uganda verklagt, doch der Gerichtsprozess wird verschleppt. 2015 hat FIAN den Fall vor den UN-Sozialausschuss gebracht. Dieser hat die ugandische Regierung anschließend aufgefordert, die Rechte der Vertriebenen unverzüglich wiederherzustellen. Dazu gehören auch ihre Landrechte. Doch die Regierung versucht, die Vertriebenen mit Bargeld abzuspeisen.

Nach dem Film berichten Peter Kayiira (Sprecher der Vertriebenen) und Gertrud Falk (FIAN Deutschland) von seinen Gesprächen mit dem UN-Sozialausschuss in Genf und der aktuellen Lage in diesem Konflikt.

Veranstaltungsbericht

Maren Staeder

Der Fall Mubende und der bittere Geschmack der Vertreibung

Ein Dokumentarfilm von Michael Enger über Kaffee und Landgrabbing, D 2017,
mit anschließender Diskussion

17 Jahre ist es her, dass die ugandische Armee im Aug. 2001 rund 4.000 Bewohner*innen der vier Dörfer Kijjunga, Luwunga, Kiryamakobe und Kitemba gewaltsam von ihrem Land vertrieb, um Platz zu machen für die Kaweri Coffee Plantation, eine Tochterfirma der Neumann Kaffee Gruppe in Hamburg. Die Vertriebenen verloren ihren gesamten Besitz, einige starben an den Folgen der Vertreibung.

Bis heute leben viele von ihnen aufgrund dieser Vertreibung in bitterer Armut. Etwa die Hälfte der Vertriebenen hat die ugandische Regierung und die Kaweri Coffee Plantation Ltd. 2002 in Uganda verklagt, doch der Gerichtsprozess wird nach allen Regeln der Kunst verschleppt. 2015 hat die

Menschenrechtsorganisation FIAN den Fall vor den UN-Sozialausschuss gebracht. Dieser hat die ugandische Regierung anschließend aufgefordert, die Rechte der Vertriebenen unverzüglich wiederherzustellen. Dazu gehören auch ihre Landrechte. Doch die Regierung versucht, die Vertriebenen mit Bargeld abzuspeisen.

FIAN e.V. und Afrika-Haus e.V. zeigten den Dokumentarfilm von Michael Enger mit anschließender Diskussion. Als Gast nahmen an der Veranstaltung der Sprecher der Vertriebenen, Peter Kayiira aus Uganda und Gertrud Falk von FIAN Deutschland e.V. teil, die gerade dem UN-Sozialausschuss den Fall im Rahmen der deutschen Staatenberichterstattung geschildert hatten.

Der Film von Michael Enger schildert eindrücklich das Schicksal der Betroffenen. Der Dokumentarfilmer hat gemeinsam mit FIAN das Leiden und Kämpfen der Vertriebenen begleitet. Er beschreibt die Geschehnisse im August 2001 und er zeigt auf, wie die Vertriebenen heute ihr Leben fristen, welchen Problemen und Gefahren sie ausgesetzt sind, er zeigt aber auch, mit welchem ungebrochenem Willen sie den Kampf immer weiter führen, gegen Ungerechtigkeit, gegen Diskriminierungen vor Ort, gegen Bürokratie, gegen das Vergessen.

In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Anwesenden von den Vorgängen in Uganda betroffen. Peter Kayiira, der persönlich die Vertreibung erlebt hat und der weiterhin unter den Betroffenen lebt und tagtäglich die Situation vor Ort erlebt, konnte schildern, wie sie heute in provisorischen Unterkünften leben und als Tagelöhner*innen der Kaweri Plantage auf dem Land arbeiten, welches ihnen einst gehörte, für das einige sogar Landtitel vorweisen können.

Peter Kayiira beeindruckte die Anwesenden mit seinem bis heute ungebrochenen Elan und seinem Widerstandswillen. Er hat den Widerstand der Vertriebenen organisiert, er hält den Kontakt zu den eingeschalteten Rechtsbeiständen und er betreibt Vernetzungsarbeit. Er vertritt die Interessen seiner Nachbarn auf internationaler Bühne und hat auch das Gespräch mit der deutschen Neumann Kaffee Gruppe gesucht, welches ihm jedoch meistens verweigert wurde.

Er erläuterte, welche nationalen und internationalen Rechtswege die Vertriebenen bereits beschritten haben: die Klage vor dem ugandischen Gericht im Jahr 2002, in der ihrer Forderung im ersten Rechtszug stattgegeben und ihnen eine Entschädigung zugesprochen wurde. Gegen das Urteil hat das Unternehmen Berufung eingelegt, doch das Berufungsverfahren geht nicht voran. Das Beschwerdeverfahren im Rahmen der OECD in Deutschland brachte leider keinen Erfolg für die Vertriebenen.

Das zuständige Gremium ist in Deutschland beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie angesiedelt, das Ministerium hat über die Beschwerde im Sinne der deutschen Neumann Kaffee-gruppe entschieden.

Bei seinem Auftritt vor dem UN-Sozialausschuss in Genf zur Vorstellung des Deutschen Staatenberichtes machte er auf die noch immer existenten Probleme der Vertriebenen aufmerksam. Immerhin hat der UN-Ausschuss inzwischen seinen Abschlussbericht veröffentlicht und darin die deutsche Regierung dafür gerügt, dass Menschenrechtsstandards für Unternehmen nicht verbindlich gesetzlich festgeschrieben sind.

Er berichtete über den aktuellen Stand des Gerichtsverfahrens in Uganda, das 2013 in erster Instanz zu einem Urteil zu ihren Gunsten geführt hat, und welches jetzt im Berufungsverfahren immer noch weiter verschleppt wird.

Die Frage, die den Anwesenden auf den Nägeln brannte, lautete, wie den Betroffenen von Deutschland aus geholfen werden könne, zumal ein deutsches Unternehmen in den Fall verwickelt ist. Hier heißt die Antwort: Öffentlichkeit schaffen, die Informationen weiter tragen, sich selbst und andere informieren und kritische Fragen stellen, im eigenen Umfeld und bei der Regierung.

Befragt danach, ob er noch Hoffnung für sich und seine Gefährten habe, erwiderte Peter Kayiira voller Hoffnung zu sein. Das Gericht in Uganda habe im ersten Rechtszug für sie entschieden, die Öffentlichkeitsarbeit bringe auch die ugandische Regierung in Erklärungsnot und schließlich sehe er den Fall als eine Art Präzedenzfall, der für viele afrikanische Staaten Bedeutung haben werde.

Jan Greve, junge welt, 13.10.2018

Gespräch mit Peter Kayiira zum Fall Mubende/Uganda

Peter Kayiira ist Sprecher der rund 4.000 Dorfbewohner, deren Land in Uganda zur Kaffeeplantage gemacht wurde.

Seit mittlerweile 17 Jahren kämpfen Sie gegen die Vertreibung von rund 4.000 Dorfbewohnern in **Mubende, Uganda. Auf dem Land, auf dem sie einst lebten, betreibt die Hamburger „Neumann Kaffee-Gruppe“, kurz NKG, nun eine rund 2.500 Hektar große Kaffeeplantage.** Was ist damals geschehen?

Der Konzern hat im April 2001 einen Deal mit der Regierung abgeschlossen. Im Juni stellte uns der „Resident District Commissioner“ RDC, ein Ultimatum, dass wir innerhalb von nur zwei Monaten unser Land verlassen sollen, weil dieses verpachtet worden sei. Wenig später wurde die Frist um zwei Wochen verkürzt. Das alles, ohne dass eine Kompensation oder Entschädigung in die Wege geleitet worden war. Zu diesem Zeitpunkt begannen bereits Bodenuntersuchungen im Auftrag der NKG.

Wir ließen uns davon nicht beirren und blieben zunächst auf unserem Land. Einen Tag nach Ablauf der Frist schickte der RDC die Polizei, um mich festnehmen zu lassen. Dagegen gab es großen Protest von den Dorfbewohnern. Zwar ließen mich die Polizisten deswegen wieder frei, wenig später nahmen mich aber Soldaten der Armee fest. Sie zerrten mich in ihren Wagen, schlugen und beleidigten mich. Sie drohten mir, mich in ein Militärgefängnis zu stecken.

Zwei Tage später kamen erneut Soldaten auf unser Land. Sie verwüsteten und plünderten Läden, luden Waren auf ihre Laster, schlugen auf die Menschen ein, zerstörten Häuser, töteten Tiere. Als ich all das sah, rannte ich weg. Die gewalttätige Räumung dauerte eine ganze Woche und betraf vier Dörfer. Die Bewohner flohen und konnten nichts als ihr Leben retten. Wir waren gezwungen, in nahegelegenen Wäldern zu campieren. Damals war Regenzeit: Es war kalt und wimmelte vor Moskitos. Wie ist die aktuelle Situation der Menschen dort?

Die Lebenshaltungskosten steigen und steigen, zeitgleich nimmt die Armut unter den Menschen immer weiter zu. Wir, die Vertriebenen, sind komplett aus der landwirtschaftlichen Produktion gedrängt worden. Viele von uns sind gezwungen, Gelegenheitsarbeiten auf der Kaffeeplantage anzunehmen.

Der Lohn für solche Jobs liegt unter einem Euro pro Tag – das reicht nicht zum Überleben. Etliche Kinder gehen nicht zur Schule, weil sie arbeiten müssen, um ihre Eltern zu unterstützen. Viele von ihnen sind unterernährt. Dadurch wird die Zukunft der nächsten Generation zerstört. Auch Krankheiten sind ein Problem für die Menschen. Medizinische Versorgung kostet Geld, das viele nicht haben.

Sie sind vor einigen Tagen in Genf gewesen. Weswegen?

Deutschlands Menschenrechtspolitik wurde am 24. und 25. September vor dem UN-Sozialausschuss untersucht. Zu diesem Anlass haben wir einen Bericht über unseren Fall eingereicht. Deutschland ist das Land, in dem der Konzern, der unsere Menschenrechte mit Füßen tritt, seinen Sitz hat. Die Bundesregierung muss etwas unternehmen, um solch eine Praxis zu verhindern. Das liegt in ihrer Verantwortung. Das haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten stets zu erklären versucht. Nur stoßen wir dabei auf taube Ohren.

Stattdessen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass seit kurzem der deutsche Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller von der CSU, mit der Hanns-R.-Neumann-Stiftung zusammenarbeitet, um die „Entwicklung“ in Uganda voranzubringen. Das sagt ja eigentlich schon alles über die enge Beziehung von Staat und Konzern aus.

Kommende Woche soll klar sein, ob der UN-Sozialausschuss Empfehlungen an die Bundesregierung verkündet. Wer ist aus Ihrer Sicht neben der BRD verantwortlich, und was muss nun geschehen?

Die Regierung von Uganda und die „Neumann Kaffee-Gruppe“. Der Konzern sollte unser Land verlassen, damit wir zurückkehren können. Auf beide Akteure muss Druck ausgeübt werden. Andererseits kann FIAN Unterstützung gebrauchen – das Informations- und Aktionsnetzwerk, das sich für das Menschenrecht auf Nahrung einsetzt, ist uns eine große Hilfe.

05. Oktober 2018

19.00 Uhr

Klimawandel und die SDGs – afrikanische Perspektiven

Achieving Climate Action and the Sustainable Development Goals:
The Role of African Civil Society

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt, es können aber Fragen auf Deutsch gestellt werden.

Speakers:

- Mr. Jean Paul Brice Affana, Founder of Vital Actions for Sustainable Development (AVD)
- Ms. Lena Mäckelburg, Founder of NAJU (Naturschutzjugend) Weil der Stadt

Moderator:

- Ms. Denica Yotova, Programmes Coordinator at European Council on Foreign Relations

Description:

In September 2015, 193 countries around the world, committed themselves to implement the 17 Sustainable Development Goals (SDGs) for all people by 2030. The SDGs are a universal call to action to end poverty, ensure that all people enjoy peace and equity, and protect the planet through urgent climate action.

While many African countries have made concrete steps to realize these goals, there is still much work to do in implementing the 2030 Agenda. In Africa, like in many other regions of the world, one key challenge is how to move from high-level political commitments to the realization of the goals inside communities, cities and countries. Other challenges include how to raise public awareness in order to create a collective journey with all diverse stakeholders in the implementation process and how to mobilize citizens to get closer to the SDGs and understand their own roles.

The panel will outline the challenges and potential ways forward to operationalize the SDGs through the eyes of civil society and a collaboration between citizens, local and regional governments, enterprises, social businesses, universities, and other institutions (in Africa and beyond). By exploring the role of citizens in the implementation of the SDGs and showcasing best practices, the panelists will share their own experiences and include the perspectives from the participants in the discussion.

Hintergrund

Lena Mäckelburg und Jean Paul Brice Affana Affana

Maßnahmen zum Klimaschutz, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und die Rolle der afrikanischen Zivilgesellschaft

Die UN 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung wurde im September 2015 beschlossen, sie soll einen Rahmen für die Politik der kommenden Jahre setzen. Die darin enthaltenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, sogenannte SDGs – Sustainable Development Goals, sollen die bis dahin verfolgten Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals) ersetzen. Wichtigster Unterschied: die SDGs gelten für alle Länder, für die aus dem globalen Süden, aber auch für die aus dem globalen Norden, und decken eine große Spannweite an Themen ab. Die Debatte und Entwicklung dieser neuen Agenda und des neuen Zielkatalogs begann viele Jahre zuvor, als ersichtlich geworden war, dass zwar allgemein positive Schritte in die Richtung einer nachhaltigen Entwicklung gemacht werden, diese aber nicht ausreichend sind und uns die Zeit zu schnell davonläuft. Bei der Entwicklung wurden auch verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen in die Diskussion miteinbezogen.

Die aus diesem Prozess entstandenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind ein schöner Rahmenkatalog, der als Wegweiser für notwendige Maßnahmen genommen werden kann, um nachhaltige Entwicklung in allen Ländern gezielter zu erreichen. Schaut man sich die Ziele an, wird schnell klar, dass Sie untereinander zusammenhängen. Denn auch wie bei einem Ökosystem sind die Facetten einer nachhaltigen Entwicklung eng miteinander verbunden.

Eines der Ziele sind Maßnahmen zum Klimaschutz (Ziel 13). Auch wenn alle Ziele eindeutig als wichtig erscheinen, ist Ziel 13 das Thema, das am ehesten mit allen Ländern in Verbindung gebracht werden

kann und in der Öffentlichkeit am häufigsten diskutiert wird. Nicht zuletzt aus dem Grund, dass die UN-Verhandlungen zum Klimawandel und die damit verbundenen politischen Debatten und Pro-teste, auch aus der Zivilgesellschaft, in der Öffentlichkeit sehr bekannt geworden sind. Zudem wurden, vor allem in diesem Jahr, die Auswirkungen des Klimawandels immer sichtbarer, sogar in Europa. Der weiter voranschreitender Klimawandel hat großen Einfluss auch auf die anderen SDGs, so werden zum Beispiel die Ziele „Keine Armut“, „Kein Hunger“, „Gesundheit“, „Leben an Land“, etc. sehr direkt vom Klimawandel beeinflusst.

Nun sollen diese Ziele weltweit bis 2030 erfüllt werden. Wie können wir dies erreichen? Auf der Stelle wird klar, dass globale Politikentscheidungen und Diskussionen nur eine äußere Struktur und Unterstützung bieten können, die tatsächliche Umsetzung am Ende aber auf der lokalen Ebene erfolgen muss. Immerhin sollen ja alle davon profitieren. Regionale und nationale Regierungen sowie die Politik auf kommunaler Ebene müssen zusammenarbeiten, um dies zu erreichen. Auch die Wirtschaft, die Wissenschaft sowie die Zivilgesellschaft spielen dabei tragende Rollen.

Die Rolle der Zivilgesellschaft und die damit verbundenen Herausforderungen

Ohne die Zivilgesellschaft wird der Prozess hin zu einer nachhaltigen Entwicklung und eines nachhaltigen Lebensstils nicht gelingen. Ist sie bereit, das, was von ihr erwartet wird, auch umzusetzen? Viele Initiativen und Projekte zeigen eindeutig das Interesse und die Motivation der afrikanischen Zivilgesellschaft, an den Themen der SDGs und an deren Realisierung mitzuwirken und auch die Fähigkeit und den Willen, eigene Ideen umzusetzen, selbst wenn dies mit mehr persönlichem Aufwand oder einer Änderung der Gewohnheiten verbunden ist. Die Gesellschaft ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv in die Gestaltung einer neuen und zukünftigen Lebensweise einzubringen. In ihr steckt ein großes Potential, im Besonderen in Jugendlichen und junge Erwachsenen. Leider wird dieses bisher oft nicht erkannt oder zu schnell ausgebremst.

Das Interesse der afrikanischen Zivilgesellschaft, konkrete Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung anzuleiten, wächst schneller als erwartet. So organisieren Bürger in vielen Ländern Aufklärungskampagnen zu den SDGs, durch welche große Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Sie unterstützen so die Bemühungen ihrer Regierungen. Zum Beispiel hat die NRO Vital Actions for Sustainable Development in Kamerun das Projekt „Jeunes énergies propres“ (junge saubere Energie) umgesetzt, welches Bürger durch öffentliche Ausstellungen über das Potential des Landes hinsichtlich Erneuerbarer Energien aufklärte. Gleichzeitig waren Schüler aus dem ganzen Land aktiv an der Gestaltung dieser Ausstellung beteiligt.

Mit eigenen Ideen einen nachhaltigen Wandel zu erreichen, ist Ziel einer wachsenden Zahl afrikanischer Jungunternehmen, die zum Beispiel Lösungen im Bereich Recycling und Upcycling von Abfällen entwickeln; diese Innovationen reichen von Kunstobjekten bis zu Produkten des täglichen Lebens.

Vor allem Städte wachsen rasant und deren nachhaltige Gestaltung bildet eine der größten Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent. Ein Architekt aus Togo hat sich dieser Aufgabe angenommen und rief die Initiative „L'Africaine d'architecture“ (afrikanische Architektur) ins Leben, durch welche nachhaltige Architektur und Städteplanung gefördert wird. Afrikanische Städte sollen dazu anregt werden, über die nachhaltige Stadt von morgen nachzudenken.

Das Engagement der afrikanischen Zivilgesellschaft reicht von der lokalen, über die regionale und nationale, bis hin zur internationalen Ebene. Vor allem die Teilnahme und die Vertretung von Interessen im politischen Diskurs gewinnt immer mehr Bedeutung. Während viele Vertreter der Zivil-

gesellschaft innerhalb ihres Landes an wichtigen politischen Diskussionen teilnehmen, werden andere auf der Ebene der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union aktiv. Zudem werden länderübergreifend Konferenzen und Arbeitsgruppen zu Themen der SDGs initiiert. So zum Beispiel der „Africa Youth SDGs Summit“ (Afrika Jugend Gipfel zu SDGs), die größte Jugendplattform ihrer Art in Afrika, die junge Menschen aus allen afrikanischen Ländern zusammenbringt, um sich über den Fortschritt der Umsetzung der SDGs auszutauschen, sich zu vernetzen, Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und sich aktiv in die politischen Debatten einzubringen. Auch das Africa Regional Forum on Sustainable Development (afrikanisches Regionalforum zur nachhaltigen Entwicklung), das es seit rund neun Jahren gibt. Es wurde von der United Nations Economic Commission for Africa (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika) in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und verschiedenen regionalen Organisationen ins Leben gerufen. Es bietet eine Plattform für verschiedenste Akteure, um sich in den Umsetzungsprozess einzubringen und sich für eine effektive Politik im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Das Forum hat Einfluss auf verschiedene politische Ebenen, regionale und nationale, aber auch auf internationale Politikentscheidungen.

Diese sehr motivierenden Beispiele, von denen natürlich noch viel mehr existieren, zeigen, dass viele Menschen in der afrikanischen Gesellschaft wissen, dass eine nachhaltige Veränderung verschiedenster Bereiche notwendig ist. Viele wissen auch, dass sie selbst etwas dazu beitragen können. Oft stehen sie aber vor der Herausforderung und der Frage, wo sie am besten anfangen sollten. Wie kann dieses Gefühl der Machtlosigkeit genommen werden?

Der erste Schritt wäre, durch Information einen Zugang zu den Themenbereichen und den Vergleich zur eigenen Lebenssituation ermöglichen. Die SDGs können hier eine direkte Hilfe sein. Es ist dabei wichtig, eine Atmosphäre zu schaffen, die Menschen motiviert und ihnen bewusst macht, dass sie sich an den Prozessen beteiligen können, dass sie selbst in der Umsetzung für einen positiven Fortschritt eine entscheidende Rolle einnehmen und nicht nur von trägen Politikentscheidungen abhängig sind. Es ist wichtig, ihnen klar zu machen, dass die Themen, die ihnen am aller wichtigsten erscheinen, auch ernst genommen werden. Meist haben die Menschen vor Ort selbst Ideen und Vorstellungen, wie etwas verbessert werden kann. Zu erkennen, dass schon mit vielen kleinen Schritten zusammen große Schritte hin zu einem positiven Wandel gemacht werden und zu erkennen, womit man selbst anfangen und aktiv werden kann, sollte unterstützt werden. Vernetzung und Möglichkeiten, weitere Erfahrungen zu sammeln, können dies noch weiter fördern.

Alle Regierungen sind nun am Zug, sichtbare Schritte zur Umsetzung der SDGs zu machen: durch die Schaffung entsprechender Gesetzgebung, Förderprogramme und Projekte. Um deren Umsetzung erfolgreich zu machen, ist eine aktive Zivilgesellschaft unumgänglich. Dies muss allen, vor allem den politischen Entscheidungsträgern, bewusst werden. Und auch die afrikanische Zivilgesellschaft muss erkennen, dass sie die Möglichkeit hat, über verschiedenste Wege wichtige Themen in den politischen Diskurs einzubringen, so zum Beispiel Maßnahmen zum Klimaschutz und Anpassungen an den Klimawandel.

Den Willen und das Potential der Zivilgesellschaft, neue Wege zu gehen und innovative Ideen zu schaffen, muss genutzt werden. Allen voran junge Erwachsene und Jugendliche in Afrika bringen viel Motivation, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein zur Gestaltung der Zukunft mit. Dies sollte auch von den Regierungen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und anderen Institutionen anerkannt werden. Die junge Generation sollte bei Planungen und Entscheidungen miteinbezogen und ihre Innovationskraft ernst genommen werden. Einfach zu erreichende Fördermöglichkeiten sollten geschaffen und Wissen darüber gestreut werden.

Energien bündeln, Synergien nutzen!

Es wird kein Modell geben, nach dem sich die Zukunft überall gleich gestalten lässt. Ein erfolgreicher Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung wird allorts etwas anders aussehen und sich sehr an den Gegebenheiten und an den vor Ort lebenden Menschen orientieren. Eine aktive Zivilgesellschaft ist dafür richtungsweisend. Dabei ernst genommen zu werden und die Möglichkeit zu bekommen, Teil dieser Innovationen zu sein, ist notwendig. Die Regierungen, mit Hilfe der Wirtschaft, Wissenschaft und anderer Institutionen, sollten dies verstehen, wertschätzen und unterstützen. Nur gemeinsam kann ein nachhaltiger Wandel gelingen, ohne jemanden dabei zurückzulassen!

25 Jahre Afrika-Haus

06. November 2018

18.00 Uhr

Podiumsgespräch

Perspektiven Afrikas in Zeiten der Globalisierung –
fünf Szenarien aus der afrikanischen Diaspora

Eröffnung der ersten Dauerausstellung des Afrika-Hauses
Berlin: Eine (post-)koloniale Metropole



Podiumsgespräch mit:

- Simon Inou, Soziologe und Journalist, Kamerun
- Frewyni Habtemariam, Dolmetscherin und Übersetzerin, Eritrea
- Emanuel Matondo, Autor und Journalist, Angola
- Msgr Abune Tesfaselassie Medhin, Bischof von Adigrat, Äthiopien
- Prof. Dr. Mohamed Turki, Doktor der Philosophie, Tunesien
- Prof. Dr. Chibueze Udeani, Doktor der Philosophie und Theologie, Nigeria

Moderation:

- Marie Roger Biloa

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Afrika-Hauses als Bildungsstätte werden fünf Personen der afrikanischen Diaspora, die aus jeweils einer der fünf Regionen Afrikas stammen, für „ihre“ Region ein Zukunftsszenario vorstellen, über das wir gemeinsam debattieren wollen. Vorgestellt werden unterschiedliche Szenarien, die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in der jeweiligen Region in Zeiten von Klimawandel und Globalisierung berührt wie a.) die Entwicklung von Partizipationsmöglichkeiten (Demokratie und Förderung kultureller Vielfalt und Autonomie), b.) die Frage des Schutzes vor staatlicher Willkür und Gewalt aus der Gesellschaft, c.) die ökologische Entwicklung und die Frage des Verhältnisses von Regionalentwicklung und Weltwirtschaft, d) Entwicklung von Geschlechtergerechtigkeit.

Ziel ist es, zu einem verstärkten und einsichtigeren Nachdenken über gemeinsame wie unterschiedliche Potenziale der fünf Regionen Afrikas für eine sozio-ökologisch nachhaltige Entwicklung beizutragen.

Veranstaltungsbericht

Jubiläumsveranstaltung

Perspektiven Afrikas in Zeiten der Globalisierung fünf Szenarien aus der afrikanischen Diaspora

Ein Podiumsgespräch mit:

Simon Inou, *1972 in Kamerun (Zentralafrika), Soziologe (Studium in Kamerun), Journalist (Publizistik-Studium in Wien), 1995 Flucht aus Kamerun nach Wien, lebt heute in Wien

Freweyni Habtemariam, *1967, Herkunftsland Eritrea (Ostafrika), Diplom-Germanistin, Dozentin für Deutsch als Fremdsprache, Übersetzerin, beeidigte Dolmetscherin aus der eritreischen Amtssprache Tigrinya und Amharisch ins Deutsche

Emanuel Matondo, *1966 in Angola (südl. Afrika), nach der Schule verweigerte er den Kriegsdienst, war so gezwungen, im Untergrund zu leben (in Angola herrschten von 1972–2002 Bürgerkriege), was ihm ein Studium und Leben in Angola verunmöglichte. 1990 Flucht nach Deutschland, 2001 Anerkennung des Asylantrags, lebt heute in Köln

Menschenrechts- und Friedensaktivist, Journalistische wie publizistische Tätigkeiten mit den Arbeitsschwerpunkten: Angola und DR Kongo, Menschenrechte, Rüstungsexporte und zivile Friedensförderung

Mohamed Turki, *1945 in Tunesien (Nordafrika), Studium der Philosophie, Romanistik und Soziologie an der Universität Münster in Westfalen, promovierter und habilitierter Philosoph, lehrte an verschiedenen Universitäten in Deutschland (Bremen, Kassel, Gießen, Frankfurt/M) und in Tunesien
Arbeitsschwerpunkte: Existenzphilosophie von Heidegger bis J.-P. Sartre, Hoffnungsphilosophie Blochs, Rationalitätsdiskurs in der arabisch-islamischen Philosophie der Gegenwart

Chibueze Udeani, * Nigeria (Westafrika), promovierter und habilitierter Theologe,

1981-1985 Studium der Philosophie, Ikot-Ekpene/Nigeria

1985-1987 Lehrtätigkeit in philosophischen Fächern am Institut für ökumenische Erziehung, Enugu/Nigeria

1986-1991 Magisterstudium der Katholischen Theologie, Enugu/Nigeria und Universität Innsbruck

1997 Promotion in Katholischen Theologie, Universität Salzburg

2002-2008 Universitätsassistent, Zentrum Theologie Interkulturell und Studium der Religionen, Universität Salzburg

2011 Habilitation an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien

seit 2012 Lehrstuhlinhaber für Missionswissenschaft und Dialog der Religionen an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Als Gast:

Abune Tesfaselassie Medhin, *1953 in Alitena (Äthiopien) (Ostafrika), Bischof des Epiarchats von Adigrat

Moderation:

Marie Roger Biloa *in Kamerun (Zentralafrika),

Germanistin und Absolventin der Diplomatischen Akademie in Wien, lebt in Yaoundé und Paris

Hsg. der Zeitschriften „Africa International“, „ICI les Gens du Cameroun“, „ICI les Gens du Gabon

Leitung des „Club Millenium“ in Paris, eines Think Tank für die Förderung Afrikas, häufige Auftritte als Kommentatorin in Rundfunk und Fernsehen

Afrika wird in fünf Regionen unterteilt:

- Nordafrika
- Westafrika
- Zentralafrika
- Ostafrika
- Südliches Afrika

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass als sechste Region die Diaspora hinzuzurechnen ist.

Auf dem Podium, das leider ohne Simon Inou auskommen musste, wodurch die Stimme Zentralafrikas lediglich durch die Moderatorin vertreten war, sollten die Perspektiven Afrikas der kommenden 30 Jahre aus den unterschiedlichen Wahrnehmungen und Potentialen der sechs Regionen Afrikas diskutiert werden.

Themen sollten die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung und somit Fragen des Verhältnisses von Regionalentwicklung und Weltwirtschaft, die Chancen demokratischer Entwicklung, also die Mitgestaltungsmöglichkeiten bei größtmöglicher Sicherheit vor staatlicher Willkür und Gewalt, die Umsetzung einer ökologischen Wirtschaftsweise und die Entwicklung von Geschlechtergerechtigkeit sein.

Obwohl die Diskussion mehr als drei Stunden dauerte, war dieses Vorhaben unmöglich umsetzbar. 90 % dieser Zeit nahm bereits die Auseinandersetzung um die Frage der demokratischen Verhältnisse ein, die 10 % galten den Fehlentwicklungen der wirtschaftlichen Ausrichtung, selbst die Demokratiefrage konnte lediglich angerissen werden.

Am zuversichtlichsten stellte sich Mohamed Turki (Nordafrika) dieser Frage und den Möglichkeiten demokratischer Entwicklungen in Afrika.

Exkurs: Tunesien hat mit der Initiierung des „arabischen Frühlings“ für Bewegung in ganz Afrika gesorgt und ist selbst dem Gedanken von Demokratisierung auf der Spur geblieben.

Die Tunesische Republik ist ein nordafrikanischer, arabischer Staat, der zu den Maghreb-Ländern zählt, im Norden und Osten grenzt er an das Mittelmeer, im Westen an Algerien und im Süd-Osten an Libyen. 2014 wurde die 11 Mio.-Einwohnerschwelle überschritten. Damit war eine Verdreifachung der Bevölkerungsanzahl von 1956 und eine Verdoppelung von 1970 erreicht. Seit 1990 verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum, es liegt derzeit bei 1 %. Tunesien hat die niedrigste Geburtenrate in der arabischen Welt (1,9 Kinder pro Frau).

Bevölkerung und Sprache

Obwohl sich 98 % der Tunesier kulturell mit den Arabern identifiziert, belegen Studien, dass sie aus ethnischer Sicht den Berbern und auch den Iberern näher stehen; der genetische Anteil von Arabern fällt gering aus. Unter den Zivilisationen, die das Gebiet des heutigen Tunesiens besiedelt haben und die zu jeweils unterschiedlichen Graden kulturell und genetisch aufgenommen wurden, sind Phönizier, Römer, Vandalen aus Germanien, Osmanen und Franzosen nachweisbar. Dazu kamen im 15. Jahrhundert zahlreiche Mauren und Juden aus Andalusien.

Die ersten Ostaraber kamen im 7. Jahrhundert mit der muslimischen Eroberung des Maghreb. Sie **islamisierten den Großteil der Ifrīqiya** [mittelalterliche arabische Bezeichnung für die Gebiete von Tunesien, Ost-Algerien und Tripolitanien, östlich des Maghreb gelegen].

Ab dem 11. Jahrhundert kamen die aus Ägypten vertriebenen Banū Hilāl **im heutigen Tunesien an** und sorgten für die sprachliche und kulturelle Arabisierung des Landes. Die berberische Sprache und Kultur blieb nur in einigen geographisch isolierten Bergregionen erhalten. Unter den Maghreb-Staaten ist es das aus linguistischer Sicht homogenste Land, weil fast die gesamte Bevölkerung Tunesisch-Arabisch spricht und das Schriftarabische, beherrscht. Im Süden des Landes und auf der Insel Djerba werden noch vereinzelt berberische Dialekte benutzt.

Während der Zeit des französischen Protektorats in Tunesien (1881-1956) wurde das Arabische durch das Französische ersetzt, geradezu zwanghaft in den Bildungseinrichtungen. Nach der Unabhängigkeit wurde in offiziellen Institutionen als Amtssprache das Arabische wieder eingeführt. Verwaltung, Justiz und Bildungswesen blieben noch lange Zeit zweisprachig. Seit den 1990er Jahren wird das Französische verstärkt zurückgedrängt.

Seit Oktober 1999 wird von allen Geschäftstreibenden verlangt, in ihren Werbeaufschriften mindestens doppelt so viel Platz für arabische wie für lateinische Zeichen zu verwenden. Die Verwaltung wurde dazu angehalten, alle Kommunikation auf Arabisch umzustellen, dies aber gelang nur im Verteidigungs- und Justizministerium sowie im Parlament. Französisch war zu einem Symbol des Bürgertums geworden.

Im Jahr 2010 beherrschten mehr als 6,5 Mio. Tunesier die französische Sprache, ca. 70 % der Bevölkerung. Der Tourismus führt zu einer zunehmenden Verwendung des Englischen neben der Verkehrssprache Französisch.

Wirtschaft

2016 umfasste der Staatshaushalt umgerechnet 11,77 Mrd. US-\$, dem standen Einnahmen von umgerechnet 9,88 Mrd. US-\$ gegenüber. Daraus ergibt sich ein Haushaltsdefizit in Höhe von 4,5 % des BIP. Die Staatsverschuldung betrug ca., 60,6 % der Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 20 Jahren stetig gestiegen.

Tunesien wird deshalb von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Schwellenland eingestuft und gilt als eines der wettbewerbsfähigsten Länder Afrikas. Das BIP Tunesiens betrug im Jahr 2016 41,8 Mrd. US-\$, pro Kopf ca. 3.730,00 US-\$.

Tunesien investierte 2015 18 % des Staatshaushaltes in das Bildungssystem gegenüber 2006 7,3 % und weist mit über 80 % eine hohe Alphabetisierungsrate auf. 91 % der Kinder schlossen die Primarschule ab und 71 % die Sekundarschulen. 30 % der Schulabgänger beginnen ein Studium. Die mittlere Schulbesuchsdauer der über 25jährigen stieg von 3,4 Jahren im Jahr 1990 auf 7,1 Jahre im Jahr 2015 an.

Für das **Gesundheitssystem** wurden im Jahr 2006 5,1 %, 2008 2 % des BIP bzw. 8 % der öffentlichen Ausgaben aufgewandt. Es ist relativ gut ausgebaut mit 968 Menschen pro Arzt, mehr als 90 % der Bevölkerung sind sozialversichert.

Der **Militärhaushalt** betrug 2006 1,4 % des BIP. Es besteht ein verpflichtender Militärdienst für alle Männer über 20, der ein Jahr andauert. Tunesien ist Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages, der Chemiewaffenkonvention und der Biowaffenkonvention.

Die Landwirtschaft beschäftigt 18 % der Arbeitskräfte und erwirtschaftete 2007 einen Anteil von 11,5 % am BIP. Im nördlichen Landesteil werden Getreide (Weizen, Gerste), Zitrusfrüchte, Datteln, Oliven, Gemüse angebaut sowie Rinder gehalten. Tunesien ist einer der bedeutendsten Exporteure von Olivenöl. Bedeutend ist auch der Weinbau. Im Süden gibt es vereinzelt Oasenwirtschaft und extensive Viehzucht (Schafe, Ziegen).

Die Landwirtschaft verbraucht ca. 80 % des Süßwassers des Landes, die bewässerte Fläche ist von 65.000 Hektar (1956) auf heute 345.000 Hektar angestiegen. Sie ist stark von Desertifikation (Wüstenbildung) und Bodenerosion (die die Desertifikation begünstigt) betroffen, jedes Jahr gehen 20.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verloren. Nachdem die Weltmarktpreise für jene landwirtschaftlichen Produkte, auf deren Import Tunesien angewiesen ist, in den letzten Jahren stark gestiegen sind, hat die Regierung das Erreichen der Autarkie zum Ziel erklärt.

Die wichtigsten **Bodenschätze** sind Phosphate, Erdöl, Gold, Erdgas, Eisenerze, Zink sowie Blei. Die eigene Förderung von Energieträgern, besonders Öl, hilft, die Folgen der steigenden Weltmarktpreise für Energie abzumildern. Tunesien hat nur eine einzige Raffinerie, in Bizerte, betrieben von der Société Tunisienne des Industries de Raffinage (STIR). Sie hat lediglich eine Kapazität von 34.000 Barrel pro Tag (~ 1,7 Mio. Tonnen pro Jahr). Eine weitere Raffinerie in Skhira ist in Bau, sie wird eine Kapazität von 6 Mio. Tonnen pro Jahr haben.

2006 wurden in Tunesien 12,85 Mrd. kWh elektrische Energie erzeugt, 12,66 Mrd. aus konventionellen, überwiegend mit Erdgas betriebenen Wärmekraftwerken. Auf der Agenda steht die Installation von Atomreaktoren mit französischer Unterstützung. Erneuerbare Energien spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle, vor allem wird in die Gewinnung von Windenergie investiert. Die staatliche Société Tunisienne de l'Electricité et du Gaz (STEG) gibt an, 96 % des Landes hätten Zugang zu elektrischer Energie.

Der Industriesektor machte 2005 29 % vom BIP aus. 32 % aller Erwerbstätigen sind hier beschäftigt. Der wichtigste Industriezweig ist die Textil- und Lederbranche. 40 % aller Industrieunternehmen sind dieser Branche zuzurechnen, die Beschäftigungsrate liegt bei 43 % der in der Industrie angestellten Arbeitskräfte, die 35 % des Exportwertes erwirtschaften. Die Textilindustrie verzeichnete 2007 ein Wachstum von 5,6 %. Jedoch ist zu erwarten, dass ein Teil der Unternehmen die anwachsende Konkurrenz aus der Türkei, Ägypten und Fernost nicht überleben werden.

Die chemische Industrie ist auf die Verarbeitung der tunesischen Phosphatvorkommen ausgerichtet. Da der Weltmarkt, stark nach Phosphatdünger (Superphosphate) fragt, befinden sich mehrere Anlagen zur Herstellung von Phosphorsäure im Bau. Ökonomische Herausforderungen liegen in der

Bekämpfung der seit Jahren hohen Arbeitslosigkeit (2016: 14 %) sowie der Erhöhung des Investitionsniveaus im privaten und öffentlichen Sektor. Zudem werden Strukturreformen für notwendig erachtet.

Neuere politische Geschichte

Am 4. Juni 1920 wurde die nationale Destour-Partei offiziell gegründet, um für die Unabhängigkeit Tunesiens zu kämpfen. Eine laizistische Positionierung wichtiger Teile führte 1934 zur Spaltung der Destour-Partei. Der konservativ-islamistische Flügel blieb beim Namen Destour. Die Vertreter der sozialistisch angehauchten, laizistischen Position (zu der auch Bourguiba zählte) nannten sich von nun an Néo-Destour. 1964 kam es zur Zusammenlegung von Destour und Neo-Destour zur PSD (Parti Socialiste Destourien) als regierende Einheitspartei von Tunesien bis 1988. 1988 setzte der Ministerpräsident Ben Ali den Präsidenten Bourguiba aus seinem Amt ab. Gleichzeitig wurde die PSD auf sein Betreiben zur RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique) umbenannt. Am 2. April 1989 wurde Ben Ali mit über 99 % der Stimmen offiziell zum Präsidenten gewählt.

Nach dem erfolgreichen Kampf gegen die koloniale Besetzung Frankreichs erkannte Frankreich Tunesiens Unabhängigkeit am 20. März 1956 an. Die strategisch wichtige Militärbasis in Bizerta haben die Franzosen allerdings behalten. Fünf Tage nach seiner Unabhängigkeit wählte Tunesien die konstituierende Nationalversammlung. Die Néo-Destour-Partei gewann alle Sitze, sodass Habib Bourguiba den Parlamentsvorsitz übernehmen konnte. In Bourguibas Amtszeit hatte sich Einiges verändert, besonders verbesserte er spürbar das Bildungs- und Gesundheitswesen. Doch schon zu seiner Amtszeit gab es massive Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen, vor allem gegen Linke, Studentenvertreter und Gewerkschaftler, die die Alleinherrschaft Bourguibas kritisierten.

Am 25. Juli 1957 wurde die Monarchie abgeschafft und Tunesien zur Republik. Am 1. Juni 1959 wurde die Verfassung erlassen. Bourguiba wurde am 8. November 1959 zum ersten Präsidenten der Republik gewählt. Die Rechtsgrundlagen der Verfassung orientierten sich weitgehend am französischen Recht. Das Frauenwahlrecht wurde eingeführt. Doch abweichend von der französischen Verfassung, die vollkommen laizistisch ausgerichtet ist, wurde der Islam als Staatsreligion (Artikel 1) festgeschrieben; dennoch war Tunesien das einzige arabische Land, das das islamische Rechtssystem Scharia in seiner Verfassung abschaffte. Lediglich Artikel 38 der tunesischen Verfassung schrieb fest, dass der Präsident ein Muslim sein muss. Die Frauen wurden im Familienrecht (Eheschließung, Scheidung, Sorgerecht) den Männern gleichgestellt.

Das Parlament, wurde 2005, unter Ben Ali, zum „Zweikammersystem“ erweitert: Zu der Abgeordnetenkammer (Chambre des députés) mit 5jähriger Wahlperiode, gesellte sich die Rätekammer (Chambre des conseillers), mit 6jähriger Amtsperiode, wobei die Räte von der Abgeordnetenkammer, dem Präsidenten oder Gemeinderäten ernannt wurden. Die einzige in dieser Kammer vertretene Partei war die RCD. Die Gesetzesinitiative lag beim Präsidenten oder bei der „Chambre des députés“; in der Praxis wurde sie meist vom Präsidenten wahrgenommen.

Nach dem Wahlgesetz mussten mindestens 20 % der Parlamentssitze der Opposition zufallen. Dennoch wurde 1964 die tunesische Republik zu einem von der PSD geführten Einparteienstaat. Auch ihre Nachfolgerin, die 1988 gegründete Konstitutionelle Demokratische Sammlung (RCD), war bis Januar 2011 die dominierende Partei.

1963 verstaatlichte Finanzminister Ahmed Ben Salah, der von Staatspräsident Bourguiba unterstützt wurde, praktisch die gesamte tunesische Wirtschaft. Die Zielsetzung war eine Sozialistische Republik, 1964 wurden die zwei Destour-Parteien wieder zu einer unter dem Namen PSD (Parti Socialiste Destourien) vereint. 1969 wurde Ben Salah nach Unruhen wegen der Kollektivierung der Landwirtschaft entlassen, das sozialistische Experiment war damit gescheitert.

1975 wurde Bourguiba zum Präsidenten auf Lebenszeit ernannt, der Gewerkschaftsbund UGTT gewann während der Regierung von Hédi Nouira gewisse Autonomie, und die Tunesische Menschenrechtsliga konnte 1977 gegründet werden. Die erwachende Zivilgesellschaft konnte auch durch Gewaltakte gegen die UGTT am Schwarzen Dienstag des Januar 1978 und Angriffe auf die Bergbaustadt Gafsa im Januar 1980 nicht mehr mundtot gemacht werden. Die blutige Niederschlagung der Brot-Unruhen im Dezember 1983, die erneute Destabilisierung der UGTT und die Verhaftung ihres Vorsitzenden Habib Achour trugen dann zum Sturz des alternden Präsidenten und zum sich verstärkenden Aufkommen des Islamismus bei.

Am 7. November 1987 setzte Ministerpräsident **Zine el-Abidine Ben Ali** den Präsidenten Bourguiba aufgrund von Senilität ab, was von der Mehrheit des politischen Spektrums begrüßt wurde. Jedoch verschärfte er die Unterdrückung politischer Gegner noch weiter. Im Dezember 1987 entließ Ben Ali sechs der neun Politbüromitglieder der regierenden Parti Socialiste Destourien (PSD) und ersetzte sie durch persönliche Vertraute. 1988 sorgte er für die Umbenennung der PDS in RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique).

Zunächst wurde Hoffnung auf Ben Ali gesetzt, doch erwies sich schnell sein undemokratisch, diktatorisches Vorgehen. Am 2. April 1989 wurde er mit angeblich 99,27 % der Stimmen gewählt, ein Ergebnis, das Bände spricht über die Verhältnisse unter ihm. Zunächst gelang es ihm, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Mit heftigsten Methoden bekämpfte er den militanten Islamismus: die Ennahda-Partei wurde verboten, zehntausende militante Islamisten verhaftet und in zahlreichen Prozessen zu Beginn der 1990er Jahre verurteilt.

Der führende Flügel der Ennahda-Bewegung ging ins Exil nach Frankreich und Großbritannien. 1988 gründeten laizistische Oppositionelle mit dem Pacte national eine Plattform mit dem Ziel, das Regime zu demokratisieren. Sie beschuldigten das Regime der Einschränkung von Bürgerrechten, indem die Repressionen weit über die Bekämpfung des militanten Islamismus hinausgingen. In den Präsidentschaftswahlen 1994 ließ sich Ben Ali mit 99,91 % der Stimmen wiederwählen; auch 1999 verhielt sich sein angeblicher Stimmenanteil ähnlich.

Mit einer Verfassungsänderung im Jahr 2002, steigerte er noch seinen Machtumfang. Im selben Jahr meldete sich der islamische Terrorismus mit dem Anschlag auf die al-Ghriba-Synagoge zurück. Die Regierung führte weitere Einschränkungen der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit im Vorfeld der Wahl im Oktober 2009 ein. Keinerlei öffentliche Kritik wurde geduldet. Es gab zahlreiche Berichte über strafrechtliche Ermittlungen, willkürliche Verhaftungen, Reisebeschränkungen und Kontrollen, um die Bürger weiter einzuschüchtern. Gefangene wurden misshandelt.

Präsident Zine el-Abidine Ben Ali wurde im Oktober 2009 mit 89,28 % Stimmenanteil bestätigt; um durch massive Proteste ab Dezember 2010 – arabischer Frühling genannt – gestürzt zu werden. Am Ende seiner Herrschaft hatten er und seine Familie Schätzungen zu Folge 1/4 der Wirtschaft des rund 10 Mio. Einwohner umfassenden Landes in der Hand. Da tritt kaum ins Gewicht dass ihm im Gegensatz zu Bourguiba gelungen war, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Ebenso **blieben beim tunesischen „Wirtschaftswunder“** weite Teile der Bevölkerung und ganze Landstriche auf der Strecke, sodass sein Ruf als arabisches und afrikanisches Musterland mit stabilem Wachstum stets fragwürdig war. Diese Schiefelage war neben der massiven politischen Repression einer der wichtigsten Ursachen und Auslöser des Aufstands von 2011.

Revolution und neue Verfassung (2010-2014)

Am 4. Januar 2011 starb in einem Krankenhaus in Tunis der 26-jährige Gemüsehändler Mohamed Bouazizi an den Verletzungen, die er sich durch eine Selbstverbrennung am 17.12.2010 zugefügt hatte. Er wollte gegen die Konfiszierung seines Obst- und Gemüsestandes durch die Polizei protestieren. Es folgten Solidaritätskundgebungen im ganzen Land, die sich zu regimekritischen Kundgebungen ausweiteten. Von da an brachen die Konflikte offen aus, die bis dahin weitgehend unterdrückt worden waren.

Dieser Aufstand gegen menschenrechtsverletzende, autoritative Verhältnisse, sowie ungerechte wirtschaftliche Entwicklungen griff schnell auf zahlreiche andere afrikanische Staaten über unter dem Begriff „Arabischer Frühling“. Doch nachhaltig erfolgreich verliefen diese Prozesse allein in Tunesien. Trotzdem bewegt sich in Afrika seitdem eine Menge hinsichtlich demokratischer Erwartungen und Veränderungen. Forderungen nach Presse- und Meinungsfreiheit mischten sich mit Kritik an Korruption und Zensur sowie der wirtschaftlichen Entwicklung, die von hoher Arbeitslosigkeit gezeichnet war. Der Ärger der Tunesier richtete sich auch gegen die Kleptokratie in der Umgebung Ben Alis, die aufgrund von politischer Einflussnahme wichtige Unternehmen in Tunesien in Besitz genommen hatte. Ben Ali floh am 14. Januar 2011.

Die Debatte um Identität und Religion wurde immer intensiver und aufgeregter geführt. Gründe hierfür lagen in politischer Orientierungslosigkeit nach den Jahrzehnten politischer Unterdrückung, in sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber auch in der gezielten Förderung islamistischer Kreise durch die Golfstaaten sowie dem Schicksal vieler ehemaliger Häftlinge, die wegen ihrer Mitgliedschaft in der islamisch-konservativen Ennahdha-Partei in der Regierungszeit von Ben Ali verfolgt und inhaftiert worden waren. Diese Entwicklung wurde von der dann regierenden Koalitionsregierung um Ennahdha lange vernachlässigt, wie heute führende Parteimitglieder eingestehen.

Die tunesische Polizei, die unter Ben Ali der verlängerte Arm des Regimes war, wurde seit dem politischen Umbruch nur unzureichend reformiert. Zwar war 2011 die Einheit der politischen Polizei offiziell aufgelöst worden, doch sind bis heute viele Beamte, die dem alten Regime dienten, im Innenministerium tätig. In der Justiz sieht es ähnlich aus. Auch hier kommen Reformen nur sehr langsam voran. Dies beeinträchtigt spürbar die weitere demokratische Transformation, die aus der staatlichen Verwaltung und den Sicherheitsdiensten heraus gebremst und untergraben wird.

Außerhalb der relativ reichen Küstengegenden blieben die meisten Forderungen nach sozialpolitischen und wirtschaftlichen Reformen und Entwicklung, die 2011 zum politischen Umbruch geführt hatten, weitgehend unerfüllt. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei rund 15 %, unter jungen Hochschulabsolventen ist sie rund doppelt so hoch. Die wirtschaftliche Entwicklung im verarmten Landesinneren stagniert. Dies birgt ein beträchtliches Konfliktpotential. Immer wieder kommt es zu Streiks und Protesten. Die als illegal bezeichnete Armuts- und Wirtschaftsmigration über das Mittelmeer in Richtung Europa hat im Spätsommer und Herbst 2017 wieder stark zugenommen.

Nicht nur gilt es, die Arbeitslosigkeit zu senken, ebenso die Staatsschulden. Auch ist die Konsolidierung des Finanzsektors und der Wirtschaft vonnöten. Noch ganz am Anfang stehen die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Demokratisierung von Justiz und Sicherheit. Im Juni 2014 nahm die „Kommission für Wahrheit und Würde“ ihre Arbeit auf. Seit 2016 führt sie öffentliche Anhörungen von Opfern sowie in Einzelfällen auch von Tätern durch. Diese stießen vor allem zu Beginn auf großes Interesse in der tunesischen Bevölkerung. Die Kommission soll die Menschenrechtsverletzungen sowohl aus der Regierungszeit Ben Alis als auch seines Vorgängers, Habib Bourguiba, aufarbeiten und so einen Beitrag zur Versöhnung leisten. Allerdings sind die Kommission und ihr gesetzlicher Rahmen

politisch umstritten. Das Amnestiegesetz, das im September 2017 verabschiedet wurde, wird als ein Versuch des Präsidenten gewertet, die Wahrheitskommission zumindest teilweise zu entmachten.

Am 7. Februar 2014 wurde die neue Verfassung verabschiedet, auf die sich am 27. Januar eine Mehrheit von 200 Abgeordneten (von insgesamt 216) aus fast allen Parteien geeinigt hatte. Sie garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Gleichstellung von Mann und Frau und ist zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung „**einzigartig in der arabischen Welt**“. Ein neu zu schaffender Verfassungsgerichtshof soll über die Rechtmäßigkeit zukünftiger Gesetzesreformen wachen. Damit soll die Gewaltenteilung hergestellt und geschützt werden.

Einer der größten Streitpunkte war bis zum Schluss die Rolle der Religion im neuen Tunesien. Während die Präambel und Artikel 1 der Verfassung zwar den Islam erwähnen, ohne auf seine Bedeutung für den Staat einzugehen, wird der Text an einigen Stellen konkreter: Artikel 6 garantiert Glaubens- und Gewissensfreiheit und sogar – undenkbar in anderen arabischen Ländern – das Recht auf gar keinen **Glauben, um jedoch einen Halbsatz später festzulegen, der Staat beschütze „das Heilige“**. Der Islam ist Staatsreligion, aber die Scharia weiterhin nicht Rechtsquelle.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in der Verfassung ein wichtiges Thema. Frauenförderung ist seit Mitte der 1950er Jahre ein Bestandteil der tunesischen Politik. Bereits 1956, nach der Unabhängigkeit, wurden in Tunesien Frauen weitgehend gleichgestellt, sie konnten wählen gehen und die Scheidung einreichen. Doch das islamische Erbrecht, nach dem Söhnen höhere Anteile als Töchtern zustehen, wurde beibehalten. Die neuen Artikel 20 und 45 stellen Männer und Frauen nicht nur vollkommen gleich, womit die Ungleichheit von Söhnen und Töchtern des Erbrechts anzufechten wäre, sondern fordern, eine bestimmte Zahl der Sitze in Stadt- und Landräten an Frauen zu vergeben.

Tunesien wurde 2015 auf der Freedom Map der Organisation Freedom House 2015 als **erstes arabisches Land mit dem Status „frei“ bewertet**. 2017 erhielt es die Bestnote 1 bei der Bewertung der politischen Rechte.

2012/13 kam es zu Übergriffen auf Abgeordnete und Politiker, die nicht der Ennahda-Partei angehörten. Die Ermordung des linken Oppositionspolitikers Chokri Belaid am 6. Februar 2013, eines prominenten Kritikers der Ennahda-Partei, und Mohamed Brahmi am 15. Juli 2013 führten zu Massendemonstrationen gegen die Regierungspartei. Diese Unruhen wuchsen sich zu einer Krise aus, die dazu führte, **dass sich das „Tunesische Quartett“** gründete, um Vereinbarungen der unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen auszuhandeln

[bestehend aus:

- dem tunesischen Gewerkschaftsverband (UGTT),
- dem Arbeitgeberverband (UTICA),
- der Menschenrechtsliga (LTDH)
- und der Anwaltskammer].

2016 wurde dieses Tunesische Quartett für seine Bemühungen um die Demokratisierung und den nationalen Dialog nach der Revolution mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die Aufklärung der beiden politischen Morde, die am Ursprung der Krise standen, lässt allerdings weiterhin auf sich warten.

Menschenrechtssituation

In Tunesien kommt es regelmäßig zu Folter durch staatliche Behörden. Laut einem Bericht von AI (Amnesty International) aus dem Jahr 2017 kommt es landesweit zu Folter, willkürlichen Verhaftungen,

Hausdurchsuchungen, Razzien, Reiseverboten. Verhaftungen erfolgen demnach wegen auffälligen Aussehens, religiöser Äußerungen oder bereits verbüßter Delikte. Al bemängelt die Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen, die die Kultur der Gewalt fördere. Im Jahr 2016 wurden Gesetze verabschiedet, die vor Menschenrechtsverletzungen schützen sollen. Doch 2015 wurde ein Anti-Terrorgesetz verabschiedet, das nicht eingeschränkt wurde, und das die Behörden mit weitreichenden Befugnissen ausstattet, wobei der Begriff des Terrorismus sehr weit gefasst wurde.

Obwohl sich in der übrigen Welt eine Entwicklung in Richtung Postdemokratie feststellen lässt, geht Turki von einer Ausweitung der Demokratie in Afrika aus, weil Afrika im Gegensatz zu Asien an Europa und der Aufklärung orientiert sei. Und trotz allem Rückschlag habe der arabische Frühling viel in Bewegung gesetzt. Seitdem werden in ganz Afrika immer wieder Diktaturen durch demokratische Entwicklungen zu Fall gebracht. Leider hatte er kaum Gelegenheit, seine These auszubauen, weil seine Stimme, als die des einzigen Nichtschwarzafrikaners auf dem Podium, nicht hinreichende Berücksichtigung fand.

Emanuel Matondo aus Angola (Südl. Afrika) schilderte im Gegenzug dazu eindrücklich seine Erfahrungen mit diktatorischen, lebenseinschränkenden Verhältnissen.

Exkurs: Die Geschichte Angolas:

Angola war eine portugiesische Kolonie. Als 1974 in Portugal die Nelkenrevolution stattfand und die dortige Diktatur zum Einsturz gebracht wurde, begann die neue demokratische Regierung sofort mit der Entkolonisierung. Das löste in Angola bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen FNLA, MPLA und UNITA aus. In diese Auseinandersetzungen griffen die USA, Zaire (seit 1997 „Demokratische Republik Kongo“) und das Apartheid-Regime Südafrika auf Seiten von FNLA und UNITA ein sowie die Sowjetunion und Kuba auf Seiten der MPLA. Diese errang die Oberhand und rief 1975 in Luanda die Unabhängigkeit aus, gleichzeitig mit FNLA und UNITA in Huambo.

Obwohl die „Gegenregierung“ von FNLA und UNITA sich bald auflöste, setzte nach der Unabhängigkeitserklärung ein Bürgerkrieg zwischen den drei Bewegungen ein, aus dem die FNLA nach kurzer Zeit ausschied, während ihn die UNITA bis zum Tode ihres Anführers Jonas Savimbi im Jahre 2002 weiterführte. Die MPLA errichtete ein politisch-ökonomisches Regime, das dem der damals real existierenden Ostblockstaaten nachgebildet wurde. Dieses Regime wurde 1990/91 während einer Unterbrechung des Bürgerkriegs durch die Zulassung eines Mehrparteiensystems erweitert. 1992 fanden Wahlen statt, an denen auch die UNITA teilnahm. Die MPLA erreichte dabei im Parlament die absolute Mehrheit, während ihr Präsidentschaftskandidat, José Eduardo dos Santos, lediglich die relative Mehrheit erhielt und nach der Verfassung ein zweiter Wahlgang (gegen Jonas Savimbi) notwendig gewesen wäre.

Daraus ergab sich eine brisante Situation, die bis 2002 anhielt. Einerseits nahmen Vertreter der UNITA und der FNLA am Parlament und sogar der Regierung teil, andererseits nahm der militärische Arm der UNITA den bewaffneten Kampf nach der Wahl wieder auf. Die politische Herrschaftsstruktur entwickelte sich zu einem autoritären Präsidialsystem.

Nachdem Jonas Savimbi 2002 im Osten des Landes von der Armee entdeckt und erschossen wurde, stellte die UNITA den Kampf ein. Sie löste ihren militärischen Arm auf, der zu einem Teil in die angolische Armee übernommen wurde. Unter ihrem neuen Vorsitzenden, Isaias Samakuva, übernahm sie die Rolle einer Oppositionspartei.

Bei den Parlamentswahlen 2008 gewann die MPLA knapp über 80 % der Stimmen, während UNITA sowie FNLA kaum noch zahlenmäßiges Gewicht erhielten. Eine im Januar 2010 verabschiedete neue Verfassung stärkt die Stellung der MPLA und besonders die des Staatspräsidenten noch weiter in Richtung Diktatur. José Eduardo dos Santo ist zugleich Präsident, Oberkommandierender der Streitkräfte und Regierungschef.

Das Rechtssystem ist weder unabhängig, noch verlässlich, häufig fehlt es schlicht an Gerichten. Obwohl die Verfassung von 2010 ein Verfassungsgericht vorsieht, wurde es niemals eingerichtet. Die Verfassung verschärfte die autoritären Züge des politischen Systems noch. So wurden Präsidentschaftswahlen abgeschafft und dafür bestimmt, dass der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende derjenigen Partei, die bei den Parlamentswahlen die meisten Stimmen erhält, zum Staatspräsidenten bzw. Vizepräsidenten ernannt werden. Der Staatspräsident kontrolliert über verschiedene Mechanismen sämtliche Staatsorgane einschließlich der Gerichte, Gewaltenteilung ist damit nicht-existent.

Angola besitzt reiche Erdöl-Vorkommen (nach Nigeria Afrikas zweitgrößter Erdölproduzent und -exporteur) sowie Diamanten und Mineralien, die in Minen im Nordosten des Landes gefördert werden. Die Bodenschätze machen das Land zu einem der reichsten Länder Afrikas. Erdölförderung und Mineralienabbau bescheren dem Regime Kapital und Devisen, doch statt sie durch den Bau von Raffinerien und der Verarbeitung der abgebauten Produkte profitabel zu verwerten, werden sie billig verkauft, um dann als verarbeitete Produkte teuer zurückgekauft zu werden. Die Erlöse aus der Erdölförderung machen nach Angaben der OPEC etwa 95 % der Exporte und 45 % des BIP Angolas aus. Wichtigster Abnehmer von Erdöl ist die Volksrepublik China. Der Verfall des Ölpreises drückte empfindlich auf den Staatshaushalt des Landes. Seit einigen Jahren bemüht es sich, seine Wirtschaft zu diversifizieren – weg allein von der Erdölausfuhr. Dafür ist vor Allem der Ausbau von Infrastruktur notwendig. Die allgegenwärtige Korruption sorgt dafür, dass in den ersten fünf Jahren des 21. Jahrhunderts schätzungsweise Öleinnahmen im Wert von 4 Mrd. US-\$, 10 % des damaligen BIP, der Wirtschaft entzogen wurden.

Etwa 85 % der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Das wichtigste Agrarprodukt für den Export ist Kaffee, gefolgt von Zuckerrohr. Die Landwirtschaft leidet noch schwer unter den Folgen des Bürgerkrieges: wegen der Gefahr durch Landminen weigern sich viele Bauern, ihre Felder zu bewirtschaften. So reicht die Agrarwirtschaft nicht aus, um den Eigenbedarf zu decken. Die Industrie des Landes ist, verstärkt durch den Bürgerkrieg, sehr unterentwickelt. Industrieprodukte sind Dünger, Zellulose, Klebstoffe, Glas und Stahl. Angola investierte in seine Streitkräfte 2017 knapp 2,2 % seiner Wirtschaftsleistung (3 Mrd. US-\$) Die Ausgaben für Verteidigung gehören damit zu den höchsten in ganz Afrika.

Besonders beklagte Matondo die Auswirkungen der Militärpflicht, der sich niemand auf legale Weise entziehen könne. Durch lebenslang verpflichtende Militärdienste, mache sich das Regime dos Santos' die Bevölkerung zu lenkbaren Untertanen. Besonders bedürfe es transparenter Strukturen sowie einer politischen Öffnung ohne Ausgrenzung. Bei den letzten Wahlen 2017 erhielt die Regierungspartei MPLA angeblich 64 %, allerdings wurden von 18 Provinzen nur drei ausgezählt, sodass das angebliche Ergebnis nicht nachvollziehbar ist.

Trotzdem werde versucht, soziale und makroökologische Reformen umzusetzen. Für unbedingt notwendig hält Matondo eine unabhängige Justiz und bei allen Verurteilungen von Korruption die Rückholung der versickerten Gelder. Die Rückzahlung der Gelder sei für Afrika wichtiger als das Absitzen der Strafe.

In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung – bisher beläuft sich Afrikas Anteil am Weltmarkt auf 2 % beklagte er, Angola trage keinerlei Sorge für eine transformative Industrie, eine Diversifizierung der Wirtschaft finde nicht statt. Es bedürfe eines Verarbeitungsprozesses der abgebauten Produkte (u.a. Erdöl, Kupfer, Gold), statt sie zu Dumpingpreisen dem Markt zur Verfügung zu stellen, um sie verarbeitet dann teuer zurückzukaufen. Als größtes Problem benannte er die Rüstungsimporte aus Europa. Sie seien ein wesentlicher Faktor für die Migration nach Europa, indem sie den Diktatoren unbegrenzte Macht verliehen und Kriege begünstigten.

Dazu meinte Turki, um die Migration einzudämmen, bedürfe es in erster Linie Sicherheit und Arbeit in den Herkunftsländern.

Als nächstes bezog Freweyni Habtemariam aus Eritrea (Ostafrika) zu Demokratie und Freiheit Stellung.

Exkurs: Die Geschichte Eritreas

Der ostafrikanische Staat erlangte erst 1993 seine Unabhängigkeit. Eritrea wurde sich 1890 von Italien angeeignet, das die Herrschaft über das Gebiet behielt, bis es im 2. Weltkrieg von den Briten vertrieben wurde. Die Briten übergaben Eritrea 1952 als Teil eines föderativen Staates an Äthiopien. Die zehn Jahre spätere Annexion Eritreas durch Äthiopien als Provinz löste einen 30 Jahre andauernden Unabhängigkeitskampf aus, der durch einen Sieg der eritreischen Rebellen über äthiopische Kräfte im Jahre 1991 endete. Die Unabhängigkeit wurde mit großer Mehrheit in einer durch die UN überwachten Volksabstimmung 1993 bestätigt.

Seit der Unabhängigkeit hat Eritrea eine der Schrift nach republikanische Verfassung, wird jedoch politisch von der autoritären Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit dominiert, die aus der Unabhängigkeitsbewegung der Eritreischen Volksbefreiungsfront hervorgegangen ist. Präsident ist seither Isayas Afewerki. Auch die Streitkräfte gingen aus der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) hervor, die für die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien kämpfte. Es herrscht Militärpflicht. Sich dieser zu entziehen bedeutet, in die Illegalität zu gehen.

Die Beziehungen Eritreas zum Ausland sind gespannt. U.a. bedingt durch den 30jährigen Unabhängigkeitskrieg gegen Äthiopien wird die Eigenständigkeit Eritreas stark betont, was als Isolationismus empfunden wird. Grenzkonflikte stehen immer wieder auf der Tagesordnung, insbesondere von 1998 -2000 flammte erneut der Krieg gegen Äthiopien auf. Seitdem war bis 2008 die UN-Beobachtermission UNMEE in der Grenzregion stationiert, um den rechtmäßigen Grenzverlauf zu markieren. Der 2002 empfohlene Grenzverlauf wurde von beiden Seiten nicht voll respektiert, dennoch unterzeichneten beide Staaten das Abkommen.

Bis 2018 konnte daher die Umsetzung der Grenzdemarkierung nicht wie vereinbart vollzogen werden. Am 5. Juni 2018 erklärte die äthiopische Regierung ihre Bereitschaft, die Regelungen des Grenzabkommens von 2002 zu akzeptieren. Am 8. Juli 2018 erklärte Äthiopiens Regierungschef Abiy Ahmed, dass Äthiopien und Eritrea wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen. Zugleich wurde ein Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern geschlossen. Seit September sind die Grenzen wieder geöffnet. Der Handel blüht auf, es gibt Hoffnung auf ein Ende der massenhaften Abwanderung. Äthiopien gewann damit den Zugang zum Roten Meer zurück, der ihm gefehlt hatte. Zuvor mussten Überseeimporte gegen hohe Gebühren über Djibuti herangeschafft werden. Jetzt hat Eritrea seine Häfen wieder für äthiopische Schiffe geöffnet. Das diktatorische Regime in Eritrea schlägt u.a. mit einer undemokratischen und die Menschenrechte verletzenden Militärpflicht zahlreiche Eritreer in die Flucht.

Die spannende Frage ist, ob die äthiopischen Reformen auch etwas in Eritrea bewegen, oder ob die Menschenrechtssituation sich dort sogar noch verschärft.

Ein UNHCR-Bericht aus Juni 2015 konstatierte „systematische, weit verbreitete und schwere Menschenrechtsverletzungen“. Eritrea gilt als eines der repressivsten und isoliertesten Länder der Welt.

Etwa 75 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Trotzdem müssen Nahrungsmittel importiert werden, auch wegen des Militärdienstes, der zu viele Arbeitskräfte der Landwirtschaft bindet. Durch Dürren und wirtschaftspolitische Inkompetenz der autoritären Regierung kam es zu schweren Hungersnöten. Die Hauptanbauggebiete sind das westliche Tiefland und das Hochland. Angebaut werden vor allem Getreide, Baumwolle, Mais, diverse Gemüsesorten sowie eine Vielzahl an verschiedenen Obstsorten.

Eritrea verfügt über Bodenschätze wie Gold, Silber, Kupfer, Schwefel, Nickel, Pottasche, Marmor, Zink und Eisen. Salz wird in großem Umfang produziert. Diese Rohstoffe fördert Eritrea schon seit längerer Zeit für den weltweiten Export.

Habtemariam sprach zunächst über die Situation der Bevölkerung unter dem seit Jahrzehnten herrschenden Diktator Isayas Afewerki. Seit 1970 ist er das Oberhaupt seiner Partei, der Volksfront PDFJ, die von ihm mit eiserner Hand geführt wird, während er keine anderen Parteien hochkommen lässt. Seit 1995 militarisiert er Eritrea gnadenlos, mit einer Zwangsverpflichtung, der keiner über die gesamte Lebensspanne hinweg wieder entkommen kann.

Durch die mit Äthiopien vereinbarte Grenzöffnung stieg die Flucht rasant an. Der Grund liege in den zuvor genannten Verhältnissen, Fluchtgründe seien allein durch eine Vertreibung Afewerkis zu entkräften.

Die Chance der Begegnung mit den Nachbarn allein schaffe keinerlei Entspannung in dem Land. Freweyni Habtemariam sprach eine Sorge aus, die hier nirgends zu vernehmen ist: sogar in Äthiopien ginge die Angst um, Afewerki könne versuchen, ihr Land zu besetzen. Allerdings sehe auch Afewerki ein, dass ein Kriegszustand alles zerstören würde. Ohne eine funktionierende Wirtschaft und Infrastruktur, gebe es keinerlei Zufriedenheit in der Bevölkerung. Habtemariam wirft die Frage auf, ob ihm nach den Jahren des Kriegszustandes tatsächlich verschlossen sein kann, dass es auf Dauer unmöglich ist, gegen eine unzufriedene Bevölkerung zu regieren?

Habtemariam führte fort, aufgrund der Menschenrechtssituation beherrsche Angst das Leben in Eritrea. Menschen werden nicht nur ohne Verfahren in Gefängnisse geworfen, sondern auch gefoltert, teilweise verschwinden sie spurlos. Es gibt keine freie Presse und keine Meinungsfreiheit. Solange sich an diesen Verhältnissen nichts ändert, werden Flucht und Migration fortbestehen. Individuelle Freiheit, die seit Abiys Machtantritt in Äthiopien durchgesetzt wird, empfinden auch die Eritreer als hohes Gut, das sie anstreben. Die Bevölkerung sucht Basisrechte und Landrechte.

Zum Schluss merkte Habtemariam kritisch an, der Nationalismus, der Afrika immer wieder in Kriege verstrickt, sei ein Erbe aus Europa. Nun müsse wahre Souveränität gewonnen werden, um sich machtvoll und selbstbestimmt zu fühlen, als Voraussetzung für eine Öffnung der Grenzen.

Chibueze Udeani aus Nigeria (Westafrika) berichtete über die aktuelle Lage in Nigeria.

Exkurs: Die Geschichte Nigerias

Nigeria ist ein Bundesstaat in Westafrika, der an den Atlantik und die Länder Benin, Niger, Tschad und Kamerun grenzt. Mit über 190 Mio. Einwohnern ist er der bevölkerungsstärkste Staat Afrikas. Der

heutige Staat basiert auf der Grenzziehung der Briten bei ihrer Kolonisation Nigerias. 1960 wurde Nigeria unabhängig und wechselte nach einem Bürgerkrieg von 1967 bis 1970 jahrzehntelang zwischen demokratisch gewählten Regierungen und Militärregierungen. Seit 1999 bemüht sich Nigeria um Demokratisierung, wobei die Wahlen erst ab den 2010er Jahren als halbwegs fair einzustufen sind.

Nigeria ist ein Land mit großer kultureller Vielfalt. Englisch ist Amtssprache und weit verbreitet ist die lingua franca. Ethnische Konflikte, die auch mit Gewalt ausgetragen werden, herrschen zwischen dem muslimischen Norden und dem mehrheitlich christlich-animistischen Süden. Die Wirtschaft des Landes wächst rasant. Seit 2014 ist Nigeria vor Südafrika die größte Volkswirtschaft Afrikas. Von der Weltbank wird Nigeria als Schwellenstaat eingestuft. In Nigeria gibt es weitestgehend freie Wahlen, jedoch ist die Rechtsstaatlichkeit nur unzureichend gewährleistet. Die weitverbreitete Korruption untergräbt zudem das Funktionieren der demokratischen Institutionen.

Gemäß der nach amerikanischem Vorbild entworfenen Verfassung von 1989, die jedoch erst am 17. Mai 1999 in Kraft trat, verfügt Nigeria über ein präsidentiales Regierungssystem mit einem Senat (109 Abgeordnete) und einem Repräsentantenhaus (360 Abgeordnete). Darüber hinaus gewährleistet die Verfassung ein Mehrparteiensystem und alle vier Jahre stattfindende Wahlen. Der Präsident verfügt über weitreichende Vollmachten und ist sowohl Staatsoberhaupt als auch Regierungschef und Oberbefehlshaber der Armee. Der Vizepräsident tritt im Falle des Todes oder des Rücktritts des Präsidenten ohne Wahl an dessen Stelle.

Die Präsidentschaftswahl in Nigeria 2015 gewann der Kandidat der Opposition, Muhammadu Buhari. Der Umstand, einen Amtsinhaber in demokratischer Weise aus dem Amt zu wählen, wurde als politischer Fortschritt angesehen. Seit der Aufhebung des Parteienverbots im Jahr 1998 hat sich eine große Vielfalt an Parteien entwickelt. Wie in vielen föderalen Staaten gibt es sowohl im zivilrechtlichen als auch im strafrechtlichen Bereich ein komplexes, von Pluralismus geprägtes Rechtssystem. Ergänzend zum Bundesrecht gibt es für jeden der 36 Bundesstaaten eigene Rechtsgrundlagen. Neben dem Angelsächsischen Recht aus dem Common Law existiert muslimisches Recht und für den zivilrechtlichen Bereich bestehen oft zusätzlich ethnisch definierte gewohnheitsrechtliche Grundlagen. Recht wird gesprochen nach Wohnort, nach ethnischer Zuschreibung und nach Religionszugehörigkeit. Für das Strafrecht sieht die Verfassung seit 1999 vor, dass die Gesetze von einer gesetzgebenden Versammlung verabschiedet und in englischer Sprache schriftlich niedergelegt sein müssen. Die muslimischen Strafgesetzbücher des Nordens sind nicht in jedem Bundesstaat dieselben und sie unterscheiden hinsichtlich Strafmaß und Vergehen nach Religionszugehörigkeit (beispielsweise bei Alkoholkonsum und -vertrieb).

Auf internationaler Ebene ist Nigeria an internationale Menschenrechtsstandards gebunden und war Unterzeichner der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam.

Die Situation der Häftlinge in den Gefängnissen ist nach Angaben von AI aber keineswegs zufriedenstellend. Unmenschliche oder erniedrigende Behandlung auf Polizeiwachen und in Gefängnissen gehören demnach zur Tagesordnung. Die Gefängnisse sind nach wie vor überbelegt. Die Anzahl der Hinrichtungen in Nigeria ist nach wie vor hoch, speziell im Norden des Landes. Im muslimisch geprägten Norden Nigerias wird die Todesstrafe auch bei Minderjährigen angewandt, da dort seit der Jahrtausendwende das islamische Recht, die Scharia, gilt.

Das UN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe hat Nigeria unterzeichnet und ratifiziert.

Das Leben zahlreicher Kinder in Nigeria ist gezeichnet von Armut, Krankheit und Entbehrungen. Viele sind gezwungen zu arbeiten. Etwa 13 % aller Kinder unter 14 Jahren verrichten Erwerbsarbeit. Viele Kinder des Landes sind AIDS-Waisen.

Die Lage der Homosexuellen in Nigeria ist besonders schwierig: Das örtliche Scharia-Strafrecht sieht schon jetzt in den 12 nördlichen Bundesstaaten Nigerias für homosexuelle Menschen die Todesstrafe durch Steinigung vor. In anderen Teilen muss man lebens-lang ins Gefängnis. Internationale politische Beobachter sind sich sicher, dass das gegenwärtig im Gesetzgebungsverfahren befindliche schwulenfeindliche Gesetz internationale Verpflichtungen verletzt und eingegangene Verträge Nigerias gegenüber den Vereinten Nationen, dem Common-wealth sowie der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker missachtet. Betätigungen in nichtstaatlichen oder zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für schwule Gleichberechtigung einsetzen, sollen automatisch mit fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Die LGBT- und Menschenrechtskampagne bezeichnete das geplante Gesetz als das weltweit repressivste Gesetz. Es verschärfe das aus dem 19. Jahrhundert stammende Strafgesetz, Kapitel 42, Paragraph 214, welches in der britischen Kolonialzeit eingeführt wurde. Auch verstoße der Gesetzesentwurf gegen die nigerianische Verfassung.

Die Sicherheitslage in Nigeria gilt trotz der politischen Stabilität als nicht ausreichend. Vor allem Boko Haram, seit Mitte 2010 für zahlreiche schwere Anschläge verantwortlich, stellt das größte Sicherheitsproblem dar. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR zählt etwa 1,8 Mio. Binnenvertriebene und ca. 200.000 nigerianische Flüchtlinge in den Nachbarländern, die vor den Kämpfen im Nordosten Nigerias geflohen sind. Die von Boko Haram betroffenen Staaten haben sich im Februar 2015 auf die Aufstellung einer 8.700 Mann starken Multinational Joint Task Force zur gemeinsamen Bekämpfung von Boko Haram verständigt. Bis Oktober 2015 konnte Boko Haram aus allen von ihr kontrollierten Städten und aus fast allen Landkreisen im Nordosten Nigerias vertrieben werden, ohne dass es den nigerianischen Sicherheitsbehörden bisher gelungen ist, diese Gebiete vollständig abzusichern und vor weiteren Angriffen der Islamisten zu schützen. Mit Selbstmordanschlägen in den Städten und Angriffen auf einzelne Orte, vor allem in ländlichen Regionen, bleiben die menschenverachtenden Terroristen weiterhin aktiv.

Im Nigerdelta kam es zu heftigen Angriffen auf die Ölinfrastruktur seitens militanter Gruppen. Ein von der nigerianischen Regierung aufgelegtes Amnestie-Programm wurde daraufhin bis Ende 2017 verlängert.

Nachdem sie zuerst eher auf militärische Lösungen zu setzen schien, zeigt sich die Regierung mittlerweile bereit, mit Interessengruppen aus dem Nigerdelta zu verhandeln. Im August 2016 konnte eine Waffenruhe vereinbart werden, die weiterhin – mit einigen wenigen Unterbrechungen – anhält. Die Lage bleibt allerdings fragil.

Nigeria verfügt über eine Berufsarmee mit 77.100 Mann (Heer 80,4 %; Marine 7,3 %; Luftwaffe 12,3 %). Nigeria gab 2017 knapp 0,4 % seiner Wirtschaftsleistung (BIP) bzw. 1,6 Mrd. US-\$ für seine Streitkräfte aus.

Der Staatshaushalt umfasste 2016 Ausgaben von umgerechnet 21,2 Mrd. US-\$, dem standen Einnahmen von umgerechnet 11,4 Mrd. US-\$ gegenüber. Daraus ergibt sich ein Haushaltsdefizit in Höhe von 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Staatsverschuldung betrug 2016 75,5 Mrd. US-\$ oder 18,6 % des BIP. Rund 70 % der Steuereinnahmen kommen aus dem Ölsektor. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zahlt in Nigeria Steuern. Zudem verliert die Gesellschaft jedes Jahr Milliarden Einnahmen durch Korruption. 2009 betrug der Anteil der Staatsausgaben (in % des BIP) folgender Bereiche:

Gesundheit: 5,8 %

Militär: 1,5 %

Bildung: (Zahlen von 1991) 0,9 %

Aufgrund der grassierenden Korruption in Nigeria geht der wirtschaftliche Aufschwung an der einheimischen Bevölkerung weitgehend vorbei. Nigeria liegt im Korruptionswahrnehmungsindex der Organisation Transparency International von 2010 auf Platz 134 von 178 Ländern. Um gegen dieses Problem vorzugehen, wurde 2002 die Regierungsbehörde Economic and Financial Crimes Commission (Kommission für Wirtschafts- und Finanzverbrechen) gegründet, mit der Aufgabe, Formen der Wirtschaftskriminalität wie Vorschussbetrug und Geldwäsche zu bekämpfen und zu ahnden. Dennoch sind Betrug und Schmiergeldzahlungen bis heute weit verbreitet. Die politische Führung bereichert sich seit Jahrzehnten durch Korruption, während die Bevölkerungsmehrheit verarmt: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in extremer Armut, muss mit weniger als einem US-\$/Tag auskommen. Wegen des hohen Bevölkerungswachstums von 2,3 % bis 3 % jährlich dürfte sich dieser Trend weiter verschärfen.

Udeani äußerte, auch wenn Marie Roger Biloa ihn für einen Pessimisten bezüglich der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten Afrikas halte, schätze er sich selbst als optimistischen Realisten ein. Afrika sei keine Insel, sondern in die globale Entwicklung eingewoben, die jedoch sei zunehmend neoliberal und autoritär. Im Übrigen gebe es sehr unterschiedliche Demokratie-Modelle, eine klar nachvollziehbare Definition stehe aus.

Außerdem seien sämtliche Unabhängigkeitskämpfer Afrikas, sobald sie die Macht errungen hatten, zu Diktatoren geworden. In Nigeria gebe es keinerlei Rechtssicherheit, die aber die unbedingte Voraussetzung für Demokratie sei.

Es sei ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Demokratie wesentlich mehr als Wahlrecht sei. Auch Korruption zerstöre jede Demokratie.

Ebenso sei Demokratie nicht von Gerechtigkeit zu trennen. Steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut gefährde jede Demokratie.

Schließlich habe ganz Afrika eine hochentwickelte Landwirtschaft gehabt, die Ernährungssouveränität geboten habe, doch der Westen habe sie für rückschrittlich erklärt, und nun sei Afrika vom Westen abhängig geworden.

Letztendlich sei der Kapitalismus unvereinbar mit der afrikanischen Lebensweise...

Udeani sprach sich wie Matondo dafür aus, die wirtschaftliche Ausrichtung zu verändern, keine Rohstoffe auszuführen, sondern sie selbst zu verarbeiten. Nur so könne die Marginalisierung Afrikas bekämpft werden.

Die Afrikaner müssten eigene Demokratiemodelle erarbeiten, um sie dann revolutionär umzusetzen.

Bischof Medhin sah die Lage Äthiopiens sehr zuversichtlich und hoffnungsfroh, seinem Land stehe nunmehr die Zukunft offen.

Exkurs: Die Geschichte Äthiopiens

Äthiopien ist ein Binnenstaat im Nordosten Afrikas, der bevölkerungsreichste Binnenstaat der Welt sowie ein Vielvölkerstaat. Ein großes Entwicklungshindernis ist das sehr hohe Bevölkerungswachstum (2,5 – 3,0 %/Jahr) in einem traditionell ländlich geprägten Umfeld, in dem es oft an elementarer Infrastruktur mangelt. Die Hauptstadt Addis Abeba zählt hingegen zu den größten Metropolen Afrikas. Äthiopien ist eines der Herkunftsländer des modernen Menschen sowie des Kaffees und wurde in seiner gesamten bekannten Geschichte nur einmal, während des Zweiten Weltkrieges, durch das Königreich Italien besetzt. Das Land erlebte also eine lange Zeitspanne der weitgehend ungestörten Kultur- und Zivilisationsentwicklung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg modernisierte Kaiser Haile Selassie das Land teilweise. 1974 endete die mehr als 800-jährige Monarchie mit einem Putsch. 1975 folgte eine sozialistische Einparteiendiktatur, die das Land mit sowjetischer Hilfe zur sozialistischen Volksrepublik umbaute. Politische Gegner und religiöse Gemeinschaften wurden verfolgt. 1991 gewann der Rebellenallianz EPRDF durch einen Bürgerkrieg an Macht regierte unter einem föderalen System weitgehend autoritär. 2005 fanden erstmals Parlamentswahlen statt, aus denen die EPRDF als Sieger hervorging. 2010 erhielt sie 99,6 %. Bei den letzten Parlamentswahlen 2015 verloren die Opposition und die unabhängigen Kandidaten ihre letzten beiden Sitze; das Regierungsbündnis EPRDF erhielt 100 % der Sitze. 2014 lag das Land im Demokratieindex auf Platz 124 von 167.

Äthiopien konnte 2017 eine hohe Wirtschaftswachstumsrate von 8,3 % aufweisen und stand damit weltweit auf Platz 1.

Vom 15.09.2012 bis zum 15.02.2018 war Hailemariam Desalegn Ministerpräsident und Vorsitzender der regierenden Parteienkoalition Revolutionäre Demokratische Front der Äthiopischen Völker (EPDRF). Nach jahrelangen landesweiten Protesten gegen die äthiopische Regierung, bei denen mehrere Hundert Menschen starben, erklärte Hailemariam Desalegn am 15. Februar 2018 seinen Rücktritt als Ministerpräsident und EPDRF-Vorsitzender.

Ende März 2018 wurde Forschungs- und Technologieminister Abiy Ahmed Ali zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Seit April 2018 krepelt Abiy Ahmed Äthiopien in einem atemberaubenden Tempo um; er ist dabei, die autoritäre Politik, die seit Jahrzehnten dort herrschte, zu reformieren. Zunächst ließ er Tausende politische Gefangene frei, unterstützte Oppositionelle, die Tage zuvor noch in der Todeszelle saßen. Er handelte mit dem Erzfeind Eritrea, seinem diktatorischen Präsidenten Isayas Afewerki nicht allein einen Friedens- sondern auch einen Freundschaftsvertrag aus. Er rief die oppositionellen Medien im Ausland zur Rückkehr auf. Und das nicht, um sie dann einzusperren.

In Äthiopien darf wieder gesagt werden, was gedacht wird, und der Präsident hört interessiert zu. Er tourt durch die Regionen und spricht mit denen, die in den vergangenen Jahren zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen sind, weil sie die menschenrechtsverletzenden Zustände des Regimes nicht akzeptiert haben. Über Jahrzehnte hatte die kleine Ethnie der Tigray die Mehrheit der Oromo und Amharen beherrscht. Abiy ist nun der erste Premier der Oromo, der größten Ethnie Äthiopiens. „Jetzt sind wir dran“, lautet meist die Devise, wenn in Afrika eine Ethnie die andere an der Macht ablöst. Das Einzige was sich dabei ändert, sind die Geldflüsse der Korruption, hin zu einer anderen Elite. Doch Abiy scheint einen äthiopischen Frühling auszulösen. Es besteht sogar die Hoffnung, dieser könne sich, anders als die gescheiterten Umbrüche in Nordafrika, in einen Sommer entwickeln.

Jedoch ist Abiy Teil eines Regimes, einer Einheitspartei, die nicht demokratisch an die Macht gekommen ist, deren oberstes Prinzip der Selbsterhalt ist, deren Verbrechen womöglich ungesühnt bleiben werden. Andererseits hat der 41-Jährige klargemacht, das System von innen heraus neu zu definieren, dabei auch die Macht des Militärs beschneiden, das sich mit lukrativen Firmen bereichert hat. Nimmt er diesen Kampf wirklich auf, wird er sehr hart. Doch die Unterstützung der Bevölkerung ist ihm sicher. Zu hoffen bleibt, dass er auch die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft findet.

Seinen Schwerpunkt legt er auf die Umsetzung individueller Freiheiten. Noch positiver sähe alles aus, gäbe es endlich auch auf eritreischer Seite einen Demokratisierungsprozess. So besteht eine latente Angst, die Grenzöffnung könne doch nicht von Dauer sein, Isayas Afewerki könne zu dem Schluss gelangen, die Flucht so vieler Eritreer verhindern zu müssen, um die Wirtschaft aufrecht zu halten. 10.000 Eritreer zögen es bisher vor, zur Sicherheit in Äthiopien zu bleiben, um abzuwarten.

Für eine lebendige demokratische Entwicklung sei eine gute wirtschaftliche und politische Entwicklung in der ganzen Region entscheidend. Derzeit werde in Äthiopien besonders auf eine starke Berufs- und Hochschulbildung der überwiegend jungen Bevölkerung gesetzt sowie auf die gezielte Förderung von Kleingewerbetreibenden und Start-Ups. Konstante Wachstumsraten von über 5 % bei einer im Verhältnis zu anderen afrikanischen Staaten relativ geringen Abhängigkeit von Rohstoffexporten unterstützen diese Strategie, allerdings bliebe noch sehr viel zu tun, um der heranwachsenden Generation flächendeckend gute Zukunftsaussichten bieten zu können.

Auch die Ernennung zweier Frauen, einerseits zur Staatspräsidentin, andererseits zur Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, wie auch die paritätische Besetzung des Kabinetts mit 10 Ministerinnen und 10 Ministern zeige, wie sehr in Äthiopien die Geschlechtergerechtigkeit angegangen wird. Ebenso bemühe er sich, die Konflikte mit den übrigen Nachbarländern wie Djibouti und Somalia beizulegen.

Allerdings verschwieg Medhin auch die Risiken nicht, die durch eine unglaubliche Euphorie der Bevölkerung leicht verdeckt werden. Die neu gewonnenen politischen Freiheiten bieten derzeit unterdrückten Separatisten, aus dem Exil zurückkehrenden Exilpolitikern, die eben auch Rache und eigene Macht suchen, genauso wie denen, die durch die aktuellen Veränderungen im Land ihre Privilegien bedroht sehen, Raum und Gelegenheiten, den Prozess zu untergraben. An verschiedenen Stellen des riesigen Landes brechen immer wieder Konflikte bis zu Gefechten aus, und stellen die Regierung vor große Herausforderungen. An vielen Orten versuchen die auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene organisierten interreligiösen Komitees gemeinsam die Situation zu befrieden.

Für die Fortführung des Wandels werden zwei Punkte entscheidend sein: Einerseits, dass das Ausland den Prozess solidarisch und unterstützend begleitet, andererseits, dass sich die begonnene politische Öffnung auch in verbesserten Lebenssituationen der Menschen im Land niederschlägt, gerade der Armen und Marginalisierten.

Wichtig seien weitere Investitionen in berufliche Ausbildung, die ökologische Sanierung des Landes und in den Kampf gegen die drastischen Folgen des Klimawandels insbesondere für die bäuerliche Landbevölkerung.

Wichtig sei für politisch Handelnde, direktere Zugänge zu den Menschen, besonders den Armen und Marginalisierten zu finden. Denn die Benachteiligten sind die, die von Unternehmensinvestitionen kaum profitieren.

Doch trotz allem ist Medhin sehr zuversichtlich, dass der Demokratisierungsprozeß erfolgreich fortgesetzt wird. Im Gegensatz zu Habtemariam geht er nicht davon aus, dass Eritrea den Friedensprozess gewaltsam beenden könnte, solange eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreicht wird, um Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Mohamed Turki

Afrikas Entwicklung und Zukunftsperspektiven



Zur Person:

Prof. Dr. Mohamed Turki (*1945 Gabès / Tunesien)
Studium der Philosophie, Romanistik und Soziologie
an der Universität Münster in Westfalen.

1980 - 2008 Lehre der Philosophie
an verschiedenen Universitäten in Deutschland
(Bremen, Frankfurt, Gießen und Kassel)

Mauretanien und Tunesien (Sfax und Tunis).

Arbeitsschwerpunkte:

Existenzphilosophie, speziell Sartres Existentialismus,
Blochs Utopie und arabisch- islamische Philosophie.

Zahlreiche Veröffentlichungen u.a.:

Freiheit und Befreiung

Zur Dialektik philosophischer Praxis bei J. P. Sartre, Bochum 1986;

Glauben und Wissen in der arabisch-islamischen Philosophie

Ibn Rushd (Averroes) und der erste Versuch der Aufklärung im Islam

in: Dialektik, Nr.1 1996;

„Arabische“ Vernunft versus „westliche“ Vernunft

in: Widerspruch, Nr.40, München 2003;

Humanismus und Interkulturalität

Ansätze zu einer Neubetrachtung des Menschen

im Zeitalter der Globalisierung

Leipzig 2010;

Einführung in die arabisch-islamische Philosophie,

Freiburg /München 2015

Afrika befindet sich gegenwärtig an einem Wendepunkt im Hinblick auf seine politische und wirtschaftliche Entwicklung. Lange Zeit war der schwarze Kontinent völlig abhängig von der Ausbeutung der Rohstoffe, die vom Westen zu diktierten Preisen gekauft und verarbeitet wurden. Auch die herrschenden Politiker waren oft Marionetten im Spielball der alten Imperialmächte. Doch inzwischen hat sich die Situation verändert, wenngleich nicht grundlegend.

Der demokratische Wandel hat bereits Afrika erreicht und setzt sich inzwischen unaufhaltsam durch. Der „Arabische Frühling“, der seinen Anfang in Tunesien 2011 nahm, setzte sich in den Ländern südlich der Sahara fort. Diese erlebten eine friedliche Machtübergabe in mehreren Ländern wie Gambia, Mali, Äthiopien, Kenia, Simbabwe und in der demokratischen Republik Kongo.

Der Strukturwandel in der Wirtschaft nimmt in einigen Ländern spürbar zu und bringt den Kontinent in die Rolle eines Global Players. Immerhin verfügt Afrika neben den klassischen Rohstoffen wie Öl, Eisenerz, Kupfer und Holz über andere Ressourcen wie Gold, Diamanten und seltene Erden, die für Handys und Informationstechnik wichtig sind. Außerdem spielt die Landwirtschaft im Welthandel inzwischen eine bedeutende Rolle. Die Potentiale des afrikanischen Kontinents sind riesig, müssen aber mit Vernunft und weitem Blick im Interesse der Bevölkerung gelenkt werden.

Afrikas Zukunft hängt weitgehend von einer wirtschaftlich-ökologischen und demographischen Entwicklungsstrategie ab, die den Kontinent vor Hunger und Elend schützen soll. Es fehlen weder die Ressourcen noch die Techniken, um diese Ziele zu realisieren. Lediglich muss der gute Wille der Politiker und der Wirtschaftsmanager ins Spiel kommen, um Afrika aus der gegenwärtigen Lage herauszuholen und auf den richtigen Weg zu bringen.

Die rasante demographische Entwicklung muss eingedämmt werden, sonst steht eine Explosion der Bevölkerung bevor, die später nicht leicht zu regulieren wäre.

Der Fluss der Migration gen Norden in Richtung Europas ist bereits ein Symptom für die kommende Krise, die sich in den Ländern südlich der Sahara bildet. Das letzte Treffen der afrikanischen Regierungschefs in Berlin 2018 geht in die richtige Richtung. Es sollen neue Wege für die Entwicklung erschlossen werden, um dem Strom der illegalen Migration Einhalt zu gebieten. Doch solche Lösungen müssen vervielfältigt werden, und sollen die Interessen der dortigen Bevölkerung berücksichtigen, damit sie überhaupt Erfolg haben können.

Im Bereich der Energie und des Stromsektors bietet der Kontinent gute Bedingungen für die Produktion, die ökologisch genutzt werden können. Sowohl Sonnen- und Wind- als auch Wasserenergie lassen sich hier nutzen und die Länder mit Strom versorgen: so entstanden z.B. auf der Insel Mauritius und in Marokko riesige Sonnenkollektorenfelder.

Nordafrika steht vor der größten politischen Herausforderung nach dem „Arabischen Frühling“. Trotz dieser optimistischen Perspektive für Afrika befinden sich die Länder des Maghreb und Ägypten heute sowohl politisch als auch wirtschaftlich in einem desolaten Zustand und lassen keine positive Entwicklung ablesen.

Politisch handeln die Regierungen vereinzelt und ohne klare Linie für die Zukunft, obwohl sie auf die Aufarbeitung eines gemeinsamen Plans angewiesen sind, um sich der größten Herausforderung der gegenwärtigen Zeit zu stellen: Sicherheit und Arbeit für ihre Bevölkerung zu schaffen.

Ägyptens Militärputsch hat dem demokratischen Prozess in Nordafrika einen Todesstoß versetzt und seitdem lebt das Land in einem Ausnahmezustand. Eine Aussicht auf Verbesserung oder Veränderung der politischen Verhältnisse ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Algeriens Machthaber halten weiter am Bestehenden fest und verschließen die Augen vor den Gefahren, die ein Machtvakuum herbeiführen könnte. Die Entscheidung, den kranken Präsidenten Bouteflika zum Kandidat für eine fünfte Präsidentschaftsperiode zu benennen, zeigt, in welcher Lage sich das Militär und die politischen Parteien befinden. Die Angst vor einem Bürgerkrieg wie in den 90.er Jahren des vorigen Jahrhunderts schwebt weiterhin und wird Auswirkung auf den kommenden Prozess haben.

Marokkos Monarch Mohamed VI entschied sich halbherzig für die Einführung demokratischer Gewaltenteilung im Lande, versucht aber stetig sie zu beschneiden und einzuschränken. Demonstrationen und Aufstände in der Rifregion werden brutal niedergeschlagen und deren Führer verhaftet.

Mauretaniens Präsident nutzt die Wahlen, um die Macht weiter in seinen Händen zu halten. Der über einen Militärputsch 2008 an die Macht gekommene Präsident Mohamed ould Abdel Aziz wurde durch freie Wahlen 2009 in seinem Amt bestätigt. Doch seine Wiederwahl 2014 lief ohne die Beteiligung der Opposition. Seitdem versucht er den Machtwechsel mit scheinheiligen Gründen zu vereiteln. Ob es in diesem Jahr zu seiner Wiederwahl kommt, bleibt ungewiss.

Libyens politische Nomenklatur ist zerstritten und aufgeteilt in Ost und West. Hinzu kommt der Zwist zwischen Parlament und Exekutive, sodass keine klaren Entscheidungen von der Regierung getroffen werden können, um vom Parlament abgesehnet zu werden. Es herrscht eine Pattsituation im Lande. Hinzu kommt, äußere Mächte wie die USA, Frankreich, Italien aber auch Ägypten, Katar und die Türkei mischen sich in dieses Machtspiel ein, was eine Lösung der inneren Konflikte nicht erleichtert.

Tunesiens Machthaber halten weiterhin an den demokratischen Regeln fest, greifen aber die eigentlichen Probleme des Landes nicht auf und entleeren aufgrund der inneren Parteienzerrwürfnisse die Politik von ihrer Substanz. Eine Abwendung der Bevölkerung, und besonders der Jugend, von der Partizipation am politischen Willensprozess ist dann die Folge.

Diese Voraussetzungen sind gerade nicht ermutigend für einen positiven Wandel in den Ländern Nordafrikas. Dennoch geben sie keinen Grund zur Resignation, da die Konflikte bisher in Schach gehalten wurden und die Akteure nicht unabhängig von ihren Beschützern handeln, denn schließlich werden die Wirtschaftsfaktoren eine bestimmende Rolle spielen.

Wirtschaftlich ist die Lage in all diesen Ländern prekär bis katastrophal, obwohl genügend Ressourcen zur Lösung der entstandenen Probleme vorhanden sind wie Öl, Gas, Eisenerz, Phosphat und andere Mineralien. Außerdem verfügen diese Länder über reiche landwirtschaftliche Gebiete, die ihre Bevölkerungen mit Grundnahrungsmitteln versorgen können. Außerdem können sie auf große Reserven an Energie und Arbeitskräften zurückgreifen, um eigene Industrie- und Produktionsstätten zu errichten, und sich somit vom Weltmarkt autonom zu machen.

a) Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung existieren bereits, werden aber von den politischen Trägern in den jeweiligen Ländern zum Teil mit Absicht außer acht gelassen. So liegen seit Jahrzehnten schon Pläne für eine Wirtschaftsunion vor, die zuletzt 2005 wiederbelebt wurden und dann in Vergessenheit gerieten. Grund für das Scheitern solcher Initiativen ist u.a. der „West-Sahara-Konflikt“, der von Algerien und Marokko unterschiedlich interpretiert wird und von der internationalen Gemeinschaft nicht gelöst werden will. Man hätte ihn im Rahmen einer Zukunftsperspektive für die Maghrebstaaten längst beilegen können. So müssen die Sahraouis wie die anderen Völker des Maghreb dafür immer noch den Preis zahlen.

b) Aufgrund der unterschiedlichen Herrschaftssysteme, wie sie Max Weber nennt (traditionelle, charismatische und bürokratische Herrschaft) lässt sich gegenwärtig eine Angleichung der Machtstrukturen und somit eine Partizipation an deren Gestaltung nicht realisieren. Allein in Tunesien und teilweise in Marokko und Algerien fanden bisher richtige demokratische Wahlen statt mit anschließend funktionierenden Institutionen. In Libyen beherrschen inzwischen Milizen und Stammesgruppen die politische Bühne und diktieren dem Volk ihre Forderungen. Trotz der scheinbar freien Wahlen wird Ägypten vom Militär regiert, das mit eiserner Hand seine Widersacher bekämpft. Der Schutz vor staatlicher Willkür ist somit außer Kraft gesetzt und die Zivilgesellschaft mundtot gemacht.

c) Solange Kriege und Unsicherheit in den Ländern Nordafrikas bestehen, werden weder ökologische noch regionale Entwicklungen in Betracht gezogen. Fast allen Ländern geht es gegenwärtig um die Eindämmung der Terrorgefahr und um die Aufrechterhaltung der Sicherheit. Der letzte Anschlag in Tunis im November 2018 ist hierfür symptomatisch. Er bringt die Gefahr vor Terror in die Schlagzeilen und damit die gerade sich erholende Tourismusindustrie in Bedrängnis.

d) Die zurzeit geführte Diskussion über Gleichheit der Geschlechter beim Erben in Tunesien zeigt, wie weit der Diskurs über Gendergerechtigkeit fortgeschritten ist. Das Gesetz darüber ist bisher noch

nicht verabschiedet. Es bedarf weiterhin des Konsenses unter den Parlamentariern, um einen solchen Schritt zu vollziehen. Möge es vor der nächsten Wahl gelingen.

23. November 2018

19.30 Uhr

Buchvorstellung

Deutschland Postkolonial?

Die Gegenwart der Vergangenheit

mit Prof. Dr. Marianne Bechhaus-Gerst und Dr. Joachim Zeller



- Prof. Dr. Marianne Bechhaus-Gerst, Afrikanistin an der Universität Köln
- Dr. Joachim Zeller, Historiker in Berlin

Wie gehen wir in Deutschland mit der kolonialen Vergangenheit um? Diese Frage wird mittlerweile sehr viel breiter diskutiert als noch vor wenigen Jahren. Dabei unterliegt der Umgang mit der Kolonialgeschichte, die allzu lange im Schatten der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Holocaust stand, hierzulande einem grundlegenden Wandel.

Zwar zählt auch Deutschland faktisch zu den postkolonialen Gesellschaften Europas; doch ist diese Tatsache in das Bewusstsein einer Mehrheit der Menschen vorgedrungen und reagiert die Politik adäquat darauf?

Der Sammelband zieht Bilanz und will gleichzeitig die notwendige Auseinandersetzung um eine Dekolonisierung globaler wie lokaler Machtverhältnisse und eine Dekolonialisierung der immer noch dominierenden Wissens- und Deutungsmacht des „Westens“ anregen und weiter voranbringen.

Die aktuellen Debatten um den Völkermord an den Herero und Nama oder koloniale Beutekunst im geplanten Humboldt Forum in Berlin richten den Fokus ein ums andere Mal auf eine koloniale Vergangenheit, die nicht vergehen will.

Marianne Bechhaus-Gerst

Deutschland Postkolonial? Oder die Gegenwart des Kolonialen

Wie wirkt der deutsche Kolonialismus bis heute nach? Welche Spuren hat er in der deutschen Gesellschaft hinterlassen? Kann man Deutschland überhaupt als postkoloniale Nation bezeichnen?

Diese und andere Fragen stellen mein Kollege Joachim Zeller und ich im Rahmen des Buchprojekts „Deutschland Postkolonial – Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit“. In 27 Beiträgen von insgesamt 31 Autor*innen, die ein breites zeitliches wie thematisches Spektrum abdecken, werden Antworten auf diese Fragen gesucht.

„Postkolonial“ wird dabei als diskurskritischer, nicht als zeitlicher Begriff verwendet. Er impliziert, dass mit dem formalen Ende der Kolonialherrschaft die ungleichen Machtverhältnisse des imperialen Zeitalters keineswegs verschwunden sind. Das Präfix „post“ fasst also den Kolonialismus keineswegs als abgeschlossene Epoche auf, sondern betont die notwendige Auseinandersetzung um eine Dekolonialisierung globaler wie lokaler Machtverhältnisse und nicht zuletzt eine Dekolonialisierung der immer noch dominierenden Wissens- und Deutungsmacht des „Westens“.

Das Fragezeichen im Titel des Buches soll auf das nicht zu verleugnende Spannungsfeld zwischen den Wissens- und Aktionshorizonten der inzwischen recht zahlreichen postkolonialen Initiativen und einer postkolonialen Wissenschaft einerseits und der Politik und der breiten „Öffentlichkeit“ andererseits hinweisen. Zwar sind wir faktisch eine postkoloniale Gesellschaft, doch stellt sich die Frage, ob dies einer breiten Mehrheit bewusst ist und ob die Politik adäquat darauf reagiert.

Die postkolonialen Initiativen haben sich auf die Fahnen geschrieben, eine breitere „Öffentlichkeit“ zu erreichen. Besucht man aber Veranstaltungen zu postkolonialen Themen, so trifft man häufig auf den immer gleichen kleinen Kreis von Interessierten. Vorwiegend kommen Zuhörer*innen, die ohnehin schon für diese oder ähnliche Themen sensibilisiert sind. Gerade die „Öffentlichkeit“, die zwar kein einheitliches Ganzes darstellt, aber, wo sie wahrnehmbar wird, viele Gemeinsamkeiten aufweist, zeichnet sich durch eine gewisse Verweigerungshaltung aus, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus und der notwendigen Dekolonisation geht.

Im postkolonialen Alltag muss man die Erfahrung machen, dass es sehr schwierig ist, neue Kreise für das Thema zu sensibilisieren. Sehr laut sind die oft aggressiven negativen Stimmen jener, die sich u.a. in Forumsbeiträgen äußern, wenn in Zeitschriftenartikeln z.B. über Umbenennungspläne bei kolonialen Straßennamen berichtet wird. „Habt Ihr nicht Besseres zu tun“, gehört noch zu den harmlosen Kommentaren, in denen sich nicht selten kaum verhohlener Rassismus breitmacht. „Es war doch nicht alles schlecht!“, „Wir haben aber doch Schulen, Krankenhäuser und Straßen da unten gebaut!“

Jenseits politischer und rassistischer Extreme, die sich vor allem in Forumsbeiträgen im Internet in häufig aggressivem Ton pro-koloniales Gehör verschaffen, ist bis heute eine romantisierende bis apologetische Haltung weit verbreitet, die die deutsche Kolonialzeit als durchaus verdienstvolles Kapitel der jüngeren Geschichte bewertet sehen möchte. Wenn auch, so der Tenor, keineswegs alles positiv war und es Auswüchse gab, habe man doch die damaligen Kolonien in die Moderne geführt. Und

dies ermöglicht in den Augen vieler auch eine klare Abgrenzung dieser Epoche zur NS-Zeit, die, so haben alle es gelernt, im Gegensatz zum Kolonialismus eindeutig negativ zu bewerten ist.

Die Sehnsucht, auch auf ein (vermeintlich) positives Kapitel jüngerer deutscher Geschichte zurückblicken zu können, spricht aus vielen Kommentaren bei Veranstaltungen oder zu Zeitschriftenbeiträgen. Und schließlich, auch dies wird vielfach geäußert, sei alles schon viel zu lange her und irrelevant. **Wir sind, so soll hier behauptet werden, noch weit entfernt davon, eine breitere „Öffentlichkeit“ in die Diskussion einzubeziehen.** Eine wichtige Zielsetzung auf dem Weg dahin muss es sein, auf Kontinuitäten in den Diskursen und Präsentationen von der Kolonialzeit bis heute hinzuweisen. Es sind also Zweifel angebracht, ob wir in der postkolonialen Normalität (West-)Europas angekommen sind – wenn es denn eine solche geben sollte.

Trotz aller Dynamik durch die Dekolonisierungs-Debatte, die inzwischen auch die Bundesregierungsebene erreicht hat, ist das Thema – jenseits einiger, meist größerer Städte – keineswegs bundesweit verankert oder wird keineswegs überall positiv rezipiert. Wenn es um die Dekolonialisierung vor Ort geht, wie es beispielsweise bei Straßenumbenennungen der Fall ist, so fällt dies in aller Regel in die Kompetenz der Kommunal- und Stadtpolitiker oder ist Angelegenheit der Stadtteilvertretungen. Die entsprechenden Fraktionen oder Politiker/innen sind hier noch viel direkter vom Wohlwollen ihrer Wähler*innen abhängig, als dies auf Bundesebene der Fall ist. Dies hat Konsequenzen für die Erinnerungskultur und die Bereitschaft, das Thema Dekolonisation in die „Öffentlichkeit“ zu bringen. Ein entsprechendes politisches Engagement auf lokaler Ebene hängt stark von wahltaktischen oder parteiprogrammatischen Erwägungen ab.

Wollen die postkolonialen Initiativen ihren Anspruch, eine breitere „Öffentlichkeit“ zu erreichen, einlösen, soll Deutschland „dekolonialisiert“ werden, müssen sicher unkonventionelle Wege eingeschlagen werden, durch die die Menschen zur Auseinandersetzung mit dem Thema „gezwungen“ werden. Es geht hier auch – heute aktueller denn je – um die Dekonstruktion populärer Konstruktionen von vermeintlich „Anderen“, um Stereotype und Klischees, die in Bereiche des zwischenmenschlichen Umgangs fallen. Eine wichtige Zielsetzung sollte es sein, auf Kontinuitäten in den Diskursen und Präsentationen von der Kolonialzeit bis heute hinzuweisen. Dies ist angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen, die in Deutschland und anderen Staaten durch ein Erstarren rechtspopulistischer bzw. rechtsextremistischer Kräfte gekennzeichnet sind, wichtiger denn je.

Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller (Hrsg.)

Deutschland postkolonial?

Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit

Metropol, 2018

<http://metropol-verlag.de/produkt/marianne-bechhaus-gerstjoachim-zeller-hrsg-deutschland-postkolonial/>

Joachim Zeller

„Koloniale Schatzkammer“ oder „Weltkulturmuseum“?

Das Berliner Humboldt Forum in der Krise ¹³

Es ist der postkoloniale Ort in Deutschland, der im Entstehen begriffen ist, das Humboldt Forum in Berlin. Sein Domizil soll es hinter der rekonstruierten Barockfassade des wiederaufgebauten Stadtschlusses finden. Für Ende 2019 ist die (Teil-)Eröffnung geplant. Geworben wird für das Großprojekt nur im Superlativ. Das Schloss sei ein „Jahrhundertbau“ und das Humboldt Forum ein „Weltkulturmuseum“ neuen Formats. Es soll ein „Kompass für das globale Miteinander“ sein, ein „kulturelles Zentrum von nationaler und internationaler Ausstrahlung“, mit dem sich Berlin im Kreis der „weltweit führenden Kultur- und Museumsstädte“ etablieren will. Selbst die Tourismusindustrie könnte das kommerzielle Branding der Marke Berlin nicht besser betreiben, um die Stadt an der Spree im neoliberalen Standortwettbewerb als Global Player der Kultur in Stellung zu bringen.

615 Mio. € sind für die Wiedererrichtung des 1950 von der DDR-Führung gesprengten Residenzschlusses der einstmaligen Hohenzollern-Dynastie veranschlagt und 60 Mio. jährlich für den Ausstellungsbetrieb. In den Räumlichkeiten des Humboldt Forums mit seinen insgesamt 40.000 m² Nutzfläche sollen die Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst mit ihren zusammen rund 500.000 Objekten präsentiert werden, die bisher im Museumszentrum in Berlin-Dahlem zu Hause waren.

Seit das Großprojekt auf der Agenda steht, ist es von erregt geführten Debatten begleitet. Folgt man den Verlautbarungen der Verantwortlichen, so handelt es sich bei dem Vorhaben um das „wichtigste kulturpolitische Projekt in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts“. Das Humboldt Forum soll „zur Denk- und Erfahrungsschule einer demokratischen Weltgesellschaft“ avancieren. Mit dem „Denkraum für die Zukunft der Welt“ wird ein „Ort des Dialogs der Kulturen der Welt“ angestrebt. Im Humboldt Forum als einem „multiperspektivischen Ort der Weltkulturen“ will man die Objekte der außer-europäischen Kulturen auf Augenhöhe mit denen westlicher Kulturen präsentieren.

Diesen Bekundungen zum Trotz hagelte es in den vergangenen Jahren Kritik an der inhaltlichen und konzeptuellen Ausgestaltung des geplanten Humboldt Forums, mitunter wird die Legitimation des gesamten Projekts infrage gestellt. Bereits die Schloss-Replik stößt bei den Gegnern auf Ablehnung. Ein solches „vordemokratisches Gebäude“ stehe für Preußentum, Militarismus, Krieg und koloniale Expansion. Als „Schatzhaus der Kolonialvergangenheit“ tituliert, wird zudem Anstoß an der Namensgebung des Forums genommen. Während die Befürworter darauf beharren, der Name der Gebrüder Humboldt stehe für eine Sammlungs- und Begegnungsgeschichte, die nicht vom kolonialen Gedanken des Ausbeutens und Besitzens geprägt sei, sehen das Kritiker ganz anders. Bei allem Respekt besonders auch für Alexander von Humboldt sei dieser doch Teil des kolonialen Systems gewesen.

Offensiv in die Öffentlichkeit getragen wurden die Anti-Humboldt-Positionen insbesondere durch das Kampagnenbündnis „No Humboldt 21“, einen Zusammenschluss von mehr als 40 kultur- und ent-

¹³ Der vorliegende Text ist eine gekürzte und aktualisierte Version des Aufsatzes „Weltkulturmuseum? Koloniale Schatzkammer? Das Berliner Humboldt Forum in der Krise. Plädoyer für eine radikale Ehrlichkeit“, in: Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, hrsg. v. Marianne Bechhaus-Gerst / Joachim Zeller, Berlin 2018, S. 547-570. Siehe dort die Literatur- und Quellenangaben.

wicklungspolitischen, migrantisch-diasporischen sowie internationalen Nichtregierungsorganisationen. Schon früh forderten die Aktivist*innen des Bündnisses ein Moratorium und eine breite öffentliche Debatte über das Humboldt Forum. Das bisher bekannt gewordene Konzept verletze die Würde und die Eigentumsrechte von Menschen in allen Teilen der Welt und es sei eurozentrisch und restaurativ. Es stehe dem Anspruch eines gleichberechtigten Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft entgegen. Die Kulturschätze aus aller Welt dienten lediglich zur Demonstration von Weltoffenheit der selbsternannten „Kulturnation“. Das Humboldt Forum verharre im kolonialen Blick auf seine Objekte. Die Hegemonien des Kolonialzeitalters würden nicht wirklich aufgebrochen, da die in dem Humboldt Forum versammelten Kulturgüter der Welt auch weiterhin den Privilegierten im Norden vorbehalten blieben. Die von dem Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Gründungsintendanten Hermann Parzinger ausgeprochene Einladung an „Besucher aus Asien oder die Nachfahren indigener indianischer oder afrikanischer Gesellschaften“ wird als zynisch zurückgewiesen angesichts der Tatsache, dass „tagtäglich Menschen im Mittelmeer ertrinken, weil ihnen die Einreise nach Europa verwehrt wird“. Nicht nur der Kunsthistoriker Hanno Rauterberg pflichtete dem bei. Er nannte das Humboldt Forum einen „Palast der Verlogenheit“. Gepredigt werde „ein Dialog der Kulturen, gelebt wird eine Politik der Abschottung. Kulturelle Relikte sind wohlgeboten, nicht aber jene Menschen, die diese Kultur hervorbrachten – was für eine Bigotterie!“

Für Aufsehen sorgte der Protest der Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy, die im Juli 2017 aus dem internationalen Expertenbeirat des Humboldt Forums austrat. Die Leibniz-Preisträgerin bemängelte die bisher unzureichende Provenienzforschung der Sammlungsobjekte. In der aktuellen Ausrichtung des Humboldt Forums sieht sie eine unkritische Fortschreibung der über 300-jährigen, kolonial geprägten Sammlungsgeschichte. Zudem betont sie, dass Provenienzforschung und Restitutionsmaßnahmen zu unterscheiden sind, ein Unterschied, den manch ein um seine Sammlungsbestände besorgter und deshalb mit einem Abwehrreflex reagierender Museumsbeamter nicht zur Kenntnis nehmen wolle.

Von anderer Seite hieß es, die Provenienzforschung könne nicht allein von der Raubkunst-Debatte aus gedacht werden. Nicht immer würden kolonialzeitliche Erwerbzusammenhänge bedeuten, dass es sich auch um Beutegut handeln muss. Die obsessive, gleichwohl überfällige Beschäftigung mit Raubkunst, so der Ethnologe Fritz W. Kramer, verkenne die Tatsache, dass die kolonialisierten Gesellschaften auch Handel mit „Ethnographica“ betrieben und es eine regelrechte Produktion für den Tauschhandel gab. Die Gesellschaften müssten demnach auch als handelnde Subjekte und nicht nur als passive Opfer wahrgenommen werden. Fakt bleibt, die Deutsche Forschungsgemeinschaft ließ sich erst aufgrund des wachsenden öffentlichen Drucks Ende des Jahres 2017 dazu bewegen, das historische Archiv des Ethnologischen Museums bzw. des vormaligen Berliner Völkerkundemuseums zu digitalisieren und öffentlich zu machen.

Einerseits geht es den „Herkunfts-“ bzw. „Urhebergesellschaften“ - wie der hiesigen Diaspora – keineswegs allein um Restitutionsmaßnahmen, sondern auch um Teilhabe an den Objekten und dem Wissen über sie, den Zugang zu den Archiven bis hin zur Mitbestimmung bei der Museumspräsentation. Andererseits liegen Rückgabegesuche zu einzelnen Kunst- und Kulturobjekten aus den Beständen des zukünftigen Humboldt Forums teilweise schon seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Darunter zählen die Kultmasken der Kogi (Kolumbien), die berühmten Benin-Bronzen (Nigeria) oder der Thron des Königs Njoya (Kamerun). Weitere Museen in Berlin und anderen deutschen Städten sind ebenfalls von Rückgabeforderungen betroffen. Zu den bekanntesten Fällen gehören die Büste der Nofretete (Ägypten), eine der Hauptattraktionen auf der Berliner Museumsinsel, das Tangué (Kamerun) im Münchner Museum Fünf Kontinente oder die Säule von Cape Cross (Namibia) im Deutschen Historischen Museum Berlin. Die Restitutionsdebatte bezieht sich aber nicht nur auf Kunst- und Kulturobjekte in ethnologischen Sammlungen, die aus den ehemaligen deutschen und anderen europäischen Kolonialgebieten

stammen. Abgesehen von den bereits laufenden Repatriierungen von Human Remains wird auch um Objekte aus naturkundlichen Sammlungen wie dem zum Berliner Naturkundemuseum gehörenden Skelett des *Brachiosaurus brancai* diskutiert. Das größte in einem Museum aufgebaute Dinosaurier-Skelet der Welt stammt aus Tansania, der vormaligen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“.

„Über das Humboldtforum ist alles gesagt. (...) Die Diskussion bewegt sich seit langer Zeit im Kreise. In diesem Jahr haben die Feuilletons die Regie übernommen, ohne dass dabei neue Gesichtspunkte zur Sprache gekommen wären“, heißt es in dem Blog „Wie weiter mit Humboldts Erbe? Ethnographische Sammlungen neu denken“. Ob nun tatsächlich alle fachlichen Positionen abgesteckt und ausgetauscht sind, sei dahingestellt. Die Aussage lässt den jetzt erst richtig in Gang gekommenen (kultur-)politischen Aushandlungsprozess um das Humboldt Forum unbeachtet, haben doch Museen nicht in erster Linie eine ästhetische oder wissenschaftliche Funktion, sondern einen gesellschaftlichen Zweck zu erfüllen. Betrachtet man daraufhin das Für und Wider der Kontroverse, halten sich seriöse, weil differenzierende Beiträge und solche unter Niveau die Waage. Und sollte Hanno Rauterberg mit seiner Feststellung richtigliegen, beim Humboldt Forum handle es sich um einen „Palast der Verlogenheit“, bieten sich durchaus erstaunliche Einblicke in das Diskursereignis Humboldt Forum.

Unter einigen wenigen Beispielen, die hier aufgegriffen werden können, soll ein Aufsatz von Viola König zur Sprache kommen. König war bis 2017 Direktorin des Ethnologischen Museums der Staatlichen Museen Berlin. Sie gehörte zu den Wissenschaftler/innen, die mit der Neukonzeption der Ausstellung im zukünftigen Humboldt Forum beauftragt wurden. Ihr Aufsatz „Das Humboldt Forum – Ein Versuch einer Kritik der Kritik“ eignet sich deshalb besonders gut für eine eingehendere Analyse, da sie darin vor allem auf die „Kolonialismusdebatte“ reagiert, um die sich gegenwärtig vieles dreht. Zunächst verwarft sie sich dagegen, den Vertreter/innen des Humboldt Forums Unkenntnis kolonialer Geschichte, Geschichtsvergessenheit und eurozentrische Selbstgewissheit zu unterstellen. Solche pauschalen Behauptungen, die lediglich der wohlfeilen „Selbstprofilierung“ dienen würden, weist sie mit aller Entschiedenheit zurück. In diesem Punkt ist ihr beizupflichten. Bei aller notwendigen Kritik zeugt es nicht nur von Unkenntnis, sondern es ist auch unredlich, dem Gegenüber unisono jegliches (kolonial)historische Bewusstsein und Gespür für globale Ungleichheitsstrukturen abzusprechen, nur um die eigene Anti-Humboldt-Position zu untermauern. Zudem wird außer Acht gelassen, dass die Ethnologie einerseits und die Museumsethnologie andererseits in den letzten Jahrzehnten Gegenstand heftiger postkolonialer Kritik gewesen sind. Die damit verbundene „Krise der Repräsentation“ hat ein einfaches Sprechen über „andere Gesellschaften“ längst hinter sich gelassen. Die Ethnologie selbst weist eine lange Geschichte anti-hegemonialer politischer Kritik auf – seit Jahrzehnten hat sie immer wieder die koloniale Prägung ethnologischer Museen angeprangert –, wenn auch die Debatten um die Verstrickungen der Ethnologie in das koloniale Projekt hierzulande in der Öffentlichkeit erst verspätet angekommen sind. Die Ausstellungsprojekte des Humboldt Lab, die in den Jahren von 2011 bis 2015 in Dahlem gezeigt wurden und als Probestübne zur Vorbereitung der Ausstellungen im Humboldt Forum dienten, dokumentieren, dass ein Umdenken in Gang gekommen ist. Bleibt nur die Frage, was davon später tatsächlich ins Programm des Humboldt Forums übernommen werden soll.

Bei alledem ist es aufschlussreich, auf welche Kritikpunkte Viola König nicht eingeht. Dazu gehört die Mahnung, man möge doch in Berlin die Zivilgesellschaft, darunter die migrantischen und postkolonialen Gruppen, nicht außen vorlassen, eine Mahnung, die nur allzu berechtigt ist. Denn der an dieser Stelle gerne vorgebrachte Hinweis darauf, man strebe ein partizipatives Arbeiten an und wolle „Deutungsmacht“ abgeben, indem Wissenschaftler/innen aus den Herkunftsländern der Objekte in die Projekte eingebunden würden (was eher zögerlich geschieht), kann die aktiv betriebene Marginalisierung der diasporischen Gruppierungen vor Ort kaum überdecken. Aber es scheint so, als wäre man sich unter den Organisatoren des Berliner Humboldt Forums darin einig, die postkolonialen

Initiativgruppen auf Distanz halten zu wollen. Die Argumente sind hinlänglich bekannt: Man spricht ihnen schlicht die Expertise ab, außerdem könnten sie ja nur moralisch argumentieren. Die dahinterstehende Strategie, sich auf diese Weise unliebsamer Kritik zu entledigen, ist unschwer zu erkennen.

Noch gravierender in der Argumentation von Viola König ist ein anderer Punkt. Sie behauptet, die gegenüber dem Musée du Quai Branly in Paris geäußerten kritischen Stimmen seien nach seiner Eröffnung rasch verstummt. Auch in Berlin, so lässt sie durchblicken, werde dies nach der Fertigstellung des Humboldt Forums der Fall sein. Tatsächlich ist das nationale französische Museum für außereuropäische Kunst ein Publikumsmagnet und erhält großen Zuspruch, aber sie lügt sich hier in die Tasche, wenn sie die bis heute anhaltende Kritik verschweigt. Zudem verwundert die Berufung auf das Musée du Quai Branly, da längst ein Konsens darüber besteht, dass das Pariser Museum – samt seiner Architektur, die dem Prinzip der Re-Exotisierung folgt – nicht als Modell für Berlin herangezogen werden kann. „Die Kunst und nicht Fragen nach dem kolonialen Erbe sollten im Zentrum stehen“, schreibt sie fast beschwörend zu Paris. Doch es führt kein Weg daran vorbei: Das dortige Konzept der Dauerausstellung, die Objekte als Kunstwerke, d.h. nach ästhetischen und nicht nach ethnologischen und (kultur-)historischen Kriterien zu präsentieren, ist so nicht auf das Humboldt Forum übertragbar. Der Soziologe Wolf Lepenies war nicht der Einzige, der schon vor Jahren auf das Versagen des Musée du Quai Branly hinwies, „auf die Frage nach der kolonialen Vergangenheit des Landes eine Antwort“ zu geben. Er vergaß nicht darauf hinzuweisen, „wie sehr die Strategie der Ästhetisierung eine politische Funktion erfüllt“, eben nicht über den – auch im Geschichtsbewusstsein der Franzosen – weithin verdrängten Kolonialismus sprechen zu müssen.

Widerstände, den kolonialhistorischen Ballast, der dem Humboldt Forum anhaftet, unvoreingenommen aufzuarbeiten, lassen sich noch an manch anderer Stelle beobachten. So wird argumentiert, große Teile der Sammlungen des zukünftigen Humboldt Forums seien „vorkolonial“, wie dies zuletzt von Horst Bredekamp, einem der drei Gründungsintendanten des Humboldt Forums, zu vernehmen war. Solche Statements werfen die Frage auf, ob da jemand partout nicht zur Kenntnis nehmen will, dass die völkerkundlichen Sammlungen ihr Zustandekommen ganz wesentlich dem Kolonialismus und vor allem dem Hochimperialismus im späten 19. Jahrhundert verdanken. Haben wir es hier nicht, so ließe sich fragen, mit einem „intellektuellen Kolonialismus“ zu tun, „der immer noch einzig von Europa aus den Blick auf die nicht-westlichen Kulturen richtet“?

Fakt bleibt, nicht alle, aber doch viele (die meisten?) Artefakte in den ethnographischen Sammlungen sind im kolonialen Unrechtskontext „erworben“ worden. Ob der Gründungsintendant Bredekamp mit seinen nur krude zu nennenden Ansichten auch für die übrigen Mitarbeiter/innen des Humboldt Forums spricht, wird sich nach der Eröffnung des Humboldt Forums zeigen. Wer sich aber derart äußert, der setzt bewusst oder unbewusst auf eine Strategie der „Enttinerung“ der Kolonialgeschichte, wie dies die Kultur- und Politikwissenschaftlerin Lilia Youssefi genannt hat. Das habe, so Youssefi, „nichts mit einem Nicht-Wissen über die kolonialen Implikationen des Humboldt Forums zu tun. Es handelt sich nicht um eine Ignoranz im Sinne einer Nicht-Wahrnehmung, sondern einer aktiven Ent-Wahrnehmung“.

Zwar dürfe die koloniale Provenienz eines Großteils der außereuropäischen Sammlungen nicht verschwiegen werden, heißt es, doch beeilt man sich hinzuzufügen, nichts wäre verfehlt, als das Humboldt Forum in ein „kolonialhistorisches Museum zu verwandeln, um damit einen weiteren Teil der historischen Schuld Deutschlands abzutragen“, so der Ethnologe Karl-Heinz Kohl. „Dies zu tun, käme einer erneuten Vereinnahmung der künstlerischen Hervorbringungen der indigenen Kulturen gleich. Sie stellen autonome Werke dar, die dasselbe Recht haben, um ihrer selbst willen ausgestellt zu

werden, wie die großen Kunstwerke des klassischen Altertums, Ägyptens und Mesopotamiens auf der benachbarten Museumsinsel.“ Und wieder ein Argument, das nur verlogen genannt werden kann. Tatsächlich stellt niemand ernsthaft infrage, die betreffenden Sammlungsobjekte als autonome Kunstwerke wertzuschätzen und sie – auch, aber eben nicht nur – als solche zu präsentieren. Der Vorwurf einer vermeintlich „erneuten Vereinnahmung“ übergeht aber vor allem die Kehrseite der Medaille. Denn werden die Objekte europäischer Ausbeutung im Humboldt Forum nicht zu Objekten kosmopolitischen Verstehens gemacht, wie oft genug betont wurde? Auf nichts Anderes als eine Vereinnahmung läuft es hinaus, sie ins nationale Schaufenster zu stellen, wo sie der Tourismusindustrie und der Selbstverklärung Deutschlands als weltoffenes Land zu Diensten sind.

Wiederholt beklagten sich die Vertreter des Humboldt Forums, nicht „die Wertschätzung der Exponate fremder Kulturen, sondern die hypostasierte Schuld, diese zu besitzen“, stehe gegenwärtig im Mittelpunkt der Debatten. Man solle das Humboldt Forum „nicht den Bedenkenträgern“ überlassen, raunt es aus der konservativen Presse. Statt „freudloser und hyperkorrekter Kolonialismus-Debatten“ sollte doch eigentlich „Glamour und Magie“ angesichts der sensationell schönen Kunstschatze vorherrschen. Solchen aus der Defensive kommenden Formulierungen ist der Unwille anzumerken, zur notwendigen Aufarbeitung des deutschen und europäischen Kolonialerbes beizutragen.

Die wenigen Beispiele verdeutlichen, wie schwer man sich mit dem Kolonialismus-Thema tut, über das der Kulturwissenschaftler Thomas Thiemeyer sagt, es sei mittlerweile massentauglich und national relevant geworden. Was das Humboldt Forum betrifft, so komme ihm ein zentraler Platz in der heutigen deutschen, zunehmend kosmopolitisch und integrativ geprägten Erinnerungskultur mit ihrem exemplarischen Schlachtfeld „Berlin, (Post-)Kolonialismus und Museum“ zu. Neben den öffentlichkeitswirksamen Debatten um das Berliner Humboldt Forum sieht Thiemeyer drei weitere Gründe für das neu erwachte Interesse: die Transformation Deutschlands hin zum Einwanderungsland; eine sich hierzulande im Wandel befindende Erinnerungskultur und die Diskussionen um Kulturbesitz aus „Unrechtskontexten“ namentlich der Raubkunst aus dem Nationalsozialismus und der Kolonialzeit. So wie der Kolonialismus eine Chiffre ist, über die größere Themen wie Rassismus oder der Umgang mit dem Fremden verhandelt werden, so ist das Humboldt Forum zu einem symbolischen Ort geworden, der den Anlass bietet, über das Selbstverständnis der bundesdeutschen Gesellschaft als Migrationsgesellschaft nachzudenken. Stimmt man dem zu, geht es um nicht weniger als die Suche nach einer modernen kulturellen Identität und um globale Kulturvielfalt im Zeichen des Postkolonialismus. Nicht zuletzt deshalb sollte, ja muss das Humboldt Forum die verschiedenen (zivil)gesellschaftlichen Akteure, darunter eben auch die Migrant/innen im Lande ansprechen und in den Gestaltungsprozess mit einbinden, um die notwendige „Dekolonialisierung der Bundesrepublik“ voranzubringen.

Noch vor seiner Eröffnung steckt das zu einem zentralen Ort nationaler Staatskultur avancierte Humboldt Forum in der Krise. Dies kann kaum verwundern angesichts des universalen Anspruchs, das „Fremde“ und das „Eigene“ neu verhandeln zu wollen. Unübersehbar ist Deutschlands größte Kulturbaustelle in die Turbulenzen einer postkolonialen Dynamik geraten, die sich hier wie andernorts, ob gewollt oder ungewollt, an der Kolonialvergangenheit abarbeitet.

Das Berliner Humboldt Forum als der postkoloniale Ort Deutschlands muss auf die im Zuge des „postcolonial turn“ aufgeworfenen Grundsatzfragen über rassistisch motivierte Forschungspraxen und den Umgang mit kolonialzeitlichen Museumsbeständen, diesem „heiklen“ und „schwierigen Erbe“, überzeugende Antworten geben. Einstweilen wird viel spekuliert über die tatsächliche Ausgestaltung des geplanten „Universaliums“, über das bisher – außer einer gönnerhaften Symbolpolitik – kaum mehr in die Öffentlichkeit gedrungen ist, als dass unter Berufung auf Humboldt

europäische und „außereuropäische“ Kulturen miteinander in Verbindung gebracht werden sollen. Herkulesaufgaben sind zu lösen, denkt man etwa an das Versprechen, nur diejenigen „Ethnographica“ im Humboldt Forum auszustellen, deren Herkunft geklärt ist. Selbst Befürworter geben zu bedenken, dass es dann im Schloss ziemlich leer aussehen dürfte. Nicht so schnell beendet sein werden auch die Auseinandersetzungen um das viel bemühte geteilte Erbe, das den Menschen der Herkunftsländer zur Verfügung steht, im Humboldt Forum lediglich seinen Verwahrungsort hat und als **Besitz der ganzen Welt gilt. Das Humboldt Forum als große „Leihbibliothek“ zu verstehen (viele Afrikaner sprechen dagegen von einer gut gepflegten Räuberhöhle), ob ein solches Konstrukt auf die Zustimmung aller Beteiligten treffen wird, darf bezweifelt werden. Die Forderung etwa des Historikers und Museologen Ciraj Rassool aus Kapstadt ließe sich damit nur schwer in Übereinstimmung bringen. Er mahnt einen anderen Blick auf die Sammlungen an: Sie müssten nicht nur „post-kolonial“ ausgerichtet sein, sondern in ihren Strukturen „entkolonisiert“ werden. Ob der im Mai 2018 vom Deutschen Museumsbund herausgegebene „Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ für diese Herausforderung ausreicht, bleibt abzuwarten. Der Leitfaden, so die Kritik, gehe kaum über museale Selbstverständlichkeiten hinaus und laufe auf das bloße Beharren auf Eigentumsrechten hinaus.**

Für Aufregung in der Museumswelt sorgte die Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron. Auf einer Afrikareise versprach er Ende November 2017 an der Universität Ouagadougou in Burkina Faso, geraubte Kulturgüter aus Afrika zeitweilig oder endgültig zurückgeben zu wollen. Er sehe das Thema im größeren Rahmen der „kolonialen Vergangenheitsbewältigung“. Ergänzend verlautete es aus dem Elysée-Palast: **„Das afrikanische Erbe darf kein Gefangener europäischer Museen sein.“** Die Erklärung Macrons ist geradezu revolutionär, da das Prinzip der Unveräußerlichkeit, der Unverjährbarkeit und der Unpfändbarkeit, mit denen Museen in Frankreich Restitutionsforderungen stets abwehren, ernsthaft infrage gestellt wird. Macron regte zudem die Gründung einer Kommission an, die die französische Regierung bei der Rückführung von Kunstwerken an afrikanische Länder beraten soll. Ihr gehören Bénédicte Savoy und der senegalesische Wissenschaftler Felwine Sarr an. Ende November 2018 überreichten sie dem französischen Präsidenten ihren Bericht. Schon der Titel des Reports **„Die Restitution afrikanischen Kulturerbes. Für eine neue Ethik der Beziehungen“** schließt nahtlos an die radikale Auffassung an, die die beiden Wissenschaftler bereits vorab vertraten, als sie davon sprachen, **„dass alle Formen des Erwerbs unter Kolonialbedingungen keine Gültigkeit“ besitzen.** In diesem Sinne empfehlen sie, dass ausnahmslos alle Sammlungsobjekte an die Herkunftsländer zu restituieren sind, für die keine eindeutig nicht-kolonialen Herkunftsnachweise vorliegen. Auf die Provenienzforschung und die wissenschaftliche Aufarbeitung von Objektbiographien könne verzichtet werden. Die damit einhergehende Umkehr der Beweislast gibt – auch und gerade im Zweifelsfall – der Rückgabe den Vorrang und stellt den Gedanken der Besitzstandswahrung hinten. Nach Sarr und Savoy sollen die Artefakte an ihren Herkunftsorten **„resozialisiert“** werden. Es gelte, afrikanische Gesellschaften zu ermächtigen, autonom über ihr kulturelles Erbe verfügen zu können. Restitutionen würden nicht zuletzt dabei helfen, **„Berlin abzuschaffen“**, wie dies die Fachleute verschiedener afrikanischer Länder formulierten. Das bedeutet, zurückgeführte Objekte würden Bezüge zwischen den Territorien wiederherstellen, die durch die berüchtigte Berliner Kongokonferenz von 1884/85 getrennt wurden.

Wie Präsident Macron auf den Bericht reagieren wird, bleibt einstweilen abzuwarten. Europaweit stieß er auf ein sehr geteiltes Echo. Zwar erhielt der Bericht viel Zuspruch, doch ist eine Widerrede insbesondere von Museumsfachleuten zu vernehmen. So sagte Stéphane Martin, Direktor des Pariser Musée du Quai Branly, die Museen dürften nicht in Geiselhaft für den schmerzvollen Kolonialismus genommen werden. Er wolle die Werke seines Museums gerne ausleihen und mit allen kooperieren, doch sollten die Eigentumsrechte unangetastet bleiben. Obwohl es in der Debatte um staatliche

Sammlungen geht, ließ eine Reaktion auch aus den Kreisen französischer Privatsammler nicht auf sich warten. Ganz unverhohlen die eigenen wirtschaftlichen Interessen vertretend, werden Befürchtungen geäußert, dass deren Sammlungsbestände zunächst ihren moralischen und dann ihren pekuniären Wert verlieren könnten. An dem Prinzip der Unveräußerlichkeit staatlichen Besitzes in Frankreich dürfe nicht gerüttelt werden. Frankreich habe im Übrigen auch nicht die Unidroit-Konvention von 1995 zum Umgang mit gestohlenen und illegal ausgeführten Kulturobjekten unterschrieben.

Welche Folgen der Report von Sarr und Savoy für die Museumslandschaft in Deutschland haben wird, kann noch nicht abgesehen werden, zumal sich die Situation in Deutschland mit seinem föderalen System anders darstellt als im zentralistisch regierten Frankreich. Während postkoloniale Aktivist*innen den Bericht begrüßten und etwa Nanette Snoep – sie wird ab 2019 das Rautenstrauch-Joest-Museum in Köln leiten – feststellte, die Museumspraxis müsse neu gedacht werden, erhob der vormalige Gründungsintendant des Humboldt Forums Horst Bredekamp Einspruch. Er fordert für den Umgang mit den Sammlungen in Deutschland ein „Ende der Gleichsetzerei“ und beharrt auf die nach seiner Auffassung eklatanten Unterschiede zwischen den Sammlungen in Deutschland und denjenigen der anderen großen Kolonialmächte Europas. Viele der Sammlungen der großen deutschen ethnologischen Museen seien in einem aufklärerischen Geist entstanden, der koloniale Bestrebungen abgelehnt habe. Der Forderung nach einer generellen Rückgabe von Sammlungsobjekten auch ohne weitere Provenienzforschung erteilte Bredekamp eine Absage. Die Umkehrung der Unschuldsvermutung hinsichtlich der Sammelpraxis habe mit einem modernen oder aufgeklärten Rechtssystem wenig zu tun. Eine solche Position könne freilich nur vertreten, hielten Kritiker Bredekamp wiederum entgegen, wer den Unrechts- und Gewaltkontext des Kolonialismus ignoriere.

Wie immer der Bericht von Sarr und Savoy sich auf die weitere Debatte zum Umgang mit kolonialen Objekten hierzulande auswirken wird, reicht es in Anbetracht des Dilemmas und der gegenwärtig kaum zu überbrückenden Gegensätze nicht – und riecht es nach Selbstbeweihräucherung sich liberal gebender Weißer –, das Humboldt Forum als „einen Ort radikaler Toleranz“ (Horst Bredekamp) auszurufen. Dass hier die Tugenden der Toleranz und der Weltoffenheit zu Hause sind, was sonst, möchte man fragen. Mit einer solchen allzu harmlosen Konsensformel ist der Preis für das Humboldt Forum nicht zu begleichen, er wird sehr viel höher ausfallen. Angemessener wäre es, einen Ort radikaler Ehrlichkeit zu fordern. Wenn das Humboldt Forum ein Haus mit einem experimentell-kosmopolitischem Charakter werden soll, eine „internationale Dialogplattform für globale kulturelle Ideen“, wie es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom März 2018 formuliert ist, dann gilt es die Kontroversen nicht akademisch verpackt im Kleingedruckten der Katalogtexte zu verstecken, sondern sie ohne Abstriche in die Ausstellungskonzeption zu übernehmen. Und dazu gehört nun mal die Kolonial- und Eroberungsgeschichte, von der Deutschland und ganz Europa eingeholt wird. Am Ende der Debatte muss ein verwegener Schritt gemacht werden, und zwar hin zu einer vollständigen Neustrukturierung der Sammlungen im geplanten Humboldt Forum einschließlich derjenigen auf der Museumsinsel. Man wird um einen ganz neuartigen Museumsverbund in Kooperation mit den Herkunftsländern der Objekte nicht herumkommen. Von einem „Preußischen Kulturbesitz“ oder von einem „Erbe“ des Kolonialzeitalters zu sprechen, wird dann nicht mehr zeitgemäß sein. Einer der führenden Theoretiker des Postkolonialismus, der Kameruner Politikwissenschaftler Achille Mbembe, spricht von einem „grenzenlosen Zirkulieren von Kunstgegenständen“ und dem Aufbau und Unterhalt von Museen in Afrika, die von den ehemaligen Kolonialmächten zu bezahlen seien. Man dürfe die Objekte aus der Kolonialzeit und die afrikanischen Flüchtlinge nicht getrennt betrachten, so die auch schon von anderen geäußerte Forderung Mbembes.

Was wäre unter (radikaler) Ehrlichkeit zu verstehen? Im Humboldt Forum sollte auf eine Inszenierung der Objekte verzichtet werden, jedenfalls in einigen Ausstellungsräumen. Stattdessen könnten die

Objekte den Besucher*innen wie im Depot aufgetürmt in den Regalen dargeboten werden, um ihnen einen ungefilterten Eindruck von deren schierer Masse zu bieten. Eine solche Präsentation ließe einen ungestörten Genuss der Kunst- und Kulturschätze gar nicht erst zu, sondern würde Fragen provozieren, unbequeme Fragen, denen wir uns in unserem postkolonialen Zeitalter zu stellen haben. Einen Fingerzeig gab jüngst das nach langen Jahren des Umbaus wieder eröffnete Weltmuseum in Wien, auf dessen Internetseite zu lesen ist: „Jahrzehnte postkolonialer Debatten und Kritiken konfrontierten die Museen mit der Notwendigkeit zu handeln.“ Demzufolge entschied man sich, das europäische – und ziemlich paternalistische – Master-Narrativ, die Welt zu erklären und zu deuten, für obsolet zu erklären. Es sei gelungen, so hieß es lobend in der Presse, einen kritischen Blick auf die Geschichte des eigenen Hauses und die Geschichte der Ethnologie zu werfen. Angestrebt werde, die Letztgültigkeit beanspruchenden Groß Erzählungen durch persönliche Stimmen von Vertretern der Herkunftsländer und der Kurator/innen zu ersetzen. Ebenso bemerkenswert ist die Aussage der am Wiener Museum arbeitenden Ethnologin Claudia Augustat. Sie berichtet davon, wie sie 2005 im Auftrag des Museums in Surinam bei den Saamaka, Nachfahren entfloherer Sklaven, Schnitzereien, Textilien und Alltagsgegenstände kaufte. Im Rückblick bereue sie den Erwerb der Objekte, die sie kaum beurteilen könne, zu kurz sei der Aufenthalt gewesen. Außerdem hätten die Menschen ihre Objekte deshalb so günstig und willig herausgegeben, da sie sonst kaum die Möglichkeiten hätten, an Bargeld zu kommen. „Es war ein Verhältnis der Ungleichheit, eigentlich der reine Kolonialismus“, gab sie zu Protokoll. „Ich würde das heute nie wieder machen.“ Eine solche Ehrlichkeit – oder ethisch basierte Wissenschaftlichkeit – ist auch Berlin zu wünschen. Und sollte eine solche Äußerung der Kuratorin auch noch auf den Ausstellungstafeln im Museum auftauchen – was nicht der Fall ist! –, gesellt sich zur Ehrlichkeit die Transparenz. Sich selbst und die Praxis der Weltaneignung zur Diskussion zu stellen, ist und bleibt unabdingbar für Museumsfachleute. Nur so kann die Institution des Museums zur „Schnittstelle zwischen aufgearbeiteter Kolonialgeschichte und gelebter Kultur“ werden.

29. November 2018

19.00 Uhr

BERLINER AFRIKAKREIS:

Die DRC nach Kabila

Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo

Liebe Afrikainteressierte,

hiermit laden wir Sie sehr herzlich zum nächsten Berliner Afrikakreis der Initiative Südliches Afrika (INISA) e.V. und der Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Berliner Afrika-
haus ein.

Sprecher:

- Dominic Johnson (Ressortleiter Ausland, taz, Berlin)
- Dr. Boniface Mabanza (Koordinator, KASA, Heidelberg)
- Kennedy Muhindo Wema (Radiojournalist aus Beni, DRC)

Moderation:

- Rene Gradwohl (Initiative Südliches Afrika, INISA e.V)

Am 23. Dezember 2018 werden 46 Millionen registrierte Kongolesen einen neuen Präsidenten sowie ein neues Parlament wählen. Joseph Kabila kündigte bereits im August an, dass er – entsprechend der kongolesischen Verfassung – bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht mehr antreten werde. Während sich das Regierungslager in der Folge auf einen – eher unbekanntem – Kandidaten geeinigt hat, scheint die Nominierung eines Spitzenkandidaten der Opposition trotz entsprechender Anstrengungen bisher noch nicht überzeugend gelungen zu sein.

Wie steht es angesichts der Geschlossenheit des Regierungslagers um die Chancen der Opposition? Was ist vom Spitzenkandidaten der regierenden PPRD, Emmanuel Ramazani Shadary, zu erwarten? Wie sieht es bezüglich freier und fairer Wahlen aus?

Und wie ist die Stimmungslage bei der Bevölkerung und in den einzelnen Provinzen? Daneben wollen wir über das Erbe Joseph Kabilas diskutieren. Was wurde zwischen 2006 und 2018 erreicht? Was werden entsprechend die wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen für die neue Regierungsmannschaft sein? Wir freuen uns auf einen interessanten Abend mit Ihnen!

Die Veranstaltung findet auf Deutsch statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Hintergrund

Dominic Johnson

Ein Aufbruch, aber wohin?

Die Perspektiven des Machtwechsels im Kongo

Steht die Demokratische Republik Kongo an der Schwelle zu einer neuen Ära des demokratischen Aufbruchs? Der völlig überraschende Ausgang der Wahlen vom 30. Dezember 2018 lässt solche Hoffnungen zu – und zugleich eine gehörige Portion Skepsis. Und wer am 29. November 2018 im Berliner Afrika-Haus der Diskussion über „Die DR Kongo nach Kabila“ lauschte, kannte die Gründe für die Skepsis bereits.

Völlig unerwartet wurde nach den Wahlen nicht der Wunschnachfolger des scheidenden Präsidenten Joseph Kabila – der ehemalige Innenminister Emmanuel Shadary – zum Sieger ausgerufen, sondern der Oppositionelle Felix Tshisekedi, Sohn und Nachfolger von Kongos berühmtestem und am meisten verehrtem Vorkämpfer für eine friedliche Demokratisierung, Etienne Tshisekedi. 38 Jahre, nachdem sie im Untergrund als Widerstandsorganisation gegen die damalige Mobutu-Diktatur entstanden war, kam Kongos älteste demokratische Kraft UDPS (Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt) also völlig verfassungsmäßig an die Macht. Felix Tshisekedi übernahm am 24. Januar 2019 feierlich das Amt des Staatspräsidenten von Joseph Kabila.

Doch bereits während der Berliner Diskussion im November hatte der kongolesische Journalist Kennedy Muhindo Wema nachdrücklich gewarnt: „Derjenige, der die Wahl gewinnt, wird nicht unbedingt der sein, der zum Wahlsieger erklärt wird.“ Seine Befürchtung, wie die der meisten Kongolesen damals einen Monat vor der Wahl: Kabila wird seinen „Dauphin“ Shadary als neuen Präsidenten durchsetzen,

egal was die Leute wählen. Dafür würden schon die elektronischen Wahlmaschinen sorgen, die „machines à voter“, die im Kongo „machines à tricher“ (Schummelmaschinen) heißen. Die weltweite Sorge: notfalls setzt Kabila Shadary mit militärischer Gewalt durch, und notfalls greifen auch Oppositionelle zu den Waffen, um das zu verhindern. Dann hätte eine manipulierte Wahl Kongo zurück in den Krieg geführt.

Dieses Szenario war so düster, dass es am Ende nicht realisiert worden ist. Das Kabila-System verzichtete auf Shadary – ließ es sich aber nicht nehmen, die Wahl trotzdem zu manipulieren. Alles, was an tatsächlichen Wahlergebnissen durchgesickert ist – von dem unabhängigen Wahlbeobachternetzwerk der katholischen Kirche bis zu Kreisen der Wahlkommission selbst – legt nahe, dass Martin Fayulu, Kandidat des großen Oppositionsbündnisses „Lamuka“, die Wahl mit über 60 % der Stimmen gewonnen hat. Tshisekedi und Shadary landeten demnach bei jeweils weniger als 20 %. Tshisekedi war im November aus dem Oppositionsbündnis ausgeschert, das eigentlich einen einzigen Kandidaten gegen Shadary ins Rennen schicken wollte – nach verbreiteter Mutmaßung als Ergebnis eines Deals mit dem Kabila-Regime.

Aber eine manipulierte Wahl ohne Bürgerkrieg ist besser als eine mit Bürgerkrieg, und ein Präsident Tshisekedi ist besser als ein Präsident Shadary, wengleich völlig offen bleibt, wie er sich gegen den nach wie vor intakten militärisch-ökonomischen Machtapparat des scheidenden Kabila-Regimes durchsetzen können wird. Der andere kongolesische Diskutant im Berliner Afrika-Haus, Dr. Boniface Mabanza von der „Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika“ (KASA) in Heidelberg, hatte am 29. November analysiert, dass Kabila und die ihn umgebenden Kreise dort die Macht haben, wo man im Kongo am meisten Geld verdienen kann: im Sicherheitsapparat sowie in der Bergbauindustrie. Diese Bereiche zu reformieren, dürfte also besonders schwer werden.

Mabanza rief auch in Erinnerung, wie optimistisch die Stimmung in Kinshasa Anfang der 1990er Jahre war, als die Mobutu-Diktatur in der damaligen Republik Zaire erst das Mehrparteiensystem zuließ und dann eine Souveräne Nationalkonferenz einberief, um eine Demokratisierung vorzubereiten. UDPS-Führer Etienne Tshisekedi, Vater von Felix Tshisekedi, wurde dafür zum Premierminister berufen. Endlich konnte man frei sprechen, die Angst vor Mobutus Soldateska war verschwunden, erinnerte sich Mabanza an das Kinshasa jener Jahre, bevor Mobutus Machtapparat dann doch Tshisekedi wieder marginalisierte und durch gezielte Destabilisierung des eigenen Landes die Demokratisierung scheitern ließ – woraufhin dann bewaffnete Rebellen unter Laurent-Désiré Kabila, Vater von Joseph Kabila, 1996/97 die Macht ergriffen.

Heute, eine Generation später, sei die Angst in Kinshasa wieder viel größer, stellte Mabanza fest. Das Kabila-Machtsystem sitzt viel fester im Sattel, als es damals das Mobutu-Machtsystem tat. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, warum der Amtsantritt Tshisekedis heute dann doch einige totgeglaubte Hoffnungen weckt, dass sich jetzt vielleicht doch das eine oder andere zum Besseren verändern könnte.

Die Aufgaben jeder neuen Regierung im Kongo wären immens, wie Kennedy Muhindo aufzählte: die Wiederherstellung von Sicherheit in einem Land, wo 120 bewaffnete Gruppen aktiv sind und auch staatliche Sicherheitskräfte Unsicherheit verbreiten; die Wiederherstellung der Legitimität der Institutionen in einer Situation, wo schon die letzte Wahl 2011 umstritten war und die regulären Amtszeiten aller Amtsträger bereits Ende 2016 abgelaufen waren; der Wiederaufbau eines bis heute weitgehend von Staatszerfall und Krieg zerstörten Landes; die Rückkehr des Kongo auf die internationale Bühne als Partner statt als Paria.

Während die letzten beiden Punkte zentrale Themen eines politischen Neuanfangs sind, dürfte Präsident Tshisekedi bei den zwei ersten kein leichtes Spiel haben. Erhält er die reale und nicht nur die formale Befehlsgewalt über die Streitkräfte, und kann er dem Phänomen der privaten Milizenbildung zwecks Durchsetzung privater Interessen Einhalt gebieten? Welche Legitimität kann er verkörpern, angesichts der offenkundigen Wahlfälschung, die seiner Amtsübernahme zugrunde liegt?

Das sind nicht nur akademische Fragen. Kennedy Muhindo leitet eigentlich einen Radiosender im ostkongolesischen Beni – Epizentrum der aktuellen Ebola-Epidemie wie auch des Krieges der mysteriösen, ursprünglich ugandischen Rebellenbewegung ADF (Allied Democratic Forces), die mit gezielten Massakern an Zivilisten diese Region destabilisiert. Wegen der Unsicherheit wurde die Wahl in den Großstädten Beni und Butembo, dem Landkreis Beni sowie dem ebenfalls von Gewalt betroffenen Kreis Yumbi im Westen des Kongo abgesagt. 2500 Menschen seien in und um Beni seit 2014 durch Machetenangriffe und ähnliche Gewaltanwendung getötet worden, zählte Muhindo auf und fragte: „Wie ist es möglich, dass 20.000 Soldaten nicht in der Lage sind, in einem Gebiet von 40 km² eine angeblich nur wenige hundert Kämpfer starke Rebellenarmee unschädlich zu machen?“

Es wäre für jeden Kongolesen lebensgefährlich, den naheliegenden Verdacht zu äußern: dass Elemente der Armee selbst hinter solcher Gewalt stecken könnten, um sowohl die Bevölkerung als auch den Staat zu erpressen. Journalisten in Konfliktgebieten des Kongo haben es generell schwer. Ob Präsident Tshisekedi einen besseren Kongo aufbauen kann, wird sich nicht zuletzt daran messen, ob die Massaker um Beni ein Ende finden und ob Journalisten wie Kennedy Muhindo freier und ungefährdeter arbeiten können als früher.

Hintergrund

Dolunay Temur

Eine starke Zivilgesellschaft hinterfragt und kontrolliert

Afrika lässt sich nicht auf Krieg und Armut reduzieren. Denn dieser Kontinent ist weitaus mehr, er entwickelt sich. Doch warum bekommt man in den Medien von positiven Entwicklungen Afrikas kaum etwas mit? Dolunay Temur war zu Besuch im Afrika-Haus in Berlin und sprach mit Mitgliedern der Deutsch-Afrikanischen-Gesellschaft e.V. sowie mit Bundestagsabgeordneten über die Afrikanische Union.

*„Man sollte sehen, was in Gang ist. Wir sind es gewohnt, Schlechtes zu sehen und von Krisen zu erfahren.“
Oumar Diallo, Projektleiter des Afrika-Hauses in Berlin*

Es seien tatsächlich Krisen, Kriege und Krankheiten, Armut und Elend, Hunger und Tod in Afrika, die zuerst unser gesellschaftliches Bewusstsein über die Medien erreichten, so der Bundestagsabgeordnete Martin Rabanus. Er ist Vorsitzender der Parlamentariergruppe für Südliches Afrika und erklärt, dass die gesellschaftspolitischen Zustände insbesondere als Folge der Kolonialherrschaft lange Zeit prekär

gewesen seien. „Wenn wir jetzt feststellen dürfen, dass sich die Dinge langsam zum Besseren wenden, sollten wir diese positive Entwicklung unterstützen“, sagt er.

Dr. Elisabeth Quart, Afrikanistin und ehemalige Diplomatin, ist ähnlicher Meinung. Es seien oft die gleichen Themen, über die berichtet werde: Kriege, Krisen, Kriminalität. Dabei habe sich die Lebenslage in einigen afrikanischen Ländern verbessert. So tauchten Länder wie Ghana, Botswana, Namibia oder Tansania nicht in den Medien auf, obwohl sie eine stabile Entwicklung aufweisen. Dass der Mainstream dahin geht, nur über Sensationen zu berichten, stelle nicht nur für Afrika ein Problem dar, sondern auch für jede einzelne Nation der Welt.

Die Existenz von Krisen und kriegerischer Gewalt ist nicht zu verschweigen. Doch trotzdem: Es werden abseits europäischer Mainstream-Berichterstattung auch bemerkenswerte Bestrebungen unternommen, multilaterale Gespräche unter den Ländern des gesamten Kontinents aufzunehmen und Problemlösungen herbeizuführen – und zwar im Rahmen der Afrikanischen Union. 2002 ist die Afrikanische Union aus der 1963 gegründeten Organisation für Afrikanische Einheit hervorgegangen. Als ein Zusammenschluss aller 55 Länder Afrikas hat sie die regionale ökonomische Zusammenarbeit gefördert und 2013 eine Agenda für die kommenden 50 Jahre vorgelegt. An der Spitze der Agenda 2063 steht die Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen im sub-saharischen Raum. Die Afrikanische Union sieht sich selbst als Chance, eine Kooperation zwischen afrikanischen Ländern zu ermöglichen und an der Lösung von Herausforderungen zu arbeiten – auf internationaler und auf politischer Ebene.

Frau Dr. Elisabeth Quart betont, dass der Frieden in den betroffenen Gebieten in Westafrika, in Zentralafrika, Somalia und Süd-Sudan nur mit dem Engagement der in diesen militärischen Auseinandersetzungen involvierten außerafrikanischen Mächten Realität werden kann.

Auch Dr. Jürgen Kunze, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft e.V., stimmt dem zu. Die Afrikanische Union könne man trotz guter Bestrebungen nicht glorifizieren, denn hinter diesen Bestrebungen und Entscheidungen steckten wirtschaftliche und strategische Interessen, die die Realitäten der Weltwirtschaft widerspiegeln. Der Fokus auf die Interessen der zivilen Bevölkerung fehle dabei. Im politischen Leben der Bevölkerung spiele die Afrikanische Union schlichtweg kaum eine Rolle und so blicke die Bevölkerung afrikanischer Länder ihr mit Skepsis entgegen. Das liege vor allem daran, dass die Bürger nicht einbezogen würden bei der Gestaltung nationaler Interessen.

Kennedy Muhindo Wema ist Radiojournalist aus der Demokratischen Republik Kongo und wurde als Referent zum Afrika-Haus nach Berlin eingeladen. Er fordert: „Die Afrikanische Union muss sich als Gewerkschaft der Bevölkerung und nicht als die der Elite verstehen.“

Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass es in vielen Ländern an Vertrauen von Seiten der Bevölkerung gegenüber der Regierung fehle, bestätigt Falko Mohrs. Er ist Bundestagsabgeordneter sowie Mitglied der Parlamentariergruppe für Zentralafrika und hat selbst mit der Afrikanischen Union gearbeitet, als es darum ging, Jugendliche an politischen Prozessen der Afrikanischen Union teilhaben zu lassen.

In Zusammenarbeit mit dem „Network of International Youth Organizations in Africa“ und dem Europäischen Jugendforum wurde versucht, durch Trainingskurse vorhandene demokratische zivilgesellschaftliche Strukturen zu untermauern.

Gemeinsam mit den Jugendlichen erarbeiteten sie, welche Werte sie vertreten und bewahren möchten. Diese wurden dann in die Afrikanische Jugendcharta aufgenommen, welche Mitgliedsstaaten hilft, eine eigene Jugendpolitik aufzubauen und ihren Jugendlichen Perspektiven zu bieten. Falko Mohrs betont, wie wichtig es sei, eine aktive Zivilgesellschaft zu haben, die Regierungsstrukturen hinterfragt und kontrolliert. Dazu müsse man junge Menschen auch dazu befähigen, die Men-

schenrechte zu kennen, Menschenrechtsverletzungen wahrzunehmen, zu dokumentieren und zu veröffentlichen.

Eben diese jungen Menschen sind für Oumar Diallo die Hoffnungsträger. Wenn Oumar Diallo in die Zukunft blickt, sieht er die Technologie im Zentrum der Entwicklung Afrikas. Besonders junge Menschen seien dabei gefragt, weil sie technisch versiert sind. Da mehr als die Hälfte der Bevölkerung jünger als 25 ist, blickt er hoffnungsvoll nach vorn: „Die Zukunft liegt in Afrika.“ Und es zeigt sich inzwischen vielerorts: In Afrika kommt eine kritische Jugend in Bewegung.

Dolunay Temur, 20 Jahre, Kiel
... möchte den Blick weiten und vom Frieden berichten.

Hintergrund

Johanna Bentz

„Lumumbas Erben – ein Lobbyist kämpft für Afrika“

Wie unermüdlich Boniface Mabanza als Aktivist und Lobbyist für Afrika unterwegs ist, erzählt das Radio Feature von Johanna Bentz und Veronica Frenzel dazu hier ein Text von einer der Autorinnen.

Wir lernen Boniface Mabanza in Hamburg kennen. Anlässlich des G20 Gipfels im Sommer 2017 findet dort auch der Gegengipfel statt. Während die Staatschefs abgeschottet ihre Politik der wenigen machen, zeigen die Gegenveranstaltungen Alternativen, neue Ansätze und Ideen auf. In Workshops lernt man die Prinzipien der Gemeinwohl Ökonomie kennen, diskutiert mit der FAU über gewerkschaftliche Ansätze anlässlich der Ausbeutung von Rad-kurieren oder erfährt von den Kämpfen der Mienenarbeiter im Kongo. Zusammen mit einer Kollegin findet Boniface Mabanza klare Worte für die deutsche Handelspolitik mit afrikanischen Staaten und erzählt wie wir die Kämpfe der Mienenarbeiter unterstützen können.

Während über uns die Hubschrauber kreisen und die Fronten zwischen Demonstranten und Polizei immer härter werden, sprechen wir konstruktiv über Lösungen und Hoffnungen, die überall sind. Auch oder gerade in Afrika, ist Boniface Mabanza überzeugt – man muss nur hinschauen! Es ist der Auftakt für ein Radio Feature bei dem wir tief eintauchen in die Kämpfe der Panafrikanischen Bewegung, und die Möglichkeiten, die auf dem afrikanischen Kontinent schlummern.

Das zweite Mal treffen wir Boniface Mabanza in Berlin. Das Afrika-Haus e.V. hat zu einer Podiumsdiskussion geladen. Dr. Boniface Mabanza ist eingeladen, zusammen mit drei ande-ren Rednern über die Verantwortung der Diaspora zu diskutieren. Er ist ein alter Bekannter, immer wieder kommt er nach Berlin, um bei Veranstaltungen des Vereins dabei zu sein. Es wird ein sehr spannender Abend – gerade weil in der Diskussion so unterschiedliche Positionen vertreten werden.

Boniface Mabanza steht für eine kapitalismuskritische Sicht, die Entwicklung nicht nur am Wirtschaftswachstum festmachen will. In der Diskussion sagt er: *„Ich sehe auch, was gut ist in Afrika, was Afrika eigentlich beitragen kann zu einer Neugestaltung der Welt. Aber ich mache das nicht fest an solchen Kriterien wie ‚Entstehung der Mittelschicht‘, ‚Urbanisierung‘, ‚Mobiltelefonen‘, sondern: welche Orte gibt es, wo Werte gepflegt werden, die sowohl für Afrika als auch für die Menschheit insgesamt wichtig sind? Und weil sie in Afrika geschützt werden, in einigen kleinen Räumen, ist das genau die Chance, dass Afrika etwas beitragen kann zur Neugestaltung der Welt.“*

Auch Prof. Robert Kappel soll über die Chancen auf dem Kontinent sprechen. Er kritisiert die Negativberichterstattung über den afrikanischen Kontinent. Es sei immer nur von Dürren, Seuchen und Kriegen die Rede. Allerdings plädiert er für Sonderwirtschaftszonen und möchte Handelshindernisse abbauen, so möchte er mehr Wachstum nach Afrika bringen. Nicht alles aus der westlichen Welt sei schlecht. Als klassischer Wirtschaftsliberaler glaubt er an eine Regulierung durch den Markt.

Für einen spirituellen Wandel tritt der dritte Gast Dr. Fekadu Bekele ein. Der gebürtige Äthiopier möchte, dass die Jugend sich durch Rückbesinnung auf Werte spirituell heilt.

So prallen hier die Weltanschauungen aufeinander und die Diskussion ist rege und engagiert. Auch im Publikum geht es hoch her. Klar wird uns an diesem Abend aber auch: es gibt sehr viel Redebedarf, gerade in der Diaspora in Deutschland.

Die afrikanische Diaspora ist – zum Glück – divers und von den jeweiligen Erfahrungen geprägt. Viele wollen sich engagieren, suchen nach Anknüpfungspunkten und Möglichkeiten. Immer wieder kommt das Thema Rassismus zur Sprache. Fast jede und jeder kennt das hier. Und: der europäische Blick, der so oft verkürzt, reduziert und wenig reflektiert über seine Annahmen. Unsere gängigen Erzählungen von der Kolonialzeit berichten kaum, welcher Schaden Afrika angetan wurde. Durch den Sklavenhandel, durch den Kolonialismus, durch die jahrhunderte-lange Ausbeutung. Die wirtschaftlichen Interessen der kolonialen Unternehmungen werden nur am Rande erwähnt, die zivilisatorischen Verdienste hervorgehoben.

Die aktuellen Probleme des afrikanischen Kontinents? Werden erklärt mit den korrupten afrikanischen Regierungen, die seit der Unabhängigkeit herrschen. Auch politisch geschieht wenig, selbst wenn es vermehrt Anstrengungen gibt. In Afrika wie in Europa ist der Diskurs oft sehr verkürzt. Auch für uns liegt darin eine Herausforderung, uns immer wieder klarzumachen, aus welcher Position wir schauen und urteilen.

Auch deshalb erfreut sich der Panafricanismus neuer Popularität. Die Panafricanische Bewegung entstand Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem in der europäischen Diaspora. Sie verbreitete sich rasch auf dem Kontinent und gab den Anstoß für die Befreiungskämpfe. Auch Mabanzas großes Vorbild Lumumba im Kongo steht dafür. Die Panafricanisten sehen alle Menschen afrikanischer Abstammung als Angehörige *einer unterdrückten Gruppe*. Sie teilen das Schicksal der Sklaverei, des Kolonialismus und des Rassismus. Aktuell geht es für sie wieder darum, sich vom Einfluss des Westens zu **befreien**. Ein Schlagwort der Bewegung ist „Empowerment“ – Selbstermächtigung. Gemeint ist: sich vom Westen zu emanzipieren. Den Einfluss zurückdrängen.

Als überzeugter Kämpfer in der Tradition der Panafricanischen Bewegung ist Boniface Mabanza stetig unterwegs, oft lebt er aus dem Koffer. Vernetzt, informiert und hält Vorträge und sucht die Diskussion mit politischen Vertretern. Er gibt Interviews, schreibt Stellungnahmen und reißt von einer Veranstaltung zur nächsten. Sowohl in Deutschland und Europa als auch auf dem afrikanischen Kontinent. Es braucht

Orte, wo die Ideen wachsen können, wo diskutiert wird und man nach Alternativen sucht. Im November 2017 fliegt er nach Abidjan in der Elfenbeinküste. Auch hier gibt es eine rege Bewegung, die sich gegen den EU-AU Gipfel im November 2017 engagiert, die sich Gehör in der großen Politik verschaffen will.

Auch hier hat man einen Gegengipfel organisiert. Mehr als 200 Frauen und Männer aus ganz Afrika sind da; die meisten stammen aus Westafrika, aus Togo, Nigeria, Mali, Senegal, Kamerun. Aber auch aus Madagaskar sind Delegationen angereist und aus Tansania, Kenia, Uganda, Südafrika. Teilweise tagelang mit dem Bus unter größten Strapazen. Sie berichten von elend langen Wartezeiten an den Grenzen. Innerhalb von Westafrika gilt eigentlich ein offenes Grenzregime. Doch seit die EU verhindern will, dass Migranten nach Europa kommen, wird immer mehr kontrolliert, gibt es Schikane, Mauern, Zäune.

Das Ergebnis des offiziellen Gipfels bleibt mager. Appelle und vage Formulierungen zur „afrikanischen Jugend“. Welche konkreten Ergebnisse am Schluss präsentiert werden, steht wieder für eine europäische Politik der Abschottung: Die AU will den Rücktransport von mehreren Tausend Migranten und Migrantinnen aus Libyen organisieren. Konkrete Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, mehr Perspektiven? Antworten bleiben die Staatschefs auch diesmal schuldig.

Für Boniface Mabanza und seine Panafrikanischen Mitstreiter wird der Gegengipfel ein Erfolg. Man konnte sich vernetzen, hat konkrete Pläne und Vorschläge erarbeitet und diese auch weitergegeben. Auch wenn die große Politik hinter hohen Mauern gemacht wird, so werden solche Initiativen immer wichtiger und sichtbarer.

Zurück in Deutschland ist Boniface Mabanza weiter als Lobbyist für Afrika unterwegs. Unermüdlich. Er schreibt, spricht auf Podien, und reist sogar zur Verleihung des Friedensnobelpreises. Es bleibt wenig Zeit für Privates. Dennoch ist er zufrieden. B. Mabanza: *„Das ist wirklich wie Staffellauf. Es hat irgendwann angefangen. Selbst die, die nur ein ganz kurzes Wirken hatten, die Steve Bikos, die Lumumbas, mit ihren Ideen, Frantz Fanon, sie haben dazu beigetragen, dass wir da stehen, wo wir sind. Wie kann ich diesen Staffelstab übernehmen und wie bringen wir ihn weiter? Es gibt eine Pflicht, die wir haben, ihn nicht fallen zu lassen, das dürfen wir nicht. Und wir haben eine andere Pflicht: dass die nächste Generation ihn nicht dort findet, wo wir ihn übernommen haben.“*

Das Feature „Lumumbas Erben – ein Lobbyist kämpft für Afrika“ ist online in der Mediathek des WDR zu hören:

<https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/afrika-empowerment-100.html>

06. Dezember bis 14. Dezember 2018

Ausstellung im Afrika-Haus
 Permakultur:
 Sorge für die Erde –
 Sorge für die Menschen



SONED e.V. ist ein entwicklungspolitischer Verein mit Sitz in Berlin-Friedrichshain, wo er durch das „Weltfest am Boxi“ und die „Weltküche mit entwicklungspolitischem Nachschlag“ zu einem fest verankerten Kiezplayer geworden ist. Neben Permakultur-Kursen und Informations- und Bildungsarbeit im Inland koordiniert SONED Nord-Süd-Partnerschaftsprojekte, wie beispielsweise die Schulpartnerschaft zwischen der Schule für Erwachsenenbildung (SFE) und dem Ghana Permaculture Institute (GPI) und ist Träger von Projekten im Ausland, zuletzt in Ghana und Benin. Leitendes Prinzip in allen Bereichen ist das der Permakultur, einem integrativen Ansatz, mit dem alle Ebenen der Nachhaltigkeit sinnvoll verbunden werden. (www.soned.de)

„Do Ut Des“ ist eine Wanderausstellung, die nachhaltige Projekte aus dem globalen Süden portraitiert. Die community-basierten und grassroot-Projekte, meist nach den Prinzipien der Permakultur gestaltet, zeigen nicht nur, dass Länder des globalen Südens in Afrika und anderen Kontinenten weit mehr sind als Katastrophengebiete, die durch Krieg und Korruption bestimmt sind. Stattdessen zeigen sie, dass nachhaltige Entwicklung durch eine engagierte, souveräne Zivilbevölkerung getragen wird. In diesem Sinne trägt Do Ut Des nicht nur zur Sichtbarkeit des Engagements bei, sondern hilft auch dem Paradigmenwechsel der Agenda 2030 auf die Sprünge, wonach auch die Länder des Nordens Entwicklungsländer sind und nachhaltige Ansätze im Süden verbreitet sind. „Nachhaltigkeit vom Süden lernen“ lautet sodann auch der Untertitel der Ausstellung – beispielsweise im Rahmen eines Freiwilligenprogrammes, zu dem die dargestellten Projekte einladen. Die Ausstellung wird durch eine Website mit weiterführenden Infos begleitet: (www.do-ut-des.info)

Permakultur ist ein integrativer Ansatz zur Gestaltung nachhaltiger Systeme. Auf der Grundlage der ethischen Prinzipien „Sorge für die Erde. Sorge für die Menschen. Begrenze Konsum und Wachstum und teile Überschüsse.“ werden mittels sogenannter „Gestaltungsprinzipien“ zukunftsfähige Lösungen und Praktiken ausgewählt, die zu den jeweiligen natürlichen Bedingungen und Bedürfnissen passen. Durch die systematische Einbeziehung vorhandener Ressourcen, die Schaffung kooperativer Beziehungen und mithilfe von Synergieeffekten wird der benötigte Input reduziert und Menschen werden dazu ermächtigt, Nachhaltigkeit und Fairness im eigenen örtlichen Umfeld umzusetzen.

Permakultur hat sich wie Lauffeuer um den Globus verbreitet und ist zu einem internationalen Netzwerk geworden. Wer sich von den Ergebnissen überzeugen möchte, muss nicht weit fahren: Denn auch wenn die Umgestaltung zu einem Permakultur-System ein langfristiger Prozess ist, kann man vielerorts schon Ergebnisse vor Ort sehen: in Berlin im Gemeinschaftsgarten und Lernort Peace of Land in Prenzlauer Berg, in der Uckermark in Gerswalde auf dem Stein-Häger-Hof, oder im Lebensgarten Steyerberg in der Nähe von Minden. Mehr Informationen unter: <https://permakultur.de>.



Gründer Oumar Diallo im Eingang des Afrikahauses Berlin © Wolfgang König

Jubiläum

Ein Haus für einen Kontinent

25 Jahre Afrikahaus in Berlin

Über einem ehemaligen Restaurant in der Bochumer Straße 25 in Berlin-Moabit hängt ein großes Schild: Afrika Haus. Hier finden Informationsabende und Kulturveranstaltungen zu afrikanischen Themen statt, Migrant*innen werden beraten, Ausstellungen und Veröffentlichungen konzipiert und vieles mehr. Am sechsten November 2018 feierte das Afrikahaus sein 25-jähriges Jubiläum. Grund genug für eine Würdigung.

Vater des Projektes ist Oumar Diallo, der 1953 in Conakry zur Welt kam, der Hauptstadt von Guinea, das damals noch französische Kolonie war. Nach dem Studium in Frankreich ging er nach Berlin, um zu promovieren, aber es kam anders. Mit seiner inzwischen verstorbenen Frau gründete er 1993 das Afrikahaus als Restaurant mit Veranstaltungsbetrieb. Nach zwei Jahren kehrte sich das Verhältnis um, und aus dem Afrikahaus wurde ein Kulturzentrum mit einem begrenzten gastronomischen Angebot, Träger ist ein gemeinnütziger Verein.

Der Wunsch, einen solchen Ort zu haben, war bei Oumar Diallo schon früh entstanden. Als kleiner Junge erlebte er die Unabhängig-

keit seines Landes. Guineas erster Präsident Sekou Touré war ein Vorkämpfer des Panafrikanismus, wie auch Kwame Nkrumah, der, nachdem er in Ghana weggeputscht worden war, ebenso in Guinea Asyl fand wie Amílcar Cabral, der die portugiesische Kolonialherrschaft im benachbarten Guinea-Bissau bekämpfte. Darum wollte auch Oumar Diallo kein Zentrum nur für seine guineischen Landsleute betreiben, sondern eine Anlaufstelle für alle, die aus Afrika kommen und/oder sich für den Kontinent interessieren.

Das Afrikahaus bietet neben Kulturveranstaltungen auch häufig Informationsabende an, bei denen Expert*innen aus dem In- und Ausland über bestimmte Aspekte der afrikanischen Realität berichten und mit den Besucher*innen diskutieren. Manchmal wird das Haus aber auch für private Events wie Geburtstage oder Trauerfeiern vermietet oder für Veranstaltungen von Vereinen und anderen Organisationen, die z.T. regelmäßig die Räumlichkeiten des Afrikahauses buchen. Momentan findet sogar ein wöchentlicher Tango-Kurs statt.

„Zum Glück haben wir als Vermieter eine Hausverwaltung, die unsere Arbeit gut und

unterstützenswert findet“, meint Oumar Diallo. „Daher müssen wir nicht, wie inzwischen leider viele Berliner, permanent mit saftigen Mieterhöhungen rechnen.“ Die Kosten für den Betrieb des Hauses einschließlich Veranstaltungen und Personal werden über eine Mischfinanzierung gedeckt. Regelmäßig müssen Anträge zur Förderung von Projekten gestellt werden. Das betrifft Veranstaltungen im Haus, aber auch Ausstellungen z.B. zur deutschen Kolonialgeschichte, und Beratungsangebote für Migrant*innen. Mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit gehen das Team des Afrikahauses auch in diverse Berliner Schulen. Ein besonderes Projekt war 2013 die Herausgabe des Buches Black Berlin über die Geschichte der afrikanischen Diaspora in der Stadt.

Die Arbeit wird Oumar Diallo und seinem Team also nicht ausgehen. Na dann auf die nächsten 25 Jahre!

Wolfgang König

Weitere Infos zum Afrikahaus: www.afrikahaus-berlin.de

Culture / Kultur Expositions / Ausstellung Forum citoyen / Bürgerforum

Das Berliner Afrika-Haus feiert sein 25-jähriges Bestehen am 6. November 2018 mit der Eröffnung der Dauerausstellung zur Kolonialgeschichte Berlins

6 novembre 2018 | 14h45 Berlin | 159 News | Azoua Ammorane | Afrika-Haus, afroantischwarze Beziehungen, Berlin, Diversitätsfrage, Emanuel Matondo, Farafina e.V., Frewyni Habtemariam, Globalisierung, Integrationspreis für Integration und Toleranz der Initiative Hauptstadt Berlin e.V. 2016, Integrationspreis der BVW Berlin Mitte, Jubiläum, Kibweziwa, Kolonialgeschichte Berlins, Marie Roger Biloa, Hugu-Günar Tesfayess Medhin, nachhaltige Entwicklung, Oumar Diallo, Prof. Dr. Chibueze Udeani, Prof. Dr. Mohamed Turki, Simon Inou

Das Afrika-Haus in Berlin Moabit ist seit 1993 der Sitz des Farafina e.V. und ein Ort des transkulturellen Austauschs und der politischen Bildung. Mit vielfältigen Veranstaltungen und Projekten hat sich das Afrika-Haus über die Grenzen der Hauptstadt hinaus in den vergangenen 25 Jahren viel Anerkennung als ein Ort für Begegnung und Bildung erworben. Anlässlich des Jubiläums, zu dem auch Stephan von Dassel, Bezirksbürgermeister von Berlin Mitte erwartet wird, erfolgt die Eröffnung der ersten Dauerausstellung des Afrika-Hauses zur Kolonialgeschichte Berlins.



— Oumar Diallo Gründer des Afrika-Hauses

Begonnen hatte alles in der Bochumer Strasse 25 im Berliner Ortsteil Moabit. Hier gründete Oumar Diallo, diplomierter Soziologe aus dem westafrikanischen Guinea am 06. November 1993 den gemeinnützigen Verein Farafina e.V. und eröffnete das „Afrika-Haus“, zunächst als afrikanisches Restaurant und Kulturzentrum. Schnell entwickelte sich die Einrichtung zu einer Begegnungsstätte mit unterschiedlichen Angeboten an die damals etwa 11.000 in Berlin lebenden Afrikaner. Inzwischen leben fast 31.000 Menschen aus afrikanischen Staaten in der Hauptstadt.

Der Verein wollte von Beginn an mit seiner Arbeit Interesse und das Bewusstsein für Geschichte und Gegenwart Afrikas wecken, lebendige Beziehungen zwischen Menschen aus verschiedenen Nationen ermöglichen und damit einen Beitrag zum toleranten Miteinander und zur besseren Verständigung ganz unterschiedlicher Kulturen leisten. In loser Folge wurden seit dem Veranstaltungen angeboten, zu denen Filme, Lesungen, Musik und Theateraufführungen ebenso gehören wie Podiumsdiskussionen, Ausstellungen, Workshops und Diskussionsrunden. Mit der Zeit kamen auch Beratungsangebote an alleinstehende und ältere Menschen afrikanischer Herkunft z. B. bei Behördengängen oder anderen Fragen des persönlichen Alltags hinzu.

Vor etwa 10 Jahren gab Oumar Diallo den Restaurantbetrieb auf, um sich mit seinem Team ganz auf die Aufarbeitung kolonialer Geschichte in Berlin, auf Politik, Literatur und Philosophie Afrikas und die afrikanisch-europäischen Beziehungen zu fokussieren. In diesem Zusammenhang wird, anlässlich des Jubiläums des Vereins am 06. November, erstmals eine Dauerausstellung mit dem Titel:



Berlin: Eine (post-)koloniale Metropole

als ein Beitrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung eröffnet. Gleichzeitig werden an diesem Abend fünf Vertreter der afrikanischen Diaspora, die aus je einer der fünf Regionen Afrikas stammen, für jeweils „ihre“ Region ein Zukunftsszenario vorstellen. Diskutiert werden unterschiedliche Varianten für eine nachhaltige Entwicklung in der entsprechenden Region in Zeiten von Klimawandel und Globalisierung.



Das Ziel soll es sein, zu einem verstärkten Nachdenken über gemeinsame wie unterschiedliche Potenziale der fünf Regionen Afrikas zu gelangen, um so zu einer sozio-ökologisch nachhaltigen Entwicklung in der Zukunft beizutragen.

Das Afrika-Haus konnte sich zu einer Institution in der Berliner Kulturlandschaft entwickeln. Über vielfältige Aktivitäten gelang es dem Team und seinen Unterstützern, den afrikanischen Kontinent transparenter zu machen, aktuelle Herausforderungen zu thematisieren und auch zu Lösungen beizutragen sowie insbesondere den Austausch zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen zu fördern. Dafür sprechen nicht zuletzt die Auszeichnungen mit dem Integrationspreis 2003 der BVW Berlin Mitte und eines Hauptstädtpreises für Integration und Toleranz der Initiative Hauptstadt Berlin e.V. 2016.

Eröffnung der ersten Dauerausstellung des Afrika-Hauses am 06.11.2018 18:00 Uhr - 21:30 Uhr:

Podiumsgespräch:

Simon Inou, Soziologe und Journalist, Kamerun
Frewyni Habtemariam, Dolmetscherin und Übersetzerin, Eritrea
Emanuel Matondo, Autor und Journalist, Angola
Msgr Abune Tesfayess Medhin, Bischof von Adigrat, Äthiopien
Prof. Dr. Mohamed Turki, Doktor der Philosophie, Tunesien
Prof. Dr. Chibueze Udeani, Doktor der Philosophie und Theologie, Nigeria

Moderation:

Marie Roger Biloa

<http://www.afrikahaus-berlin.de>

Malik Berkati

© J:mag Tous droits réservés

IMPRESSIONEN der Veranstaltungen 2018









AFRIKA-HAUS

seit 1993

- Transkultureller Treffpunkt
- Vorträge
- Lesungen
- Filmvorführungen
- Workshops
- Diskussionsrunden
- Beratungen
- Ausstellungen
- Konzerte
- Tagungen

Wir sind eine transkulturelle Begegnungsstätte, developmentpolitische Bildungseinrichtung und Beratungsstelle für Integration in einem.

Farafina e.V.
Bochumer Str. 25
10555 Berlin
Tel.: 030 / 392 20 10
afrikahaus@t-online.de
www.afrikahaus-berlin.de

2018

